



<i>Ghana: Armut trotz Kakaoboom</i>	40
<i>Bingen am Rhein: ÖDP stellt Europaliste auf</i>	45
<i>Großer Erfolg: Fast 100.000 Unterschriften für die Artenvielfalt</i>	58

Das ÖDP-Journal
Nr. 178 November 2018

Ökologie Politik



QUO VADIS, EUROPA?

UMSCHAU

Ökolumne: Kohleausstieg	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	8

TITELTHEMA: QUO VADIS, EUROPA?

Abgeordneter im Europaparlament: „Ich habe nicht erwartet, dass man so viel erreichen kann“ Interview mit Prof. Dr. Klaus Buchner MdB	10
Aufstieg & Krisen: „Die EU ist kein Staat und wird auch keiner werden“ Interview mit Andreas Wehr	14
Brexit: Chance zur inhaltlichen Reform von Paul Holmes	18
Europas Selbstverständnis: Wurzeln, Visionen und Handlungsfelder von Dr. Reinhold Reck	20
Handelspolitik: Nur sinnvolle Regeln erzeugen Wohlfahrt und Wohlstand von Gerd Zeitler	26
Demokratie: Wo bitte geht's zum Lagerfeuer? von Stefan Padberg	32
Über Klaus Buchners „Diktatur der Märkte“: Weniger Neoliberalismus durch mehr Demokratie von Claude Kohnen	38

WIRTSCHAFT & SOZIALES

Fairer Handel: „Unser Hauptproblem ist die Korruption“ von Paula Stier	40
-------------------------------------------------------------------------------------	----

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Christoph Raabs	42
Neues aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	43
Neues aus dem Europaparlament von Prof. Dr. Klaus Buchner	44
Bericht zum Bundesparteitag der ÖDP am 27./28. Oktober 2018	45
Berichte der Verbände	49
Fast 100.000 Unterschriften für Volksbegehren „Rettet die Bienen!“	58
Petition von Prof. Dr. Klaus Buchner: „Agrarwende jetzt!“	60
Zukunftsfähige Stadtraumgestaltung in Regensburg	64
Demo am Hambacher Forst am 6. Oktober 2018	66
Seminarwochenende „Mach Dein Ding!“	67
Presseticker	68
Leserbriefe	70
Impressum	65

Foto: jakepro/shutterstock.com
Foto Titelseite: piket2013/pixabay.com

Liebe Leserinnen und Leser,

er wünsche sich kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland, sagte Helmut Kohl einmal. Von diesem Ziel sind wir leider weit entfernt. Auf der einen Seite missbraucht Deutschland seine starke Stellung in der EU oft, um z.B. strengere Umweltschutzgesetze zu verhindern. Auf der anderen Seite nimmt – in Deutschland und auch im restlichen Europa – eine ablehnende Haltung gegenüber der EU immer mehr zu. Und das liegt sicherlich auch an den zahlreichen Defiziten, welche die EU aktuell aufweist. Das liegt aber vor allem an einer irrationalen Renaissance des Nationalismus. Dabei lässt sich keine der großen Herausforderungen wie z.B. der Schutz des Klimas auf nationaler Ebene lösen, sondern nur auf globaler. Wir brauchen dringend eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Nationen. Dafür muss das Konkurrenzdenken zwischen ihnen überwunden werden. Doch es nimmt stattdessen zu.

Was sind die Ursachen des neuen Rechtspopulismus? Die „Mutter aller Probleme“ ist sicherlich nicht die Migration, wie Horst Seehofer behauptete. Die Migration ist nur ein Symptom. Die „Mutter aller Probleme“ ist die zunehmende Neoliberalisierung. Sie befeuert seit Jahrzehnten das Konkurrenzdenken und sorgt für wachsende Ungleichheit – zwischen den Menschen und zwischen den Staaten. Sie macht die Reichen reicher und die Armen ärmer. Wut, Hass und politische Radikalität gedeihen dort, wo Menschen immer stärker unter Druck geraten, wo ihre Angst wächst, überflüssig und aussortiert zu werden. Rechtspopulismus ist eine Form des Protests – aber ohne jede Moral. Es wird gegen Sündenböcke und gegen die Globalisierung gehetzt – aber seltsamerweise nicht gegen den Neoliberalismus, dabei macht er die Globalisierung zu etwas Destruktivem und löst massenhafte Migration aus.

Was Rechtspopulismus und Neoliberalismus gemeinsam haben, beschreibt der Psychologe Rainer Mausfeld in seinem neuen Buch: „Beide verbindet ein Sozialdarwinismus mit Glorifizierung der Starken und Verachtung der Schwachen. Beide verlangen eine vollständige Unterordnung unter eine Fiktion, den freien Markt auf der einen Seite, das ethnisch homogene ‚Volk‘ auf der anderen Seite. Neoliberalismus und Rechtspopulismus bilden, aus unterschiedlichen Perspektiven, heute wesentliche ideologische Zentren einer Gegenaufklärung.“ Diesem Kulturverfall gilt es traditionelle Werte wie Aufklärung, Vernunft, Demokratie und soziale Gerechtigkeit entgegenzuhalten. Und die Vision eines vereinten, friedlichen Europas. Eines Europas, in dem jedoch nicht das Profitinteresse einzelner Konzerne, Branchen und Regierungen im Mittelpunkt steht, sondern das Gemeinwohl.

Viel Spaß und Erkenntnisgewinn beim Lesen dieses Hefts wünschen Ihnen

Günther Hartmann



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur

Pablo Ziller



Pablo Ziller
Stellv. Verantwortlicher
Redakteur



Ökolumne von Ulrich Brehme

Kohleausstieg

Mit ihrem Anteil von einem Drittel an den gesamten globalen CO₂-Emissionen und einem Viertel aller Treibhausgasemissionen ist die Kohleverbrennung der wichtigste Treiber des Klimawandels. Anlässlich der Weltklimakonferenz Ende 2017 schlossen sich 18 Staaten – darunter Großbritannien, Kanada und Frankreich – zu einer Allianz für den Kohleausstieg zusammen. Von der EU ist die Hälfte aller Mitgliedsstaaten dabei. Deutschland fehlt. Denn diese 18 Staaten wollen bis spätestens 2030 aus der Kohleverbrennung aussteigen.

Bei der Verbrennung von Braunkohle entstehen doppelt so hohe CO₂-Emissionen wie bei der Verbrennung von Erdgas. Für Steinkohle liegt der Emissionsfaktor dazwischen. Der Ausstieg aus der deutschen Steinkohleförderung wurde von der EU bereits vor mehr als zehn Jahren erzwungen, weil sie die Milliarden-Subventionen dafür nicht mehr akzeptierte. Die Braunkohleförderung im Tagebau ging jedoch weiter. Und so wird in Deutschland mehr Braunkohle gefördert und verbrannt als in China, etwa 2,5-mal so viel wie in Russland oder in den USA. Bei konstanter Förderung würden die Braunkohlevorräte noch über 20 Jahre reichen. Um neue Flächen für den Braunkohleabbau zu erschließen, will RWE den Hambacher Forst bei Köln roden.

Zur Stromerzeugung importiert Deutschland zudem jährlich mehr als 50 Mio. Tonnen Steinkohle. Der größte Steinkohlelieferant Deutsch-

lands ist Russland, das auch Hauptlieferant beim Erdgas ist. Da Deutschland aktuell rund 70 % seiner Primärenergie aus dem Ausland bezieht, dienen mehr erneuerbare Energie, mehr Energieeffizienz und ein schrittweiser Ausstieg aus der Kohleverstromung auch der langfristigen Versorgungssicherheit.

Um in Deutschland den Ausstieg aus der Kohleverbrennung auf den Weg zu bringen, wurde nun eine „Kohlekommission“ gegründet. Bis

der Kohlewirtschaft die Schadstoffgrenzwerte für Stickoxide, Schwefeldioxid, Feinstaub und Quecksilber verschärfte und die große Mehrzahl der deutschen Braunkohlekraftwerke die neuen Grenzwerte verfehlt, müssten an diesen technische Nachrüstungen vorgenommen werden, um sie einzuhalten. Allerdings hat die Bundesregierung die neue EU-Richtlinie bisher noch nicht in deutsches Recht umgesetzt.

Profitabel bleibt Kohlestrom nur, solange der Kohle im heutigen Strommarkt die Umweltschäden nicht angemessen angelastet werden. Das Umweltbundesamt (UBA) errechnete Ende 2017 für die externen Umweltkosten der nationalen Kohleverstromung durch Treibhausgase und Luftschadstoffe für

In Deutschland wird mehr Braunkohle gefördert und verbrannt als in China.

Ende 2019 soll ein Klimaschutzgesetz entstehen. Die Wirtschafts- und Energieminister von sechs Bundesländern haben sich aber bereits gegen eine vorzeitige Beendigung der Kohleverstromung ausgesprochen, sodass eine Einigung wohl nicht möglich ist. Die AfD fordert offen die Beendigung der Energiewende und die Bundesregierung tut praktisch alles, um sie abzuwürgen. So tragen die deutschen Kohlekraftwerke immer noch fast 40 % zur deutschen Stromerzeugung bei. Mit 31 % der in der EU installierten Kohlekraftwerksleistung (49 GW) ist Deutschland der führende Kohlekraftwerkbetreiber, gefolgt von Polen mit 18 % (29 GW) und Tschechien mit 6 % (9 GW).

Weil die EU-Kommission im Sommer 2017 nach harten Auseinandersetzungen mit den Lobbyisten

das Jahr 2016 rund 46 Mrd. Euro. Nach einer Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) würde der Ausstieg aus der deutschen Braunkohle jährliche Klima- und Gesundheitskosten sowie staatliche Subventionen und Vergünstigungen von 28 Mrd. Euro einsparen.

Der Kohlestrom belegt Leitungskapazitäten der Stromnetze, die für neue Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen benötigt werden. Die Kohlestromerzeugung blockiert damit den Ausbau von Erneuerbare-Energien-Anlagen. Das gesamte Stromnetz in Deutschland muss flexibler werden. Eine zukunftsfähige Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien muss für die Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität sorgen und den Einsatz von Energiespeichern ausbauen.

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Europäischer Gerichtshof: Gentechnik ist Gentechnik

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat sein Urteil zur rechtlichen Einordnung neuer Gentechnikmethoden gefällt: Damit hergestellte Tiere und Pflanzen gelten nun auch rechtlich als Gentechnik und müssen als



Foto: geralt/pixabay.com

solche reguliert, gekennzeichnet und überwacht werden. Dieses Urteil ist ein Sieg für die Wahlfreiheit von Landwirten, Züchtern und Verbrauchern sowie für den Schutz der Umwelt. Agrarindustrie, Gentechnik-Konzerne sowie deutsche und französische Behörden hatten lange behauptet, die neuen Gentechnikmethoden seien gar keine Gentechnik. Dies widerspricht sowohl dem Vorsorgeprinzip als auch dem prozess-orientierten Ansatz der EU, bei dem entscheidend ist, wie ein Produkt hergestellt wurde, und nicht, ob die angewendete Technik nachweisbar ist. Nach dem Urteil nahm das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) seinen Freifahrtschein für den Versuchsanbau von gentechnisch verändertem, herbizidresistentem Raps der US-amerikanischen Firma Cibus zurück.

» <http://t1p.de/erru>

US-Gericht verurteilt Monsanto zu Schmerzensgeldzahlung

Der Chemiekonzern Monsanto wurde zu einer Schmerzensgeldzahlung in Höhe von 289 Mio. Dollar (253 Mio. Euro) verurteilt. Geklagt hatte ein ehemaliger Hausmeister, der bei seiner Arbeit regelmäßig Glyphosat ausbrachte und dann an Lymphdrüsenkrebs erkrankte.

Das Gericht kam zu dem Schluss, dass Monsanto nicht ausreichend vor den Krebsrisiken seines Unkrautvernichters gewarnt habe. Die Verhandlungen von 5.000 ähnlichen Klagen, die zu einer Sammelklage zusammengefasst wurden, stehen noch aus.

» <http://t1p.de/08ew>

Klage wegen hoher Nitratwerte im Grundwasser

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat wegen der teils hohen Nitratbelastung im Grundwasser gegen die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundeslandwirtschaftsministerium, beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Klage eingereicht. In der EU hat nur Malta mehr Nitrat im Grundwasser, kritisiert die DUH und bezeichnet die 2017 verschärfte Düngeverordnung als „ungeeignet“, die hohe Nitratbelastung ausreichend zu reduzieren. Der EU-Grenzwert von 50 mg/l wird an knapp einem Drittel der Messstationen



teilweise deutlich überschritten. Der Europäische Gerichtshof hatte erst im Juni 2018 geurteilt, Deutschland habe jahrelang nicht genug gegen die zu hohe Nitratbelastung in seinen Gewässern unternommen und damit gegen die europäische Nitratrichtlinie verstoßen.

» <http://t1p.de/3zt9>

Kampagne für eine Wende in der EU-Agrarpolitik

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) ist der mit Abstand größte Topf des EU-Haushalts. Derzeit wird über die Jahre 2021 bis 2027 verhandelt. Aktuell zahlt



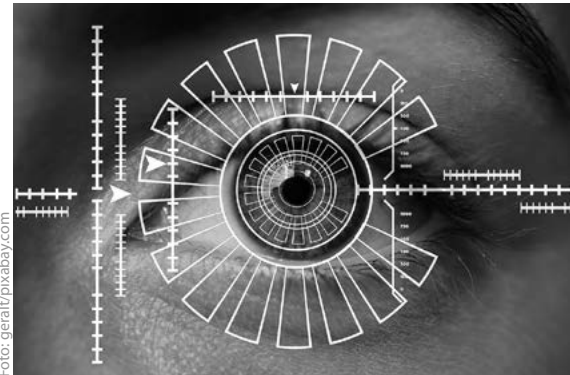
Foto: Open Clipart Vectors/pixabay.com

jeder EU-Bürger dafür 114 Euro pro Jahr an Steuergeld. Verteilt werden diese Gelder überwiegend pauschal pro Hektar – egal, wie umweltfreundlich oder umweltschädlich die Flächen bewirtschaftet sind. Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) startete deshalb die Kampagne „Neue Agrarpolitik jetzt!“ und fordert eine gezielte Förderung für nachhaltigen Umbau statt pauschaler Flächenprämien, eine Intensivierung von Naturschutzmaßnahmen und faire Preise für hochwertige Produkte.

» www.neueagrarpolitik.eu

Verfassungsbeschwerde gegen staatliche Datenzugriffe

Die Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) hat eine Verfassungsbeschwerde gegen den seit 2017 erlaubten automatisierten Zugriff auf Biometriedaten in den Lichtbilddatenbanken der Personalausweis- und Passbehörden eingereicht. Durch das Gesetz ist sämtlichen Polizeien in Bund und Ländern, allen Geheimdiensten,



aber auch der Zoll- und Steuerfahndung ohne Eingrenzung erlaubt, diese Informationen auf digitalem Wege ohne eine Protokollierung in der datengebenden Stelle einzuholen.

» <http://t1p.de/cb15>

Kreuzfahrt-Ranking prangert Schweröl-Motoren an

Nur ein Kreuzfahrtschiff verzichtet auf den Antrieb mit giftigem Schweröl und setzt stattdessen auf einen schadstoffärmeren Kraftstoff: die AIDAnova. Sie wird als erstes Kreuzfahrtschiff der Welt mit Flüssiggas betrieben und landet im Kreuzfahrt-Ranking des Naturschutzbunds Deutschland (NABU) auf Platz 1. Alle anderen der 76 untersuchten Schiffe, darunter auch acht



Foto: Nikon 2110/pixabay.com

der neun Schiffe, die 2018 fertiggestellt wurden, halten am dreckigsten aller Kraftstoffe fest: dem Schweröl. Besonders negativ fallen die Branchenriesen MSC Cruises, Celebrity Cruises und Royal Caribbean auf. Der NABU ruft die Schifffahrtsbranche auf, mit Nachdruck Antriebssysteme und Kraftstoffe zu entwickeln und einzusetzen, die den Schadstoff- und CO₂-Ausstoß deutlich reduzieren. Für die Häfen fordert der NABU ein Einfahrverbot für dreckige Schiffe ab 2020.

» <http://t1p.de/c4jr>

US-Studie beweist Krebsrisiko durch Mobilfunkstrahlung

Klare Beweise für ein erhöhtes Krebsrisiko durch Mobilfunkstrahlung erkennt eine unabhängige Überprüfungskommission in einer wissenschaftlichen Studie des National Toxicology Program (NTP). Kommissionsmitglied James C. Lin betonte in einem Fachartikel, dass die Ergebnisse der Studie darauf hindeuten, dass



Foto: stux/pixabay.com

die derzeitigen Richtlinien zum Schutz der menschlichen Gesundheit unzureichend sind. Er empfiehlt der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC), die Forschung neu zu bewerten und die HF-Strahlung

von „möglicherweise krebserregend für den Menschen“ auf „wahrscheinlich krebserregend“ hochzustufen.

» <http://t1p.de/lxs2>

Große Mehrheit der Deutschen für mehr Klimaschutz

Eine Umfrage des ARD-Deutschland-Trends ergab: 84% halten beim Thema „Kohle“ die Berücksichtigung des Klimaschutzes für den wichtigsten Aspekt, 48% die Versorgungssicherheit, 47% den Erhalt von Arbeitsplätzen und 16% den Strompreis. Eine große Mehr-



Foto: herbert2512/pixabay.com

heit der Deutschen ist für ein stärkeres Engagement der Bundesregierung beim Klimaschutz: 74% sind der Meinung, die Regierung sollte in diesem Feld mehr tun.

» <http://t1p.de/4gzv>

Deutsche Ärzte warnen vor neuem Mobilfunknetz 5G

Der „Ärztarbeitskreis digitale Medien Stuttgart“ fordert in einem offenen Brief an Andreas Scheuer, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, einen Stopp des Ausbaus der 5G-Infrastruktur und verweist dabei auf eine aktuelle Studie, die besorgniserregende Effekte gefunden hat. Die Studie untermauert die eindringliche Forderung des von mehr als 200 Wissenschaftlern unterschriebenen Appells, das 5G nicht ohne Nachweis einer Gesundheitsverträglichkeit einzuführen. Am Ende des Briefes heißt es: „Wir sehen in der galoppierenden Ausbreitung dieser drahtlosen Kommunikationstechnologie eine Gesundheitsbedrohung der ganzen Bevölkerung und eine Ursache für die Zunahme des Krankenstandes einschließlich chronischer Krankheiten wie Krebs und degenerativer Nervenkrankheiten. Bei allen bisher erwiesenen biologischen Schäden des menschlichen Organismus weit

unterhalb der jetzigen Grenzwerte halten wir den hemmungslosen und überstürzten Ausbau dieser Technologien für unverantwortlich.“ Als Alternative empfehlen die Ärzte den Ausbau der Glasfaser-Netze.

» <http://t1p.de/210f>

EU-Kommission legt Aktionsplan für Bioökonomie vor

Um einen Systemwechsel bei der Produktion und dem Verbrauch von Ressourcen einzuleiten, hat die EU-Kommission einen Aktionsplan für den Aufbau einer nachhaltigen und kreislauforientierten Bioökonomie vorgelegt. Sie hat das Potenzial, bis 2030 eine Million neue, umweltfreundliche Arbeitsplätze zu schaffen. Um hierfür Impulse zu geben, wird die EU-Kommission 2019 konkrete Maßnahmen in die Wege leiten.

» <http://t1p.de/ge3b>

Umweltbundesamt will Fußverkehr stärken

Ein Fünftel aller Wege, die mit dem Auto zurückgelegt werden, sind kürzer als 2 km und könnten problemlos zu Fuß zurückgelegt werden. Das stärkt die Gesundheit, spart Geld und schont die Umwelt. Trotzdem wird der Fußverkehr in Deutschland bisher stiefmütterlich behandelt. Obwohl das Gehen die natürlichste und grundlegendste Form der Mobilität ist, leiden Fußgänger in Deutschland oft unter Abgasen, Lärm und Enge – und sind oft stark unfallgefährdet: 36% der innerört-



Foto: Free Photos/pixabay.com

lichen Verkehrstoten waren Fußgänger. Deshalb will das Umweltbundesamt (UBA) den Fußverkehr stärken und hat im Oktober 2018 unter dem Titel „Geht doch!“ Grundzüge einer Fußverkehrsstrategie vorgestellt.

» <http://t1p.de/cr3h>

Bücher

Globalisierung & Armut

Jason Hickel

Die Tyrannei des Wachstums

Wie globale Ungleichheit die Welt spaltet und was dagegen zu tun ist dtv, März 2018

432 Seiten, 28,00 Euro
978-3-423-28163-8



Arme Länder des globalen Südens seien an ihrem Elend weitgehend selbst schuld, könnten aber durch eine vernünftige Entwicklungspolitik aufholen – so lautet eine verbreitete These, die gerne mit Zahlen der Weltbank und der UNO über angebliche Erfolge im Kampf gegen Armut und Hunger unterfüttert wird. Dieses Buch zeigt, warum diese Zahlen irreführend sind und warum die von den westlichen Industrienationen propagierten Strategien nicht greifen. So leben heute 4,3 Mrd. Menschen in Armut – 60% der Weltbevölkerung. Und die Situation verschlimmert sich. Abhilfe könnten nur radikale politische Veränderungen bringen, vor allem faire Welthandelsregeln. (gh)

Verschwörungstheorien & Wissenschaft

Michael Butter

„Nichts ist, wie es scheint“

Über Verschwörungstheorien Michael Butter edition suhrkamp

Suhrkamp, März 2018
271 Seiten, 18,00 Euro
978-3-518-07360-5



Offensichtliches anzweifeln und neue Erklärungstheorien zu entwickeln – das gehört zu den Methoden auch seriöser Wissenschaftler. Verschwörungstheoretiker unterscheiden sich von ihnen dadurch, dass sie einzelne Personen oder Gruppen für so einflussreich halten, dass sie Ereignisse bis ins kleinste Detail durchplanen und unerkannt den Lauf der Geschichte über einen langen Zeitraum bestimmen können. Statt die Wirklichkeit als komplexes System zu sehen, in dem der Zufall eine große Rolle spielt, glauben sie an die Möglichkeit totaler Determinierung. Doch nicht alles, was als Verschwörungstheorie bezeichnet wird, ist auch eine. Der Vorwurf dient oft dazu, unbequeme Fragensteller zu diskreditieren und die eigene Deutungshoheit zu verteidigen. (gh)

Ökosysteme & Nahrungsmittelversorgung

Andreas H. Segerer, Eva Rosenkranz

Das große Insektensterben

Was es bedeutet und was wir jetzt tun müssen oekom, August 2018
208 Seiten, 20,00 Euro
978-3-96238-049-6



Die Zahl der Insekten nimmt dramatisch ab. Und damit auch die Zahl der Frösche, Vögel und anderer Kleintiere, die sich von ihnen ernähren. Der Insektenschwund bedroht das Fundament unserer Ökosysteme und auch unserer Nahrungsmittelversorgung. Das Buch erläutert die Ursachen und Zusammenhänge – und zeigt auf, was jetzt passieren muss. Bei der ÖDP München hielt der Autor darüber im August 2018 einen Vortrag, der im Internet zu sehen ist: <http://t1p.de/vrbb>. (gh)

Suffizienz & Lebensqualität

Fumio Sasaki

Das kann doch weg!

Das befreiende Gefühl, mit weniger zu leben Integral, Februar 2018
256 Seiten, 18,00 Euro
978-3-7787-9285-8



„Suffizienz“ ist in der Postwachstumstheorie ein Schlüsselbegriff. Er bedeutet „Genügsamkeit“ und wird mit ökologischen Notwendigkeiten begründet. Diese interessieren den Autor, einen japanischen Journalisten, allerdings nicht. Er geht das Thema konsequent von der anderen Seite an und konzentriert sich ganz auf das Mehr an Lebensqualität, das sich durch ein Weniger erzielen lässt. Aus seinen eigenen Erfahrungen formte er eine strukturierte Anleitung für einen minimalistischen Lebensstil. (gh)

Demokratie & Autokratie

Steven Levitsky, Daniel Ziblatt

Wie Demokratien sterben

Und was wir dagegen tun können DVA, Mai 2018
320 Seiten, 22,00 Euro
978-3-421-04810-3



Früher wurden Demokratien jäh mit einem großen Knall beendet:

durch einen Militärputsch oder eine Revolution. Heute siechen Demokratien leise vor sich hin, sodass ihr Schwinden kaum wahrgenommen wird. Demokratisch gewählte, aber autoritär eingestellte Politiker höhnen sie langsam von innen aus. Deren Vorgehensweise wird im Buch genau dargestellt. Sie ist überall auf der Welt ähnlich: Demokratische Spielregeln werden angezweifelt und abgelehnt, der politische Gegner wird als Volksfeind oder Krimineller verunglimpft, kritische Medien werden angegriffen und neutralisiert, Gewalt wird toleriert und legitimiert. (gh)

Neoliberalismus & Meinungssteuerung

Rainer Mausfeld

Warum schweigen die Lämmer?

Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen bedrohen Westend, Oktober 2018
304 Seiten, 24,00 Euro
978-3-86489-225-7



Wie es möglich ist, dass die große Mehrheit der Bevölkerung bei Wahlen immer wieder eine Politik unterstützt, die ihren Interessen eigentlich zuwiderläuft? Dieses irrationale Verhalten lässt sich verstehen, wenn man die Funktionsweise der menschlichen Psyche kennt – und die Techniken, mit denen sie sich manipulieren lässt. Das Buch beschreibt, mit welchen Methoden das öffentliche Bewusstsein gesteuert wird. Bei der ÖDP München hielt der Autor darüber im Juni 2018 und im Mai 2017 Vorträge, die im Internet zu sehen sind: <http://t1p.de/vrbb>. (gh)

Persönlichkeit & Gemeinwohl

Gunther Moll, Sarah Benecke, Günter Grzega

Die Vorstufe zum Paradies für uns alle

Warum wir sie erreichen können – und wie sie finanzierbar wäre Papeto, August 2018
122 Seiten, 10,00 Euro
978-3-9815347-3-3



Der Buchtitel klingt kitschig und großwahnwahnig, greift aber nur ironisch einen CSU-Wahlkampfslogan auf – und hinterfragt ihn kritisch. Ein Kinderpsychiater, eine Journalistin sowie ein ehemaliger Bankvor-

stand erläutern kurz und knapp und leicht verständlich, an welchen „Stellschrauben“ kräftig gedreht werden müsste, damit die Welt sich dem von der CSU behaupteten Zustand tatsächlich annähert. Natürlich spielt dabei die Gemeinwohl-Ökonomie eine wichtige Rolle. (gh)

Rechtspopulismus & Machtstreben

Franziska Schreiber

Inside AfD

Der Bericht einer Aussteigerin Europa, August 2018
220 Seiten, 18,00 Euro
978-3-95890-203-9



Seit September 2017 ist die AfD mit 92 Abgeordneten im Bundestag vertreten. Sie inszeniert dort einen medienwirksamen Konfrontationskurs zu den etablierten Parteien und treibt sie vor sich her. Doch was treibt die AfD selbst an? Welches Selbstverständnis und welche Ziele hat sie? Was eint sie und welche Konflikte gibt es in ihr? Die Autorin, eine 28-jährige Juristin, war von 2013 bis 2017 AfD-Mitglied, hatte dort wichtige Ämter inne und berichtet nun ausführlich über das Innenleben der Partei. (gh)

Landwirtschaft & Natur

Christian Goldenboog

Die Weisheit des Misthaufens

Expeditionen in die biodynamische Landwirtschaft C.H.Beck, März 2018
201 Seiten, 14,95 Euro
978-3-406-72044-4



Dem Wein- und Champagner-Experten fiel immer wieder die hohe Qualität biodynamisch angebaute Trauben auf. Das bewog ihn dazu, sich intensiv mit dieser auf Rudolf Steiner zurückgehenden Landwirtschaftsform zu beschäftigen. In seinem Buch beschreibt er das Leben und Selbstverständnis der Landwirte des Dottenfelderhofes bei Frankfurt, reflektiert über Ursprung, Sinn und Grenzen der anthroposophischen Lehren, kritisiert die heute übliche Landwirtschaft mit ihrem massiven Einsatz von Stickstoff und Glyphosat – und nimmt die Leser am Ende auf eine „Genusstour“ in die „neue Welt der Bio-Weine“ mit. (gh)

Abgeordneter im Europaparlament

„Ich habe nicht erwartet, dass man so viel erreichen kann“

Bei den Europawahlen im Mai 2014 errang die ÖDP erstmals ein Mandat. Ihr Abgeordneter trat der Fraktion „Die Grünen/Europäische Freie Allianz“ bei und ist im Europaparlament Mitglied in mehreren Ausschüssen und Unterschüssen. Inzwischen sind 90 % der Legislaturperiode vorbei und im Mai 2019 stehen die nächsten Europawahlen an. Zeit für eine Bilanz.

Interview mit Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Buchner, welche Bilanz ziehen Sie nach viereinhalb Jahren Arbeit im Europaparlament?

Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP: Ich habe nicht erwartet, dass man

burg. Daher kannte ich den Betrieb schon einigermaßen gut. Trotzdem musste ich natürlich erst lernen, wo man welche Informationen abrufen kann. Meine schwedischen Büro-Nachbarn waren dabei sehr hilf-

bedeutet, dass ich in den Bereichen mit der Fraktion stimme, in denen kaum Unterschiede zur ÖDP bestehen. Aber auch die Europäische Freie Allianz stimmt manchmal anders als die Grünen. Meine Skepsis bezog sich vor allem auf die recht unkritische Stellung der Grünen zur gegenwärtigen Verfassung der EU. Ich hatte auch verlockende Angebote von anderen Fraktionen, doch bei denen wäre es mir sehr schwer gefallen, fast ständig gegen die Fraktion zu stimmen.

Wie verläuft die Zusammenarbeit innerhalb der Fraktion, besonders mit der deutschen Abgeordneten der Grünen sowie den Abgeordneten der Piratenpartei?

In jeder Fraktion muss man sich seinen Platz erkämpfen, wenn man

„Vor meiner Wahl war mir nicht klar, in welchem Maß die EU-Kommission die neoliberale Wirtschaft vorantreibt ...“

als einzelner Abgeordneter so viel erreichen kann. Sicher haben dazu meine hervorragenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganz wesentlich beigetragen. So konnte ich eine Reihe wichtiger Verordnungen mitgestalten und auch auf meinen Reisen freundschaftliche Kontakte zu anderen Regierungen knüpfen. Das ist z. B. in der jetzigen Situation im Iran besonders wichtig.

Als erster ÖDP-Abgeordneter überhaupt im Europaparlament konnten Sie im Gegensatz zu den meisten anderen Abgeordneten nicht auf die Erfahrungen von Parteifreunden zurückgreifen. Was waren in der Anfangszeit die größten Herausforderungen?

Vor meinem Mandat war ich schon öfter in Brüssel und Straß-

reich. Die größte Herausforderung war die chaotische Parlamentsverwaltung, die viel unnötige Arbeit verursacht hat.

Sie sind Mitglied der Fraktion „Die Grünen/Europäische Freie Allianz“, obwohl Sie sich vor der Wahl noch sehr skeptisch über diese

Fraktion geäußert haben. Was war für diese Entscheidung ausschlaggebend?

Ich bin ein „unabhängiges Mitglied“ dieser Fraktion, die ja nicht nur aus den Grünen besteht. Das

kein Hinterbänkler sein will. Im Gegensatz zu einigen anderen Fraktionen ist aber das Klima bei uns sehr freundschaftlich. In unserer recht kleinen Fraktion mit nur gut 50 Mitgliedern ist man meist froh,



Foto: Simone Lettenmayer

Prof. Dr. Klaus Buchner, Jahrgang 1941, war von 1973 bis 2006 Professor an der TU München und erhielt für seine wissenschaftliche Arbeit zahlreiche Auszeichnungen. In die ÖDP trat er 1983 ein, war von 2003 bis 2010 ihr Bundesvorsitzender und errang 2014 als ihr Spitzenkandidat ein Mandat im Europaparlament. Seine Schwerpunkte dort sind Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Sicherheit und Internationaler Handel.

www.klausbuchner.eu

wenn jemand wichtige Arbeiten übernimmt. Die fest angestellten Fraktionsmitarbeiter sind seit vielen Jahren in ihrem Spezialgebiet eingearbeitet und deshalb eine unentbehrliche Unterstützung. Ohne sie wäre die Menge der Arbeiten nicht zu bewältigen. Dabei entwickeln sich natürlich auch persönliche Freundschaften. Julia Reda, die Vertreterin der Piratenpartei, ist im Bereich Urheberrecht eine anerkannte Spezialistin und hat die entsprechende EU-Verordnung stark in unserem Sinn beeinflusst. Ich komme sehr gut mit ihr aus.

Inwieweit hat sich durch die parlamentarische Arbeit Ihr Blickwinkel auf die Politik im Allgemeinen und die Europapolitik im

Besonderen verändert? Was hat Sie am meisten überrascht?

Früher wusste ich zwar, dass es in vielen Ländern gravierende Menschenrechtsverletzungen gibt. Aber es ist etwas anderes, ob man dar-

deutsches Recht. Und vor dem Europäischen Gerichtshof kann man hier nicht klagen, weil Demokratie in den EU-Verträgen nicht geschützt wird. Die Bundesregierung hat ja sehr große Anstrengungen unter-

„Offenbar waren wir sieben deutsche Abgeordnete aus Parteien, die mit weniger als 3 % ins Europaparlament kamen, für die Bundesregierung zu erfolgreich.“

über in einer Zeitung liest oder ob man den Leuten die Hand schüttelt, die dafür verantwortlich sind. Das hat mir zu Beginn meines Mandats sehr zu schaffen gemacht. Vor meiner Wahl war mir auch nicht klar, in welchem Maß die EU-Kommission die neoliberale Wirtschaft in Europa vorantreibt und wie wenig sie sich in Afrika um die elementaren Menschenrechte kümmert. Sie schafft Fluchtursachen.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht sowohl die 5- als auch die 3-Prozent-Hürde für die

nommen, dieses europäische Gesetz zu bekommen, das der Ministerrat einstimmig beschließen musste. Dafür hat sie einigen Regierungschefs Versprechungen gemacht. Offenbar waren wir sieben deutsche Abgeordnete aus Parteien, die mit weniger als 3 % ins Europaparlament kamen, für die Bundesregierung zu erfolgreich. Ich denke aber nicht, dass die Prozent-Hürde schon 2019 kommt, denn die „Venedig-Konvention“ verbietet Änderungen eines Wahlgesetzes innerhalb der 12 Monate vor der Wahl. Diese Konventi-

„Ein Großteil der neuen deutschen Gesetze ist nur eine Umsetzung von EU-Richtlinien in deutsches Recht.“

Europawahl gekippt hatte, machte das Europaparlament kürzlich über den Umweg des europäischen Rechts den Weg für eine erneute Prozent-Hürde frei. Glauben Sie, dass diese schon bei der Wahl 2019 gelten wird? Und dass sie sich per Gerichtsbeschluss wieder kippen lässt?

Es dürfte schwer sein, die neue Prozent-Hürde durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu kippen. Denn europäisches Recht sticht

on ist zwar nicht verpflichtend, aber die Bundesregierung wird sich wohl nicht die Blöße geben, sie zu missachten.

Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind auf drei Städte in zwei Ländern verteilt: Brüssel, München und Berlin. Die in Brüssel reisen auch mit zu den Sitzungswochen nach Straßburg. Wie hat sich diese Arbeitseinteilung bewährt?

In Berlin, am Sitz der Regierung und des Deutschen Bundestags,



Demonstration gegen TISA in Brüssel

müssen wir präsent sein. Theoretisch habe ich sogar einen Schreibtisch im Bundestag. Und weil ich lange Zeit der einzige Münchener EU-Abgeordnete war, müssen wir auch in München eine Ansprechpartnerin haben. Diese Aufteilung hat sich bewährt. Viele Anfragen an das Berliner Büro würden kaum an das Münchener Büro gestellt werden und umgekehrt. Unsere Arbeit koordinieren wir in Telefonkonferenzen.

Sie sind Mitglied in mehreren Ausschüssen, auch in dem für die Freihandelsabkommen zuständigen „Ausschuss für Internationalen Handel“ (INTA). Welche Möglichkeiten gibt es dort, Einfluss auf die Ausgestaltung der Vertragstexte zu nehmen?

Theoretisch kann das Europaparlament zu den Freihandelsabkommen nur Ja oder Nein sagen. Praktisch hat sich jedoch bei CETA gezeigt, dass der massive Widerstand der Bevölkerung, der sich

auch in Teilen des Parlaments widerspiegelte, in letzter Minute noch wichtige Verbesserungen bewirkte. Kurz: Das Europaparlament allein kann wenig erreichen, weil die CDU/CSU, die SPD, die FDP und

beteiligt. Wie genau kam es dazu? Und gab es Druck von Lobbyisten aus der Industrie?

Wenn man Berichterstatter wird, muss die Fraktion eine bestimmte Zahl von ihren „Punk-

„Es gibt zu einem vereinten Europa keine Alternative. Das heißt aber nicht, dass in der EU alles in Ordnung ist.“

alle Parteien rechts davon wenig hilfreich sind. Aber zusammen mit den Massenprotesten, die auch wir sehr unterstützt haben, konnten wir doch etwas bewegen.

Ihr wohl größter Erfolg war die Verabschiedung der „Dual-use-Verordnung“, mit der der Export von Überwachungstechnologie aus der EU an autokratische Staaten stark eingeschränkt wird. Sie waren als Berichterstatter maßgeblich an der Ausarbeitung der Verordnung

ten“ abgeben, die sie je nach ihrer Größe bekommt. Ich hatte Glück, dass unsere Fraktion zum richtigen Zeitpunkt genügend Punkte zur Verfügung hatte und dass ich auch innerhalb der Fraktion Vorrang hatte, weil ich bis dahin noch für keine Gesetzgebung verantwortlich war. Natürlich wollten viele Lobbyisten mit mir sprechen. Die meisten davon hat mein Mitarbeiter Paul Diegel empfangen. Nachdem sie aber bei mir nicht viel ausrichten konn-

ten, haben sie sich an die anderen Fraktionen gewandt, vor allem an die Europäische Volkspartei (EVP), der auch die CDU/CSU angehört. Die haben deren Vorlagen teils wörtlich als Änderungsanträge ein-

mus ausbreiten, die manchmal als Neoliberalismus bezeichnet wird. Sie stellt unser Sozialwesen, unsere Demokratie und den Umweltschutz infrage. Um ihn zu bekämpfen, muss man die grundlegenden Tat-

„Die einzelnen europäischen Staaten hätten keine Chance, sich wirtschaftlich oder politisch gegen die Großmächte USA, Russland oder China durchzusetzen.“

gebracht. Ihr Ziel war natürlich, die Verordnung praktisch unwirksam zu machen. Schließlich konnten wir aber fast alle Kollegen für eine ungeschmälerte Verordnung überzeugen, sodass ich in der Endabstimmung etwa 90% Zustimmung erhielt.

Manchmal hat man den Eindruck, dass in der ÖDP das Thema „EU“ keine hohe Priorität besitzt. Ist das ein Manko im Hinblick auf zukünftige Europawahlkämpfe?

Der Bundesarbeitskreis „Demokratie, Außen- und Europapolitik“ arbeitet inzwischen wieder sehr gut. Trotzdem ist es natürlich wichtig, noch mehr ÖDP-Mitglieder für die EU zu interessieren. Schließlich ist ein Großteil der neuen deutschen Gesetze nur eine Umsetzung von EU-Richtlinien in deutsches Recht. Mit unseren Praktika geben wir vor allem unseren jüngeren Mitgliedern die Möglichkeit, das Europaparlament einige Tage bzw. einige Monate hautnah mitzuerleben.

Vor Kurzem erschien Ihr Buch „Die Diktatur der Märkte“. Was hat Sie motiviert, es zu schreiben?

Da nach dem Ende des Kommunismus der Westen nicht mehr beweisen musste, dass hier das Leben besser ist, konnte sich auch in Europa eine radikale Form des Kapitalis-

sachen über ihn wissen. Und die soll das Buch vermitteln. Es gibt zwar schon viele gute Bücher über alle Aspekte dieses Themas. Aber kaum jemand hat Zeit, auch nur einige davon zu lesen. Deshalb habe ich versucht, möglichst knapp und leicht lesbar das Wichtigste darüber zusammenzufassen.

Wodurch unterscheidet sich Ihr Buch von den vielen anderen Büchern zu diesem Thema?

Mein Buch beschreibt nicht nur die Grundsätze und die praktische Auswirkung des Neoliberalismus, sondern bietet auch konkrete Lösungsvorschläge an und möchte damit neue Entwicklungen anre-

„Das gravierende Demokratiedefizit hat zu Entscheidungen geführt, die die Wut vieler Bürger herausfordert.“

gen. Dabei ist mir das letzte Kapitel besonders wichtig, wo ich versuche darzustellen, warum unsere jetzige Form der Demokratie kaum in der Lage ist, der Bedrohung durch den Neoliberalismus standzuhalten. Neue technische Möglichkeiten können aber eingesetzt werden, um die Bürger besser an den politischen Entscheidungsprozessen mitwirken

BUCHTIPP

Klaus Buchner
Diktatur der Märkte
Aufbruch in die sozio-ökologische Wende
Tectum,
September 2018
180 Seiten, 19,95 Euro
978-3-8288-4161-1



zu lassen. Das wird heute schon in der EU in einer einfacheren Form verwirklicht.

Angesichts des Brexit und der vielen EU-Kritik und EU-Skepsis dieser Tage: Wäre Europa ohne die EU ein besseres oder ein schlechteres Europa?

Die einzelnen europäischen Staaten hätten keine Chance, sich wirtschaftlich oder politisch gegen die Großmächte USA, Russland oder China durchzusetzen. Deshalb gibt es zu einem vereinten Europa keine Alternative. Das heißt aber nicht, dass in der EU alles in Ordnung ist. Das gravierende Demokratiedefizit hat zu Entscheidungen geführt, die die Wut vieler Bürger herausfordert. Außerdem ist die EU-Kommission geradezu auf

die Mitarbeit von Wirtschaftsverbänden angewiesen, die natürlich auch ihre neoliberalen Grundsätze durchsetzen wollen. Leider sind die EU-Kommission und die großen Fraktionen im Europaparlament reform-resistent.

Herr Prof. Buchner, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Aufstieg & Krisen

„Die EU ist *kein Staat* und wird auch keiner werden“

Ist die EU ein stabiles oder ein fragiles Gebilde? Im vergangenen Jahrzehnt haben verschiedene Krisen dazu geführt, dass ihre rasante Erfolgsgeschichte ins Stocken geriet. Rechts- und linkspopulistische EU-Skeptiker gewannen immer mehr an Einfluss und zogen in vielen Mitgliedsstaaten in die nationalen Parlamente ein. Negativer Höhepunkt: der Brexit.

Interview mit Andreas Wehr

ÖkologiePolitik: Herr Wehr, wo liegen die größten Probleme der EU?

Andreas Wehr: Zur Beantwortung der Frage sollten wir einen Blick auf die inzwischen mehr als 60-jährige Geschichte der EU werfen. Sie lässt sich in verschiedene Phasen gliedern. Zwischen 1985, als das Binnenmarktkonzept startete, bis 2005, als der EU-Verfassungsvertrag scheiterte, gab es eine lange Phase der forcierten Integration. Diese Jahre waren zugleich die Hochzeit des Neoliberalismus. Danach setzte eine bis heute dauernde Phase der Rückschläge und Krisen ein. 2007 begann die immer noch schwelende Eurokrise, die zu erheblichen Spannungen zwischen den Kernstaaten und den Südeuropäern führte. 2015/16 kam die Flüchtlingskrise hinzu. Auslöser war die einseitige Grenzöffnung Deutschlands. Die Forderung nach einer EU-weiten Umverteilung von Flüchtlingen traf auf den Widerstand vor allem der Osteuropäer. Die Eurokrise und die Flüchtlingskrise erzeugten in vielen Ländern eine starke EU-Skepsis. In Südeuropa profitieren davon vor allem linkspopulistische Parteien und Bewegungen, in Mittel-, Nord und Osteuropa rechtspopulistische. Die

deutsche AfD wurde gegründet aus Kritik an der Eurorettungspolitik, ihr politischer Durchbruch gelang ihr aber durch die Flüchtlingskrise. Mit der Brexit-Entscheidung im Sommer 2016 kam eine weitere Krise mit noch unbekanntem Ausgang hinzu: gütliche Trennung oder harter Bruch? Die EU hat auf all diese

abgeschlossen haben. Sie haben damit zwar Rechte an gemeinsame Einrichtungen wie die Europäische Kommission, den Europäischen Gerichtshof oder das Europäische Parlament abgegeben, ihre Souveränität haben sie jedoch nicht aufgegeben. Anders als z.B. die Bundesstaaten der USA sind die Mitgliedssta-

„Die Eurokrise und die Flüchtlingskrise erzeugten in vielen Ländern eine starke EU-Skepsis.“

Krisen bis heute keine Antworten gefunden. Versuche, die Lage durch Vorstöße für eine schnellere Integration zu verbessern – wie etwa der Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron für eine engere Wirtschafts- und Währungsunion –, finden kaum Unterstützer. Auch die von den europäischen Verteidigungsministern Ende 2017 ausgerufene Verteidigungsunion steht bisher nur auf dem Papier. Keine der als Gegenoffensive auf die vielfältigen Krisen der EU gedachten Initiativen kommt voran.

Was für ein Gebilde ist die EU überhaupt?

Die EU ist ein Vertragssystem, das souveräne Staaten miteinander

ten der EU selbstständige Staaten geblieben. Der Brexit ruft es eindringlich in Erinnerung: Der Austritt eines Mitgliedsstaates ist jederzeit möglich. Die EU ist kein Staat und wird auch keiner werden.

Wozu war und ist die EU gut?

Anfangs beschränkte sich die EU darauf, einen gemeinsamen Binnenmarkt zu schaffen. Deshalb wurden die „Europäische Gemeinschaft“, wie die heutige EU zunächst hieß, auch oft als „Gemeinsamer Markt“ bezeichnet. Es begann mit der Schaffung einer Zollunion: der Abschaffung aller Binnenzölle und der Übertragung der Kompetenz für das Erheben von Außenzöllen auf die Wirtschaftsgemeinschaft.



Andreas Wehr, Jahrgang 1954, studierte Rechtswissenschaften und war in den 1990er-Jahren unter anderem Leiter des Büros von Berlins Regierendem Bürgermeister Walter Momper sowie der Dienststelle des Europabeauftragten des Berliner Senats. Von 1999 bis 2014 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordischen Grünen des Europäischen Parlaments.

www.andreas-wehr.de

Es folgte der Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse zwischen den Mitgliedsstaaten. Grundlage dafür waren die Prinzipien der vier in den europäischen Verträgen verankerten liberalen Grundfreiheiten: der Freiheit für Waren, für Kapital, für Dienstleistungen und für Personen. Mit der Einführung der gemeinsamen Währung Euro wurde der „Gemeinsame Markt“ dann auf eine qualitativ völlig neue Ebene gehoben: Die Eurostaaten übertrugen die Zuständigkeit für ihre Geldpolitik auf die Europäische Zentralbank. Eine funktionierende Wirtschafts- und Währungsunion erfordert aber auch einen gemeinsamen Rechtsrahmen. So übertrug man der EU justizielle

und innenpolitische Kompetenzen. Und schließlich wurden auch ihre außenpolitischen Kompetenzen erweitert. Beschlossen wurde das alles 1992 auf dem historischen Gipfel von Maastricht.

Welche außenpolitischen Ziele verfolgt die EU?

Das Bild vom „Gemeinsamen Haus Europa“ stand nach Ende des „Kalten Krieges“ für die Hoffnung, dass eine neue europäische Friedensordnung etabliert werden könnte. Das hätte aber die Auflö-

Zivilisten das Leben kostete. Oder an den Ersten Weltkrieg, als 1918 zunächst das Deutsche Kaiserreich und anschließend die westlichen Staaten unter Führung von Großbritannien, Frankreich und den USA versuchten, die junge Sowjetunion zu erwürgen. Gehen wir in der Geschichte weiter zurück, so sehen wir die Eroberung Moskaus zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch Napoleon. Und auch in den Jahrhunderten zuvor hatte es in Russland verheerende Invasionen

„Mit der Brexit-Entscheidung kam eine weitere Krise mit noch unbekanntem Ausgang hinzu.“

sung der NATO und die Bildung eines kollektiven Sicherheitssystems unter Einbeziehung Russlands verlangt. Es war Michail Gorbatschow, der vom „Gemeinsamen Haus Europa“ sprach. Doch es kam bekanntlich anders: Der Warschauer Pakt und die Sowjetunion lösten sich auf, die NATO aber nicht. Im Gegenteil: Obwohl Gorbatschow zugesichert worden war, dass sich die NATO nicht nach Osten ausweiten werde, nahm sie ein osteuropäisches Land nach dem anderen auf. Spätestens ab Beginn der Präsidentschaft Wladimir Putins im Jahr 2000 wird von der westlichen Politik und den dortigen Massenmedien das alte Freund-Feind-Denken gegenüber Russland wieder bedient.

Ist Putin an den schlechten Beziehungen nicht maßgeblich beteiligt?

Russland hat aufgrund seiner historischen Erfahrungen starke und berechtigte Ängste vor Einkreisungen und Invasionen. Denken wir an den deutschen Angriff im Zweiten Weltkrieg, der fast 10 Mio. sowjetischen Soldaten und 15 Mio.

gegeben. Sie alle haben in seinem nationalen Bewusstsein tiefe Spuren hinterlassen. Heute stehen die Armeen der NATO-Staaten direkt an der russischen Westgrenze. Die Eingliederung der Halbinsel Krim in den russischen Staatsverband wird als Bruch des Völkerrechts bezeichnet – nicht geredet wird aber über den vorangegangenen Putsch in der Ukraine unter aktiver Hilfe des Westens. Der so wichtige Hafen der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol auf der Krim drohte damit für Russland verloren zu gehen. Es wird heute nicht zu Unrecht von einem neuen „Kalten Krieg“ gesprochen. Die Staaten der EU zeigen leider keine Bereitschaft, in dieser gefährlich zugespitzten Situation eine eigenständige Haltung einzunehmen. Man folgt der von den USA vorgegebenen Linie.

Auch Großbritannien verfolgt hier keine andere Linie. Warum will es aus der EU austreten?

Ausschlaggebend ist die Sorge vieler Briten um die nationale Selbstbestimmung ihres Landes. Dass in Brüssel die Europäische

Kommission und in Luxemburg der Europäische Gerichtshof über ihre Köpfe hinweg entscheiden, ist für sie unerträglich. Nicht nur die Rechtspopulisten der „United Kingdom Independent Party“ setzten

Konkurrenz auf dem britischen Arbeitsmarkt und zu Engpässen bei sozialen Dienstleistungen, im Gesundheitssystem und auf dem Wohnungsmarkt. Man kann in diesem Zusammenhang durchaus von einer

weiteren Krise der EU sprechen: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit führt in den Kernstaaten zu einer starken Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und sozial Schwachen – und entzieht den Auswanderungsländern gleichzeitig qualifizierte Arbeitskräfte, was deren ökonomischen Aufholprozess bremst.

weiteren Krise der EU sprechen: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit führt in den Kernstaaten zu einer starken Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und sozial Schwachen – und entzieht den Auswanderungsländern gleichzeitig qualifizierte Arbeitskräfte, was deren ökonomischen Aufholprozess bremst.

„... und entzieht den Auswanderungsländern gleichzeitig qualifizierte Arbeitskräfte, was deren ökonomischen Aufholprozess bremst.“

weiteren Krise der EU sprechen: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit führt in den Kernstaaten zu einer starken Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und sozial Schwachen – und entzieht den Auswanderungsländern gleichzeitig qualifizierte Arbeitskräfte, was deren ökonomischen Aufholprozess bremst.

weiteren Krise der EU sprechen: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit führt in den Kernstaaten zu einer starken Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und sozial Schwachen – und entzieht den Auswanderungsländern gleichzeitig qualifizierte Arbeitskräfte, was deren ökonomischen Aufholprozess bremst.

weiteren Krise der EU sprechen: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit führt in den Kernstaaten zu einer starken Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und sozial Schwachen – und entzieht den Auswanderungsländern gleichzeitig qualifizierte Arbeitskräfte, was deren ökonomischen Aufholprozess bremst.

weiteren Krise der EU sprechen: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit führt in den Kernstaaten zu einer starken Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und sozial Schwachen – und entzieht den Auswanderungsländern gleichzeitig qualifizierte Arbeitskräfte, was deren ökonomischen Aufholprozess bremst.

weiteren Krise der EU sprechen: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit führt in den Kernstaaten zu einer starken Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und sozial Schwachen – und entzieht den Auswanderungsländern gleichzeitig qualifizierte Arbeitskräfte, was deren ökonomischen Aufholprozess bremst.

weiteren Krise der EU sprechen: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit führt in den Kernstaaten zu einer starken Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und sozial Schwachen – und entzieht den Auswanderungsländern gleichzeitig qualifizierte Arbeitskräfte, was deren ökonomischen Aufholprozess bremst.

weiteren Krise der EU sprechen: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit führt in den Kernstaaten zu einer starken Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und sozial Schwachen – und entzieht den Auswanderungsländern gleichzeitig qualifizierte Arbeitskräfte, was deren ökonomischen Aufholprozess bremst.

weiteren Krise der EU sprechen: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit führt in den Kernstaaten zu einer starken Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und sozial Schwachen – und entzieht den Auswanderungsländern gleichzeitig qualifizierte Arbeitskräfte, was deren ökonomischen Aufholprozess bremst.

weiteren Krise der EU sprechen: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit führt in den Kernstaaten zu einer starken Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und sozial Schwachen – und entzieht den Auswanderungsländern gleichzeitig qualifizierte Arbeitskräfte, was deren ökonomischen Aufholprozess bremst.

weiteren Krise der EU sprechen: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit führt in den Kernstaaten zu einer starken Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und sozial Schwachen – und entzieht den Auswanderungsländern gleichzeitig qualifizierte Arbeitskräfte, was deren ökonomischen Aufholprozess bremst.

weiteren Krise der EU sprechen: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit führt in den Kernstaaten zu einer starken Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und sozial Schwachen – und entzieht den Auswanderungsländern gleichzeitig qualifizierte Arbeitskräfte, was deren ökonomischen Aufholprozess bremst.

weiteren Krise der EU sprechen: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit führt in den Kernstaaten zu einer starken Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und sozial Schwachen – und entzieht den Auswanderungsländern gleichzeitig qualifizierte Arbeitskräfte, was deren ökonomischen Aufholprozess bremst.

weiteren Krise der EU sprechen: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit führt in den Kernstaaten zu einer starken Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und sozial Schwachen – und entzieht den Auswanderungsländern gleichzeitig qualifizierte Arbeitskräfte, was deren ökonomischen Aufholprozess bremst.

weiteren Krise der EU sprechen: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit führt in den Kernstaaten zu einer starken Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und sozial Schwachen – und entzieht den Auswanderungsländern gleichzeitig qualifizierte Arbeitskräfte, was deren ökonomischen Aufholprozess bremst.

BUCHTIPP

Andreas Wehr
Europa, was nun?
Trump, Brexit, Migration und die Eurokrise
PapyRossa,
Februar 2018
175 Seiten, 13,90 Euro
978-3-89438-653-5

Andreas Wehr
Die Europäische Union
PapyRossa, Neuauflage
Mai 2018
139 Seiten, 9,90 Euro
978-3-89438-498-2



Formelkompromisse. So verfährt Deutschland auch jetzt. Nur bei einigen wenigen Reformvorschlägen ist es bereit, Macron entgegenzukommen: etwa beim Ausbau der militärischen Zusammenarbeit und in der Migrationspolitik. Bei der entscheidenden Frage – der Kontrolle des ESM – will es Deutschland jedoch bei der nationalen Aufsicht belassen. Da sich einige andere Staaten – etwa die Niederlande und Finnland – strikt gegen den Umbau des ESM ausgesprochen haben, verweist Deutschland jetzt auf diesen Widerstand und sicherte lediglich zu, dass man sich im Europäischen Rat im Herbst 2018 noch einmal mit seinen Vorschlägen befassen werde. Doch da ist kein Durchbruch zu erwarten. Es wird heißen, die Zeit für die Ausarbeitung grundlegender Reformvorschläge sei zu kurz, da im Mai 2019 das Europäische Parlament neu gewählt und einige Monate später die neu bestellte Europäische Kommission ins Amt kommen wird. Zu einer tief greifenden Reform der EU wird es in absehbarer Zeit nicht kommen.

Herr Wehr, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.



Brexit

Chance zur inhaltlichen Reform

Die Brexit-Entscheidung war für die EU ein Schock. Die EU sollte den Beschluss aber akzeptieren und bei den Austrittsverhandlungen keine faulen Kompromisse eingehen, sondern konsequent ihre eigenen Interessen verfolgen. Schließlich eröffnet der Brexit auch neue Handlungsspielräume, um Defizite in Sozialpolitik und Demokratie zu beheben.

von Paul Holmes

Es wäre ein Fehler zu glauben, der Brexit sei Sache alleine der Briten. Ein noch größerer Fehler wäre die Annahme, ab jetzt gehörten die Briten zum US-amerikanischen Handelsraum. Sollte es jemals so weit kommen, werden die USA schnell feststellen, dass sie im United Kingdom (UK) auf bürokratischen Granit beißen: keine Wildnisse, keine Wüsten, keine Prärien, keine Schachbrett-Siedlungen, keine ganz auf Autoverkehr optimierte Stadtplanung, dafür kleinteilige Landwirtschaft, viel Denkmalschutz, gut ausgebaut und auf Personenverkehr optimierte Eisenbahnnetze, zahlreiche Naturschutzgebiete, die sich ihren Raum mit historischen Städten teilen, und vor allem Menschen, die sich als Bedenkenträger verstehen. Das UK ist durch und durch europäisch. Irgendwann wird es zur europäischen Familie zurückfinden – davon können wir ausgehen. Doch zunächst kommt nun der Bruch. Und der ist für die EU eine schwierige Aufgabe.

Nur transnationale Zusammenarbeit ist vernünftig

Europa-Skepsis grassiert mittlerweile überall. Europa-Skeptiker regieren nicht nur im UK, sondern auch in Italien, Österreich, den Niederlanden, Dänemark, Schwe-

den und den sogenannten Vise-grád-Staaten. Bei einem Drittel der Mitglieder des Europäischen Rates scheint Trumps „Me First“-Ideologie aufgegangen zu sein. Und der selbst ernannte Populisten-Anführer Steve Bannon hat angekündigt, in Brüssel eine Stiftung zur Förderung der „Me First“-Ideologie zu gründen – rechtzeitig zur kommenden Europawahl. Manche Stimmen in den Medien argwöhnen, die EU sei schon jetzt am Ende.

Doch es gibt auch Gegenbewegungen. Die „Me First“-Ideologie ist nur eine nationalistische Variante des neoliberalen Kerngedankens „Jeder ist jedermanns Konkurrent“ – und die kommt immer

weltpolitik ist ihnen vor allem auch deshalb ein Dorn im Auge, weil diese sich nur durch eine transnationale Zusammenarbeit verwirklichen lässt. Da sind die USA dann plötzlich nur einer von vielen und nicht mehr der alles bestimmende Weltpolitist.

Eine transnationale Zusammenarbeit ist die einzig vernünftige Vorgehensweise, um für die großen ökologischen Herausforderungen tragfähige Lösungsstrategien entwickeln zu können. Dies muss der Leitgedanke der Europapolitik sein – und gerade von einer Partei wie der ÖDP betont werden! Es gilt, dafür Überzeugungsarbeit zu leisten und dies in die Fußgängerzonen der Re-

Eine transnationale Zusammenarbeit ist die einzig vernünftige Vorgehensweise, um für die großen ökologischen Herausforderungen tragfähige Lösungsstrategien entwickeln zu können.

mehr in Verruf. Den Konkurrenzkampf der international agierenden Konzerne auf eine nationalstaatliche Ebene zu transformieren, ist keine zukunftsfähige Lösung. Trotzdem wird sie von Trump und den politischen Kräften um ihn herum verfolgt und propagiert. Um-

publik zu tragen! Es lohnt sich, für eine Weiterentwicklung der EU zu kämpfen! Ihre Anliegen kann die ÖDP auch durch Direkte Demokratie nach Vorbild der erfolgreichen europäischen Bürgerinitiative „Right2Water.eu“ in Europa einbringen und verankern.

Freihandelsabkommen wäre schädlicher Kompromiss

Eine 1:1-Umsetzung des von den Briten kürzlich erlassenen Withdrawal Act würde die EU in einen Freihandelsklub verwandeln, der mit einem gewaltigen bürokratischen Aufwand den Warenverkehr zwischen EU und UK regelt. Hinzu käme ein Dauerstreit zwischen dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) und den britischen Gerichten, die dem EuGH gleichgestellt wären. Und EU-Bürger könnten gegenüber Briten behördlich diskriminiert werden. Der Withdrawal Act sollte die Hard Brexiteers in der Tory-Partei befriedigen, doch wurde die Rechnung „Austrittsabkommen“ ohne den Wirt „EU“ gemacht. Das britische „Weißbuch“ würde die

in Brüssel dagegen hat fast jeder für die Engländer Verständnis – ein politischer Missstand!

Die politische Unterstützung der EU-Unterhändler um Michel Barnier durch die EU-Staaten ist

weil diese hier immer gebremst haben. Diese Ziele sollte die EU-Politik rund um den Brexit bestimmen, statt irgendwelche faulen technokratischen Kompromisse einzugehen, um das unwillige UK vermeintlich



augenblicklich als Lippenbekenntnis einzustufen. Die Gefahr, dass sich die EU ans UK anpasst, ist alles andere als gebannt. Unter den Regierungen der EU-Staaten fin-

weiterhin an die EU zu binden. Lasst uns Europäer den Mut aufbringen, dem Brexit ganz ruhig entgegenzusehen und dabei die Interessen des Mitgliedes Irland zu schützen! Um dieses zu gewährleisten, muss Nordirland zwingend in eine Zollunion mit der EU eingeschlossen werden – entsprechend dem Karfreitagsabkommen von 1998, das nunmehr für die gesamte irische Insel identitätsstiftend ist. Nicht nur den Briten, sondern auch uns stehen anstrengende Tage bevor. ■

Die korrektive Stärkung der EU in den Bereichen „Sozialpolitik“ und „Demokratie“ wird durch den Abgang der Briten viel einfacher.

EU verwandeln – und die Ziele des Europaprogramms der ÖDP ins Abseits befördern.

Wovor wir wirklich Angst haben sollten: Die EU sucht angesichts der zunehmenden EU-Skepsis und ihrer Schwächung durch den Brexit nach Legitimierung. Fatalerweise sind es die EU-Technokraten, die hierbei den Ton angeben. Premierministerin Theresa May dürfe auf keinen Fall durch eine politische Krise von den Hard Brexiteers aus dem Amt gekippt werden, heißt es – eine politische Aussage, die nichts mit der künftigen Gestaltung der EU und den Interessen der EU-Bürger zu tun hat. Im britischen Parlament bilden die bekennenden „Europa-Versteher“ um Ken Clarke und Anna Soubry eine winzige Minderheit,

den etliche Gefallen daran, die EU zu schwächen. Dazu taugt ein im verschlafenen Zustand zusammengeschustertes Brexit-Kompromiss allemal. Die Schwächung der ohnehin schwachen EU ist ausdrücklicher Wunsch der Hard Brexiteers. Sie wähen die Zeiten zurück, in denen das UK den Welthandel bestimmte. Der Freibeutergeist der alten Seeräuber wird hochgepriesen. Das ist nicht im Sinne der EU und ihrer Mitgliedsstaaten.

EU braucht sozialpolitische und demokratische Korrekturen

Das Europaprogramm der ÖDP bekennt sich zu einer korrektiven Stärkung der EU in den Bereichen „Sozialpolitik“ und „Demokratie“. Die Machbarkeit wird durch den Abgang der Briten viel einfacher,

Paul Holmes,
Jahrgang 1956,
studierte Philosophie
und Germanistik
sowie Bautechnologie.
Seit 1986 ist er als
Bauprojektant tätig,
zunächst für die Öffentliche Hand, dann
für einen transnationalen Konzern.
Der ÖDP trat er im Jahr 2000 bei.
Von 2002 bis 2004 war er Beisitzer im
Landesvorstand Bayern, von 2004 bis
2006 Stellvertretender Vorsitzender
im Kreisverband München-Mitte, von
2006 bis 2016 Ordentliches Mitglied im
Bundesschiedsgericht.



paul.holmes@gmx.de

Europas Selbstverständnis

Wurzeln, Visionen und Handlungsfelder

Ein geeintes Europa war nach dem Zweiten Weltkrieg eine kühne politische Vision. Aus ihr entwickelte sich die EU – eine große politische und kulturelle Errungenschaft. Doch sie hat auch gravierende Fehler und wird in letzter Zeit immer mehr infrage gestellt. Deshalb sollte sie sich auf ihre Wertebasis besinnen – und ihr Handeln konsequent daran ausrichten.

von Dr. Reinhold Reck

In meinem Heimatdorf gab es in meiner Jugend viele Baumschulen. Da habe ich gelernt, dass ein entscheidender Arbeitsschritt bei der Aufzucht junger Bäume das Okulieren ist: wenn dem wilden Stamm eine Knospe vom Reis der Edelsorte eingesetzt wird – denn ohne Veredelung bleibt die Wildkirsche eine Wildkirsche. Das Bild des Baums wird auch im Grundsatzzprogramm der ÖDP verwendet. Es will von den Wurzeln her denken, ohne die ein Baum nicht wachsen und auch keine Früchte tragen kann. Und es nimmt die Krone als Bild für unsere Vision, unsere Vorstellung einer intakten Gesellschaft in einer intakten Umwelt, die ein gutes Leben für alle ermöglicht. Ich übertrage dieses Bild auf Europa und die Europapolitik und frage nach den Wurzeln dessen, was wir „Europa“ nennen, und nach den Früchten, die ich mir von diesem Baum in Zukunft wünsche.

Die Geschichte Europas zeigt ja sehr klar, dass dieser Baum nicht nur gute Frucht hervorgebracht hat. Neben phänomenalen Errungenschaften in Kunst und Bildung, in Landwirtschaft und Handwerk, in Naturwissenschaft, Technik, Medizin und Pharmazie, in Armenfürsor-

ge und Unterrichtswesen, in Demokratie und Rechtswesen kennt die europäische Geschichte auch viele schreckliche Auswüchse: Feudalsystem und Leibeigenschaft, Kolonialismus und Sklavenhandel, eine endlose Reihe von Bürger-, Religi-

ons- und Weltkriegen, Hexenwahn, Judenpogrome, Patriarchat und Klerikalismus, Kapitalismus und Kommunismus, Faschismus, Stalinismus, Nationalsozialismus, Völkermord und Holocaust – und da ließe sich noch manches andere nennen.

Es ist also nicht ausgemacht, was Europa ist, auch wenn manche so tun, als wäre es das. Und es ist auch noch nicht ausgemacht, was Europa sein wird. Es muss stets neu darum gerungen werden. Jede Europäerin und jeder Europäer sollte sich klar machen, welches Europa sie bzw. er möchte, aus welchen der Wurzeln Kraft gezogen, welches Edelreis dem wilden Stamm eingepflanzt werden

soll. Will ich Demokratie oder doch lieber Autokratie oder Plutokratie, die Herrschaft der Reichen? Will ich einen Rechtsstaat, Geltung der Menschenrechte, Religionsfreiheit? Will ich eine solidarische Gesellschaft, Bildung und medizinische

Versorgung für alle, Chancengleichheit? Will ich Wohlstand auch auf Kosten von Menschen in anderen Weltgegenden, notfalls unter Einsatz von Gewalt? Will ich, dass mit Unrechtsregimen paktiert wird, solange es nur unseren wirtschaftlichen Interessen dient? Auch dieser Katalog kann leicht verlängert werden. Die Grundfrage bleibt: Was soll für uns, für Europa maßgeblich sein?

Vielfältige Wurzeln

Wenn wir auf die Geschichte Europas schauen, dann sehen wir ein weit verzweigtes Wurzelwerk, das über Jahrtausende gewachsen ist

und bis tief in die altorientalische Welt hineinreicht:

Da sind die mächtigen imperialistischen Traditionen des Alten Orients, die sich in den ägyptischen, mesopotamischen und persischen Großreichen fortgepflanzt haben, bis sie mit Alexander den Sprung nach Europa geschafft haben.

rien bis Spanien den gesamten Mittelmeerraum umspannend. Bis heute prägt das römische Rechtsdenken die kontinentaleuropäische Rechtswissenschaft. Bis in die frühe Neuzeit hat es nicht wieder ein vergleichbares Verkehrssystem und Postwesen gegeben. Aber auch der Glaube an die friedensstiftende Macht militä-

Da sind die altgermanischen Wurzeln, deren Heldenmythen in Sagen, Denkmälern und Opern gefeiert werden, die dann eine wichtige Bezugsfläche der nationalsozialistischen Ideologie bildeten und die derzeit in manchen Kreisen fröhlich Urständ feiern.

Und da ist schließlich das Christentum: Trotz aller Verstümmelungen und Verirrungen war es Impulsgeber wichtiger Entwicklungen. Ich nenne nur die Entdeckung des Individuums, das aufklärerische Potenzial der biblischen Texte, das soziale und pädagogische Engagement (Schulen, Waisenhäuser, Hospitäler) und die wiederkehrenden Reformbewegungen.

Manche dieser Wurzeln liegen, wie gesagt, nicht auf dem europäischen Kontinent, hatten aber

Europas Wurzeln fügen sich nicht bruchlos zu einem harmonischen Ganzen. Sie waren und sind im ständigen Widerstreit.

Da sind ausgeprägte Vorstellungen einer Gesellschaftsordnung in Freiheit und Gerechtigkeit, in Wohlstand und Solidarität, die sich das kleine Volk der Israeliten unabhängig von den benachbarten imperialen Mächten erringen wollte.

Da sind die Ursprünge einer demokratischen Staatsverfassung und anspruchsvollen philosophischen Denkens im alten Athen. Und da ist die hellenistische Kultur mit ihrer Weltsprache Griechisch – grundlegend für das Blühen von Handel und Kultur im gesamten Orient und östlichen Mittelmeerraum.

Da ist das Römische Reich: von Ägypten bis Großbritannien, von Sy-

rischer Gewalt, als „Pax Romana“ propagiert, wurde über die unzähligen Kriege der abendländischen Geschichte bis zu den beiden Weltkriegen weitergetragen. Im „Kalten Krieg“ bekam er noch einmal eine

neue, ungeheuerliche Dimension: mit der Drohkulisse totaler Vernichtung unserer gesamten Zivilisation durch riesige Atomwaffenarsenale, die bis heute existieren.

Es ist daher eben nicht klar, welches Gesellschaftsmodell, welche Kultur, welches Regierungssystem typisch ist für Europa.

wesentlichen Einfluss auf die europäische Herrschafts-, Kultur- und Sozialgeschichte. Auch dies macht deutlich, dass „Europa“ immer mehr war und ist als eine nur geografische Größe. Dass sich die genannten Wurzeln nicht bruchlos zu einem harmonischen Ganzen fügen, liegt auf der Hand. Sie waren und sind im ständigen Widerstreit. Es ist daher eben nicht klar, welches Gesellschaftsmodell, welche Kultur, welches Regierungssystem typisch ist für Europa.

Visionen & Perspektiven

Mir war es von Kind an immer selbstverständlich, dass Westdeutschland Teil der EWG, der EG, der EU ist. Genauso selbstverständlich war mir aber auch, dass ich als



Foto: wengen/pixabay.com

Reisender an den nationalen Grenzen kontrolliert wurde, dass ich Schillinge und Lira, Francs und Gulden, Kronen und Peseten für meine D-Mark eintauschen musste. Und dass der Eisener Vorhang Deutschland und Europa teilte und dass das unabänderlich ist – gefühlt für alle Ewigkeit. Umso unglaublicher war die gewaltfreie Wende von 1989. Und umso größer war auch das Staunen, als mit dem Schengen-Abkommen

Die unverzichtbaren Wurzelstränge, die die Zukunftsgestalt Europas nähren sollten, sind aus meiner Sicht:

- die „Jerusalem“-Errungenschaften: Befreiung, Gerechtigkeit, Wohlstand und Solidarität
- die „Athen“-Errungenschaften: Demokratie, Philosophie und Rationalität
- die „Rom“-Errungenschaften: Recht, Universalität, geografische

auch wenn er uns zutiefst eingepflanzter ist, denn wahrer Friede entsteht anders

Aus diesen Grundentscheidungen ergeben sich für die EU politische Konsequenzen, die ich an fünf exemplarischen Handlungsfeldern skizziere.

Handlungsfeld 1: Struktur & Organisation

Offensichtlich ist die EU längst mehr als ein Staatenbund, der dazu dient, spezifische Probleme gemeinsam besser zu lösen, als ein Einzelstaat das könnte. Daher ist es sehr entscheidend, wie dieser „Staatenverbund“ aufgebaut ist und nach welchen Verfahren er funktioniert. Schätzungen besagen, dass heute (je nach Ressort) zwischen einem und zwei Dritteln der Gesetzgebung des Deutschen Bundestages inhaltlich weitgehend durch Brüsseler Richtlinien bestimmt sind. Nimmt man die EU-Verordnungen als unmittelbar geltendes Recht hinzu, so ist der Anteil der von Brüssel vorgegebenen Bestimmungen noch umfangreicher.

Wenn aber die gesetzgeberische Funktion der EU derart weitreichend ist, muss die demokratische Legitimation auf einem soliden Fundament stehen. Das tut sie derzeit nicht. Das Europäische Parlament hat nämlich kein Initiativrecht, kein Budgetrecht und keine wirkliche Kontrolle über die Kommission. Und: Es bleibt bei den ganz wichtigen Entscheidungen (z. B. zur Außen- und Sicherheitspolitik) außen vor.

Zudem fehlt es an der Gleichheit der Wahl. So wird in den einzelnen Mitgliedsstaaten an verschiedenen Tagen und nach unterschiedlichen Verfahren gewählt. Vor allem aber ist das Stimmgewicht enorm verschieden. Je kleiner der Staat, desto größer ist es. So hat eine maltesische

oder luxemburgische Stimme mehr als das zehnfache Stimmgewicht einer deutschen oder französischen. Damit will man den Kleinstaaten eine plurale Vertretung ermöglichen, doch der Preis dafür ist zu hoch, denn für die Legitimität und Akzeptanz eines Parlamentes ist die Gleichheit der Wahl elementar. Die Vertretung der kleineren Staaten wäre durch die „zweite Kammer“, den Ministerrat bzw. Europäischen Rat, dennoch gewährleistet.

Die entscheidende Aufgabe in naher Zukunft ist die Transformation des Europäischen Parlaments zu einem Parlament mit allen Rechten.

Handlungsfeld 2: Erhalt der Lebensgrundlagen

Die Gefährdung unserer gesamten Lebensgrundlagen ist dramatisch. Nach Hans Joachim Schellnhuber vom Potsdam-Institut für Klima-



Foto: moiseamariani/pikabay.com

neun Elemente: der Ozonabbau in der Stratosphäre, die Süßwassernutzung und die Ozeanversauerung.

Eine radikale Wende unserer gesamten Lebens- und Wirtschaftsweise ist daher drängender denn je.

Die entscheidende Aufgabe in naher Zukunft ist die Transformation des Europäischen Parlaments zu einem Parlament mit allen Rechten.

folgenforschung sind die noch tolerablen Belastungsgrenzen für zwei von neun „Schlüsselementen des planetarischen Getriebes“ längst überschritten – und zwar global: für das Artensterben und für die Störung des Stickstoff- und Phosphorkreislaufes. Zwei weitere, die Erderhitzung und der Wandel der Landnutzung, befinden sich im kritischen Bereich. Und für noch einmal zwei Bereiche, die Einführung neuer Substanzen und Lebensformen und den Anstieg des Aerosolgehalts (Luftschwebstoffe) in der Atmosphäre, konnten noch keine verlässlichen Grenzwerte bestimmt werden. Zuverlässig im grünen Bereich liegen also nur noch drei der

Sie wird aber nicht lokal, regional oder national gelingen. Wir brauchen ein massives Umsteuern auf globaler Ebene. Die EU kann für den Bereich ihrer eigenen Zuständigkeit umsteuern und sie kann aufgrund ihrer Wirtschafts- und Handelsmacht global großen Einfluss nehmen. Überzeugend wird das allerdings nur sein, wenn sie ihr eigenes Wohlstandsmodell revidiert. Statt weiterhin auf ein Wachstum zu setzen, das immer mehr Energie und Rohstoffe verbraucht, benötigen wir ein Wachstum an Qualität und Lebensdienlichkeit, brauchen wir eine echte Kreislaufwirtschaft, langlebige Gebrauchsgüter, gesunde Lebensmittel und, nicht zuletzt,

Zeitwohlstand, Beziehungsqualität und soziale Sicherheit.

Handlungsfeld 3: Ordnungsrahmen für Wirtschaft und Handel

Ein entscheidender Schlüssel zum Umsteuern ist die Kostenwahrheit. Konkret: die Beendigung der Auslagerung von Kosten an die Umwelt, an die Gesellschaft, an andere Weltgegenden und deren BewohnerInnen, an künftige Generationen. Kostenwahrheit wird automatisch zu einer stärkeren Regionalisierung vieler Wirtschaftskreisläufe führen, wenn der Transport rund um die Erdkugel viel teurer wird, wenn für Strom aus Atomkraftwerken alle Haftungs- und Entsorgungsriskien eingepreist werden, wenn auch die Näherinnen in Bangladesch und die Bergleute in Kolumbien faire Löhne für ein menschenwürdiges Leben und eine mit europäischen Standards vergleichbare Sozialversicherung bekommen, wenn auch in Indien die Abwässer vor der Einleitung in die Flüsse gereinigt werden und der Elektronikschrott aus Europa nicht mehr auf Müllhalden in Afrika billigst abgeladen werden kann.

*Weil die gesetzgeberische Funktion der EU
weitreichend ist, muss die demokratische
Legitimation auf einem soliden Fundament stehen.
Das tut sie derzeit nicht.*

ab 1995 die Kontrollen an den EU-Binnengrenzen entfielen und wir ab 2002 in fast der gesamten EU eine einheitliche Währung hatten.

All dies ist uns inzwischen ganz selbstverständlich geworden. Und zugleich erscheint es wieder äußerst gefährdet. Die Bankenkrise hat elementare Fehler bei der Einführung

und soziale Mobilität in einem offenen Verkehrs-, Kommunikations- und Wirtschaftsraum

- die in der Neuzeit ausgereiften Überzeugungen von der Gleichberechtigung von Mann und Frau, von unveräußerlichen Menschenrechten, der Wille zu Frieden und Völkerverständigung, der Sozialstaat

*Das Europäische Parlament hat kein
Initiativrecht, kein Budgetrecht, keine wirkliche
Kontrolle über die Kommission und
bleibt bei wichtigen Entscheidungen außen vor.*

des Euro offenbart. Und vor dem Hintergrund der großen Fluchtbewegungen von 2015 wurden erneut Kontrollen an verschiedenen EU-Binnengrenzen eingeführt. Ich will aber dennoch auf dieses offene und vereinte Europa keinesfalls mehr verzichten – trotz mancher, auch gravierender Konstruktionsfehler. Daher muss die EU zügig konsolidiert und weiterentwickelt werden.

Entschieden abwehren sollten wir hingegen:

- alle imperialistischen Versuche – ganz gleich, ob militär-, wirtschafts- oder kulturimperialistisch –, denn sie sind immer mit immensen humanitären wie ökonomischen Kosten für alle verbunden, auch für die Imperialisten selbst
- den Glauben an die friedensstiftende Macht militärischer Gewalt,

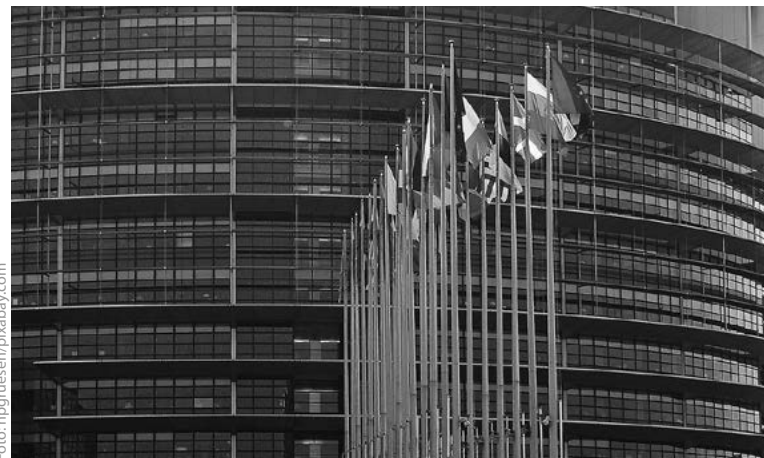


Foto: hqgruesen/pixabay.com

Der Glaube, dass all dies freiwillig und aus Einsicht und dazu auch noch rechtzeitig geschehen wird, erscheint mir als große Illusion. In einer freien Marktwirtschaft, in der sich die Nachfrage in erster Linie an der Produktqualität und am Preis orientiert, kann das nicht funktionieren.

Land. Wenn ich mich aber umschaue, dann sehe ich Arbeit in Hülle und Fülle, die niemand tut, obwohl sie getan werden müsste – ob nun in Erziehungs-, Sozial- und Pflegeberufen, im Dienstleistungssektor oder auch im Handwerk. Diese Arbeit wird wohl kaum von

Kapital müssen zu einer Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen führen, sodass Binnenmigration innerhalb der EU nicht mehr in erster Linie aus wirtschaftlicher Not erfolgt. Es müssen soziale Mindeststandards definiert werden, die für alle Mitgliedsstaaten verbindlich sind, und der Mindestschutz der Arbeitnehmerrechte entsprechend den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ist zu gewährleisten. Bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen sind die Umwelt-, Sozial- und Beschäftigungsstandards des Staates, in dem die Dienstleistungen erbracht werden, einzuhalten.

Handlungsfeld 5: Friedenspolitik, globale Migration, Zuwanderung

Seit 2015 steht der Problemkomplex „Flucht/Migration/Einwanderung“ massiv im Rampenlicht der politischen Öffentlichkeit. Nicht dass es diese Thematik zuvor nicht gegeben hätte. Aber durch den starken Zustrom von Geflüchteten nach Europa und speziell nach Deutschland hat sie eine unerhörte Brisanz bekommen. Nachdem anfangs entsprechende politische Signale und ein großes bürgerschaftliches Engagement die Bewältigung dieser Herausforderung erwarten ließen, haben sich die politisch Verantwortlichen zunehmend vom rechten Rand treiben lassen und sind von der zunächst eingeschlagenen Linie möglichst zügiger Integration auf eine Flüchtlingszermürbungs- und -vergrämungspolitik umgeschwenkt, deren soziale Folgen sind mittel- und langfristig noch enorm belasten werden. Zugleich wird an einer harten Abschottungspolitik gearbeitet, an einer „Festung Europa“, und es wird die Illusion genährt, durch Bekämpfung von

Fluchtursachen könne man den Migrationsdruck nach Europa kurzfristig entschärfen.

Selbstverständlich müssen Fluchtursachen bekämpft werden und nicht Geflüchtete. Angesichts von Kriegen, Bürgerkriegen und korrupten Regimen, von Erdüberhitzung und Wassermangel, von Landgrabbing und Überfischung der Meere, angesichts der Perspektivlosigkeit junger Menschen werden sich aber auch trotz ernsthafter Bekämpfung von Fluchtursachen weiterhin viele auf die Suche nach einer besseren Zukunft machen.

Die EU ist dieser Herausforderung bisher nicht gut begegnet. Das Dublin-Abkommen ist nicht fair und kann deshalb auch nicht funktionieren. Darum müssen schnell bessere Regeln für eine einheitliche EU-Flüchtlingspolitik einerseits und für eine Einwanderungspolitik andererseits vereinbart werden. Diese müssen der Genfer Flüchtlingskonvention genügen, die faire Verteilung der Geflüchteten auf die Mitgliedsländer gewährleisten und auch ihre menschenwürdige Unterbringung und Behandlung.

Die EU ist aber auch der anderen Aufgabe nicht gut begegnet: eine nachhaltige Friedens- und Entwick-

immerhin dabei, für Deutschland ein entsprechendes Gesetz einzubringen.

Werteorientierung und Vertrauen

Meine Vision von der Zukunft der EU speist sich nicht zuletzt aus der Erinnerung an die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und aus den Hoffnungen auf eine andere Zu-

Wegen suchen, wie wir sie verwirklichen können, anstatt uns einreden zu lassen, nur eine pragmatische Politik der Selbsterhaltung sei in der Welt von heute noch machbar.

Was es für eine solche Weiterentwicklung des „europäischen Traumes“ aber braucht, ist eine Grundhaltung des Vertrauens. Vertrauen ist ein entscheidender Baustoff allen Zusammenlebens. Wie man Ver-

Eine radikale Wende unserer gesamten Lebens- und Wirtschaftsweise ist drängender denn je. Sie wird aber nicht lokal, regional oder national gelingen.

kunft, die damals bei vielen Menschen lebendig waren, dann aber sehr bald im Frost des Kalten Krieges erstarrt sind. Es waren Hoffnungen auf ein entmilitarisiertes Deutschland, auf ein geeintes Europa, eine friedliche Welt und ein sicheres Leben.

Im Vertrag über die EU heißt es im Artikel 2: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderhei-

trauen systematisch zerstört, wird uns durch den amerikanischen Präsidenten tagtäglich vorgeführt. Wie man Vertrauen aufbaut, kann man von den Anfängen des europäischen Einigungsprozesses nach dem Zweiten Weltkrieg lernen. Als man allen Grund für ein tiefes Misstrauen gehabt hätte, wagten Menschen wie Robert Schuman Vertrauen. Sie sind in Vorleistung gegangen und haben die Basis dafür gelegt, dass an die Stelle von Feindschaft und Krieg endlich Zusammenarbeit und friedlicher Interessenausgleich treten konnten. An diesem Weg ist entschieden festzuhalten. ■

Wir brauchen ein massives Umsteuern auf globaler Ebene. Die EU kann aufgrund ihrer Wirtschafts- und Handelsmacht global großen Einfluss nehmen.

nieren. Ihre Akteure bewegen sich bestenfalls in dem gesetzlich vorgegebenen Ordnungsrahmen. Deshalb können gesamtgesellschaftlich wirksame Veränderungen auch nur über die Veränderung dieses Ordnungsrahmens erreicht werden. Für viele Regelungsbereiche von Wirtschaft und Handel ist inzwischen die EU zuständig, und somit ist hier ein zentrales Feld der EU-Politik.

Handlungsfeld 4: Arbeit, soziale Sicherheit, Binnenmigration

Seit einigen Jahren geistert das Drohgespenst von „Industrie 4.0“ und der angeblich damit drohenden Massenarbeitslosigkeit durchs

der „Industrie 4.0“ übernommen werden. Das Problem ist nämlich ein anderes: die fehlende gesellschaftliche Wertschätzung für diese Berufe, die sich in schlechter Bezahlung, schwierigen Arbeitsbedingungen und geringem sozialen Ansehen ausdrückt.

Aktuell werden viele Lücken mit Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus Osteuropa geschlossen, weil diese aus der Not heraus bereit sind, im Niedriglohnssektor (und darunter) zu arbeiten. Das kann aber nicht auf Dauer die Lösung für den Arbeitskräftemangel hier und die Arbeitslosigkeit anderswo sein.

Die offenen Grenzen für Personen, Waren, Dienstleistungen und

Überzeugend wird das allerdings nur sein, wenn sie ihr eigenes Wohlstandsmodell revidiert, statt weiterhin auf ein Wachstum zu setzen.

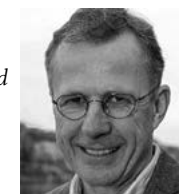
lungspolitik zu betreiben, durch wertegelitete statt interessengeleitete Außenpolitik, durch strikte Ausfuhrkontrolle von Rüstungsgütern, durch faire Handelsbeziehungen.

Schließlich fehlt weiterhin – auf Deutschland- wie auf EU-Ebene – ein transparentes Einwanderungsrecht. Die Bundesregierung ist nun

ten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Wir müssen diese Ideale politisch verteidigen und zäh nach

Dr. Reinhold Reck,
Jahrgang 1958, ist
Diplomtheologe und
Supervisor DGSv.
Nach langjähriger
Tätigkeit in der
beruflichen Fortbildung
arbeitet er derzeit als Asylsozialberater
sowie als freiberuflicher Organisationsberater
und Supervisor. Seit 2014 ist er
Vorsitzender der Bundesprogrammkommission der ÖDP.



www.reinholdreck.de

Handelspolitik

Nur sinnvolle Regeln erzeugen Wohlfahrt und Wohlstand

Das neoliberale Wirtschaftssystem ist nicht geeignet, für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu sorgen. Wenn Europa jedoch seine gemeinsamen Wurzeln und sein kulturelles Erbe in die Waagschale wirft, dabei die wirtschaftliche Verschiedenartigkeit und Vielfalt würdigt, dann könnte es zu einer Musterregion der Wohlfahrt und des Wohlstands werden.

von Gerd Zeitler

Wenn es ein Kriterium gibt, auf das sich das Streben einer zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik eingrenzen lässt, dann ist es die nachhaltige gesellschaftliche Wohlfahrt. Wohlfahrt ist kein statischer Zustand, sondern bezeichnet eine dynamische Entwicklung, die das dauerhafte Überleben einer Gesellschaft un-

friedigung materieller Bedürfnisse, unabhängig davon, ob der Wohlstand unter nachhaltigen sozialen und ökologischen Bedingungen erwirtschaftet wurde.

Westlicher Wertekanon

Im 19. Jahrhundert war es die Katholische Soziallehre, die als erste einen Zusammenhang zwischen den in-

Unsere heutige Verpflichtung die Wohlfahrt betreffend erfordert es, das Subsidiaritätsprinzip neben der gesellschaftlichen auch auf die politische und, entscheidender noch, auf die wirtschaftliche Sphäre anzuwenden, um den Akteuren die genannte Selbstverantwortung auch in diesen beiden Sphären auf allen Ebenen zuzuweisen, und: das Nachhaltigkeitsprinzip als neues, viertes Prinzip hinzuzufügen. Ergänzend fügt es sich, dass in Europa und den USA seither ein Bewusstsein für Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung evolutionär entstanden ist, das den westlich-moralischen Wertekanon neben Menschenrechten und Wohlfahrt um Demokratie und Marktwirtschaft erweitert.

Europas Einzigartigkeit

Was Europa so einzigartig macht, ist das Nebeneinander von ausgeprägten Gemeinsamkeiten und ebenso ausgeprägten Unterschiedlichkeiten bis hin zu Unverträglichkeiten, vor allem das Wirtschaftsleben betreffend.

Die stärkste Bindekraft unter den Bürgern Europas geht von dem Gefühl aus, einer kontinentalen Gemeinschaft anzugehören, die maß-

geblichen Einfluss auf den Lauf der Welt ausgeübt hat. Dieses Gefühl speist sich aus vielen Perioden der gemeinsamen Geschichte. Zu nennen sind die Anfänge von Wissenschaft und Demokratie im antiken Griechenland, der Einfluss der römischen Eroberungen und der lateinischen Sprache (auch auf die Rechtsprechung), die Verbreitung des Christentums, der frühe weiträumige Handel, die aristokratische Heiratspolitik, die Künste, die Aufklärung und Säkularisierung, die Entstehung der modernen Geistes- und Naturwissenschaften, die

zweiten Jahrhundert. Inzwischen sind die Emotionen weitgehend domestiziert.

Die Unterschiedlichkeiten bestehen allerdings bis heute fort. Zu nennen sind im gesellschaftlich-kulturellen Bereich allen voran die Unterschiede in Sprache und Tradition, dann im Bildungs- und Sozialsystem und auch im Umweltbewusstsein, im politischen Bereich in Verfassung, Föde-

Trotz aller Unterschiede zeichnet es die Europäer aus, neben ihrem Nationalbewusstsein ein europäisches Bewusstsein entwickelt zu haben.

technische Revolution und die Industrialisierung. Die Erfahrungen aus zwei Weltkriegen und aus der Teilung Europas haben dann das Bewusstsein für den Stellenwert der Menschenrechte und für ein friedliches Zusammenleben hinzugefügt.

Die Unterschiedlichkeiten zwischen den europäischen Völkern hingegen, die in den feudalistischen Staaten des Mittelalters unterdrückt und neutralisiert waren, traten erst mit der Bildung der modernen Nationalstaaten Anfang des neunzehnten Jahrhunderts deutlich hervor. Sie wurden verstärkt durch die Nachwirkungen der Französischen Revolution, die das Streben der jungen Staaten nach Selbstbestimmung und einer alle Schichten einschließenden Volkssouveränität nachhaltig bestätigten. Nationalbewusstsein und Nationalstolz sorgten zunächst für emotionale Abgrenzung, aber auch für nationalistische Exzesse und die Kriege im neunzehnten und zwan-

zigsten Jahrhundert. Inzwischen sind die Emotionen weitgehend domestiziert. Die Unterschiede bestehen allerdings bis heute fort. Zu nennen sind im gesellschaftlich-kulturellen Bereich allen voran die Unterschiede in Sprache und Tradition, dann im Bildungs- und Sozialsystem und auch im Umweltbewusstsein, im politischen Bereich in Verfassung, Föde-

Den Bürgern der EU werden demokratische Rechte von einer Oligarchie verwehrt, die sich auf supranationaler Ebene verschanzt hat.

nachgeordnet bei Produktivität, Löhnen, Kaufkraft sowie Forschung und Entwicklung.

Trotz aller Unterschiede zeichnet es die Europäer aber aus, neben ihrem Nationalbewusstsein ein europäisches Bewusstsein entwickelt zu haben, und das ist keinesfalls dem Entstehen der EU zu verdanken.

Europas Chance

Für die europäische Integration einschließlich der Gestaltung eines

gegenseitig gewinnbringenden Außenhandels unter den Mitgliedsstaaten ist der Tatbestand entscheidend, dass einzig die Staatsvölker der demokratisch verfassten Nationalstaaten souverän sind. Der Begriff Volkssouveränität bezieht sich nur auf sie. Die EU ist dagegen kein Staat und kann kein Staat sein, weil die genannten nationalen Unterschiede die Verschmelzung zu einem europäischen Staatsvolk auf absehbare Zeit nicht zulassen. Deshalb kann auf der supranationalen europäischen Ebene auch keine Verfassung entstehen und keine Volkssouveränität beansprucht werden. Damit

verlieren die zentralistischen, teilweise selbst legitimierenden Institutionen der EU ihre Existenzberechtigung und es wird deutlich, welche Gefahr der Entdemokratisierung von den bereits auf die EU übertragenen nationalen Vollmachten ausgeht. Das Europäische Parlament und die Europawahlen sind das Feigenblatt, hinter dem diese Entwicklung verborgen wird.

Da die Voraussetzungen in Europa für die Verschmelzung der Nati-



Foto: Capri23auto/pixabay.com

onalstaaten zu einem einheitlichen Bundesstaat fehlen, gebietet es die politische Vernunft, bundesstaatliche Illusionen aufzugeben und sich der einzigartigen Chance zur Gestaltung eines europäischen Staatenbundes souveräner Nationalstaaten zuzuwenden. Dabei ist es unabdingbar, eine klare Trennung vorzunehmen zwischen Vollmachten, die unverträgliche Bereiche betreffen und national wahrgenommen werden müssen, und Vollmachten und Zielvorgaben, die, ohne sofortige Einstimmigkeit voraussetzen,

Länder der Eurozone müssen das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) verlassen und zur eigenen Währung zurückkehren.

national oder in europäischen Interimsprojekten auf Widerruf und in ständiger supranationaler Abstimmung umgesetzt werden können, weil sie auf mehrheitlich übereinstimmenden Interessen beruhen.

Das heißt, die europäische Ebene kann in Ausübung einer politischen Funktion derzeit nicht mehr und nicht weniger darstellen als eine Plattform zur Planung und Durchführung gemeinsamer Projekte auf der Grundlage widerrufbarer Vollmachten (z. B. zur Verteidigung, Strafverfolgung und Vertretung in internationalen Gremien) sowie zur Vereinbarung gemeinsamer normativer Zielvorgaben jeweils zwischen gleichberechtigten Vertretern souveräner Nationalstaaten, hier speziell bezüglich förderlichem Außenhandel und binnenwirtschaftlicher Struktur. Die anschließende Umsetzung der Optionen muss grundsätzlich unter Beibehaltung der nationalen Souveränitäten erfolgen. Jedenfalls braucht eine erfolgreiche und demokratisch legitimierte An-

näherung der sehr unterschiedlichen nationalen Verhältnisse einen langen Atem und die Einsicht, dass einzelne Gebiete nur mit national unterschiedlicher Geschwindigkeit anzunähern sind und: dass das Ende des Prozesses völlig offen ist.

Neoliberale Doktrin

Um zu verstehen, warum die europäische Integration so undemokratisch, also ohne Beteiligung der Bürger verläuft, warum Entscheidungen in Brüsseler Hinterzimmern ausgekugelt werden und wie

hoch die Hürden sind, die den Weg zu einem der Wohlfahrt verpflichteten Außenhandel versperren, ist es unerlässlich, zuvor den neuzeitlichen wirtschaftlichen Neoliberalismus zu durchleuchten. Neuzeitlich

Gleichzeitig müssen sie alle auf die EU-Ebene übertragenen Vollmachten auf die nationalen föderalistischen Ebenen zurückholen.

deshalb, weil der Begriff einer anderen, in den 1930er-Jahren aktuellen Doktrin entlehnt ist.

Der neuzeitliche Neoliberalismus ist der beherrschende Einflussfaktor auf die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen weltweit, befördert von einer Oligarchie aus unternehmerischen, politischen und wirtschaftswissenschaftlichen Profiteuren. Für die Bürger der EU ist die Entwicklung besonders entmündigend, weil ihnen ihre demokratischen Rechte fern des direkten

Zugriffs von einer Oligarchie verwehrt werden, die sich mit Unterstützung nationaler Profiteure auf supranationaler Ebene verschanzt hat. Eine Umkehr vom neoliberalen Weg ist deshalb im demokratischen Kleinkrieg fast aussichtslos, einzig ein Ausstieg aus den EU-Verträgen scheint ein gangbarer Weg zu sein, vorzugsweise durch Volksabstimmung. Wie viel Mut, Durchhaltevermögen und Zielstrebigkeit das verlangt, lassen die Brexit-Verhandlungen erahnen, ungeachtet des Eindrucks, dass die britische Regierung offenbar nicht weiß, wohin sie will.

Angetrieben wird das neoliberale System vom Macht-, Expansions- und Gewinnstreben einer Wirtschaftselite, die sich in einem transnationalen wirtschaftspolitischen Vakuum jenseits nationaler oder supranationaler Regelung und Verantwortung eingerichtet hat. Der von ihr euphemistisch als Liberalisierung bezeichnete Prozess begann mit dem Scheitern der regelbasierten Nachkriegsordnung, dem

Bretton-Woods-System, bereits in den 1970er-Jahren. Mit ihrer Verheißung von Wachstum, Wohlstand, Beschäftigung und Gleichverteilung ist es ihr bis heute gelungen, weitgehend deregulierten internationalen Handel und Wettbewerb durchzusetzen, einschließlich freier Wechselkurse, Zollfreiheit, freier Preisbildung und dem Dollar als Leitwährung. Und schließlich haben die europäischen Vertreter mit dem Euro eine neoliberale Musterzone errichtet und so den schrankenlosen wirtschaftlichen Darwi-

nismus zur Vollendung gebracht.

Wie zu erwarten, fällt die neoliberale Bilanz ernüchternd aus. Ins Auge springen Unterbeschäftigung, prekäre Löhne, Ungleichverteilung und Armut, steigende Sozialkosten, zunehmende Umweltbelastungen

kritisierung infolge der Entmachtung nationaler Parlamente und Regierungen.

Da verwundert es nicht, dass auch die demografische Entwicklung von den Profiteuren des Systems recht eigennützig ausgelegt

auch junge Zuwanderer bei westlichen Lebensbedingungen „überaltern“, wäre für die Behebung des behaupteten Mangels endlose Zuwanderung notwendig – mit der Folge, dass die Bevölkerungsdichte nach wenigen Jahrzehnten jedes erträgliche Maß übersteigen würde.

Umkehr in 2 Schritten

Für die dringend notwendige Umkehr in Richtung eines der Wohlfahrt verpflichteten Wirtschaftssystems kann man sicher nicht auf einen baldigen Konsens der EU-Länder bauen, von einem globalen Konsens ganz zu schweigen. Deshalb beschreibe ich hier im Prinzip den einfacheren Fall, dass sich Deutschland und Griechenland als wirtschaftlich extrem unterschiedliche Länder einigen, ihre außenwirtschaftlichen Schnittstellen und binnenwirtschaftlichen Strukturen beispielhaft anzupassen, um aus

Wohlfahrt und Wohlstand sind nur durch das Zusammenwirken von gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Subsidiarität zu erzielen.

sowie die De-Industrialisierung außerhalb der Ballungsgebiete. All das ist eine Folge der fortschreitenden Zentralisierung von wirtschaftlicher Macht und wirtschaftlichem Kapital, die dem absurden Kostendruck und Verdrängungswettbewerb auf „liberalisierten“ Weltmärkten in der Leitwährung US-Dollar geschuldet ist. Dazu kommt die schleichende Entdemo-

wird. Da sie ein starkes Interesse an Lohnwettbewerb und niedrigen Löhnen haben, fordern sie die Zuwanderung junger Arbeitskräfte mit einer doppelbödigen Begründung: Der Wirtschaft mangle es wegen der steigenden Lebenserwartung (vulgo: Überalterung) an Menschen im arbeitsfähigen Alter und zugleich gefährde der Mangel die Rentenfinanzierung. Da jedoch



Foto: StockSnap/nixabay.com

ihrem bilateralen Handel gegenseitigen Nutzen zu ziehen und andere Länder zu bewegen, sich dem Beispiel anzuschließen.

Erster Schritt: Mit der außenwirtschaftlichen Anpassung werden die natürlichen Unterschiede zwischen Wirtschaftsräumen bei Ressourcen, Produktivitäten und Preisen mittels des Wechselkurses preislich neutralisiert, sodass gegenseitig profitabler Handel möglich wird. Länder der Eurozone

einseitig zu handelnde Produkte auf der Gegenseite einen Schätzwert erhalten). Die beiden Durchschnittspreise in D-Mark und Drachmen ergeben den Wechselkurs, sodass durchschnittlich teure Produkte bei Anwendung des Kurses in beiden Währungen denselben Geldwert haben.

Produkte, die in einem Land bei Anwendung des Wechselkurses relativ preisgünstiger sind, werden für das andere Land zu einem po-

Zweiter Schritt: Wie die in den EU-Verträgen beschworene, aber praktisch hintertriebene politische Subsidiarität beweist, ist das Prinzip kein Selbstläufer. Es muss immer wieder gegen zentralistische Bestrebungen verteidigt und durchgesetzt werden. Das neoliberale Negativbeispiel bestärkt zudem die Überzeugung, dass Wohlfahrt und Wohlstand nur durch das Zusammenwirken von gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Subsidiarität zu erzielen sind.

Mit dem ersten Schritt, der außenwirtschaftlichen Anpassung, ist die Voraussetzung geschaffen, die Subsidiarisierung der binnenwirtschaftlichen Strukturen frei von Fremdeinflüssen in Angriff zu nehmen. Subsidiarisierung ist als dynamischer Prozess zu verstehen, der die Betriebe mittels progressiver Besteuerung anhand branchenspezifischer Referenzkriterien laufend in ihre produktionstechnisch kleinstmögliche Größe zurückführt bzw. dezentrale Neugründungen steuerlich be-

müssen deshalb zwecks Anpassung zurück zu ihrer ehemals unabhängigen nationalen Zentralbank, indem sie das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) verlassen und damit zugleich zur eigenen Währung zurückkehren. Gleichzeitig müssen sie alle auf die EU-Ebene übertragenen Vollmachten auf die nationalen föderalistischen Ebenen zurückholen.

Deutschland und Griechenland fixieren also zum einen die Kurse von D-Mark und Drachme zu Euro und Dollar so, dass der neoliberale Handel mit allen anderen Ländern mit möglichst geringen Verdrängungen weiterläuft, gefolgt von Verhandlungen mit diesen Ländern über weitergehende Anpassungen. Zum anderen erstellen sie für ihren bilateralen Handel einen gemeinsamen Warenkorb der zu handelnden Produkte und errechnen den jeweiligen Durchschnittspreis sowohl in D-Mark als auch in Drachmen (Summe aller Produktpreise geteilt durch Anzahl aller Produkte, wobei

tenziell gewinnbringenden Importkandidaten. Dazu gestehen sich beide Länder zu, alle Importe mit autonom kalkulierten Zöllen und Kontingenten belegen zu können, sodass Verdrängungen zwar ver-

mieden, aber Anreize für betroffene Unternehmen geschaffen werden, ihre Produktivität zu erhöhen, um zukünftig selbst exportieren zu können. Gleichzeitig wird durch die geregelten Importe die Vielfalt des binnenwirtschaftlichen Angebots erhöht. Ergänzend gestehen sich beide Länder ebenso Autonomie für den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr zu, sodass jedes Land neben seiner Handels- und Dienstleistungsbilanz auch seine Leistungsbilanz jederzeit eigenständig ins Gleichgewicht bringen kann.

günstigt. Es entsteht eine Hierarchie wirtschaftlicher Wertschöpfung mit von unten nach oben abnehmender Arbeitsintensität und zunehmender Kapitalintensität. Zum Beispiel können dann einfache handwerkliche Leistungen in sehr vielen über das Land verstreuten Kleinbetrieben auf lokaler Ebene erbracht werden, aufwendige industrielle Fertigungen siedeln sich dagegen an wenigen zentralen Standorten an, anspruchsvolle Forschungsprojekte sogar auf supranationaler Ebene. Der Prozess der Subsidiarisierung

Es kann nicht um „mehr oder weniger“ Europa gehen, sondern um ein demokratisches Zusammenwachsen in aller Unterschiedlichkeit und erhaltenswerten Vielfalt.

Der Weg dorthin führt zu einem Staatenbund autonomer Nationalstaaten. Die Bürger Europas sind aufgerufen, diese Politik einzufordern.



Foto: Guentherlig/pixabay.com

muss die Geschäftsbanken einschließen, damit die Geldkreisläufe aus Spareinlagen, Darlehen und Zinsen die Wertschöpfung und die Produktivität auf jeder Ebene unmittelbar fördern.

Die progressive Besteuerung stärkt den konstruktiven (Preis-) Wettbewerb im Innern zwischen Unternehmen sowohl horizontal, also innerhalb hierarchischer Ebenen, als auch vertikal zwischen arbeits- und kapitalintensiven Ebenen. Sie fördert die Entwicklung dezentral einsetzbarer Technologien und ermöglicht Technologietransfer wie auch den freien, vom materiellen Handel unabhängigen Handel mit geistigem Eigentum. Die ansteigende Steuerlast bei zunehmender Betriebsgröße zwingt Unternehmer, ihren Betrieb früher oder später aufzuspalten und einen Teil zu veräußern. Auf diese Weise werden jungen Menschen laufend Chancen zur Unternehmensgründung geboten.

Die Vorteile subsidiärer Wirtschaftsstrukturen liegen auf der Hand: Sie sichern die uneingeschränkte Teilnahme aller Bürger am Wirtschaftsleben in ihrer lokalen und regionalen Umgebung sowie ihre existenzsichernde Teil-

habe durch produktivitätsbezogene Löhne als Ergebnis einer Machtbalance zwischen Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Sie sorgen für eine leistungsgerechte Gleichverteilung der privaten Einkommen und Vermögen als Voraussetzung für florierende Wirtschaftskreisläufe und sie binden die Bürger sozial und ökologisch verantwortlich ein, was eine Voraussetzung einerseits für ehrenamtliche Tätigkeit und andererseits für Stoffkreisläufe zum Substanzerhalt der Naturressourcen ist. Kurz gesagt, stehen subsidiäre Strukturen für Vollbeschäftigung und Umweltschutz.

Fazit

Die Überzeugung, dass etwas schief läuft bei der Integration Europas, ist weit verbreitet und die Kluft zwischen den Bürgern und der etablierten Politik wird immer tiefer. Einerseits ist da die Angst vor dem persönlichen Abstieg, andererseits die Parole von „mehr Europa“. Vermeintliche demokratische Ohnmacht steht gegen neoliberale Verblendung und Profitsucht. Bei dieser Ausgangslage kann es nicht um „mehr oder weniger“ Europa gehen, sondern um eine Politik,

die im Geiste des gemeinsamen europäischen Erbes und mit unverkrampftem nationalen Selbstbewusstsein ein demokratisches Zusammenwachsen des Kontinents in aller Unterschiedlichkeit und erhaltenswerten Vielfalt anstrebt. Der Weg dorthin führt zu einem Staatenbund autonomer Nationalstaaten. Die Bürger Europas sind aufgerufen, diese Politik einzufordern.

Dabei muss die zukunftsorientierte wirtschaftspolitische Regelung im Vordergrund stehen, denn ohne Wohlfahrt und Wohlstand droht politischer Extremismus. Dazu bedarf es einer geregelten Außen- und Binnenwirtschaft. Das hierfür notwendige ökonomische Wissen ist vorhanden – es muss nur angewendet werden. Nur so können Handelspartner selbst bei extremem Produktionsgefälle gegenseitige Gewinne erzielen, z.B. Deutschland und Griechenland. Nur so kann ihr Wettbewerb sich auf qualitative, dem Fortschritt dienliche Kriterien verlagern. Und nur so kann langfristig das schwächere Land seine Produktivität durch Erwerb geistigen Eigentums erhöhen. ■

Gerd Zeitler,
Jahrgang 1940,
gestaltete nach dem
Ingenieurstudium
internationale
Unternehmensallianzen mit und war



als Dozent für Strategisches Unternehmens- und Technologiemanagement tätig. Seit den 1990er-Jahren analysiert er die neoliberale Wirtschaftstheorie und veröffentlichte darüber 2006 sein Buch „Der Freihandelskrieg“ sowie seit 2008 im Internet sein „Kompendium der marktwirtschaftlich-sozialökologischen Ökonomik“.

<https://gerdzeitler.wordpress.com>



Plenarsaal des EU-Parlaments in Straßburg

Demokratie

Wo bitte geht's zum Lagerfeuer?

Die Kritik an der EU nimmt zu. Die Situation ist verfahren. Und es gibt keinen öffentlichen Ort, wo ergebnisoffen über Europa diskutiert werden kann, kein „Lagerfeuer“, um das sich die Europäer scharen könnten, um miteinander zu bereden, was ihre nächsten Schritte sein sollten. Jede noch so konstruktive Kritik steht schnell unter dem Verdacht der „Re-Nationalisierung“.

von Stefan Padberg

Seit der Flüchtlingskrise 2015, dem Rechtsruck bei den polnischen Parlamentswahlen im Oktober 2015 und dem Brexit im Juni 2016 ist in zahlreichen Mitgliedsstaaten der EU ein starkes Anwachsen populistischer und nationalistischer Kräfte zu beobachten. Sie lehnen wahlweise den Euro, das Schengener Abkommen oder gleich die ganze EU ab. Es liegt im Bereich des Möglichen, dass bei den Wahlen zum EU-Parlament im Mai 2019 ein deutlicher Prozentsatz von ausgewiesenen Anti-Euro- oder Anti-EU-Abgeordneten gewählt wird. Manche Beobachter sprechen von bis zu 25 %.

EU-Kommission und „Methode Monnet“

Diese Entwicklungen haben auch mit der Struktur der EU selbst zu tun. Die ungewöhnlichste Besonderheit in ihrem Institutionengefüge ist, dass die EU-Kommission das alleinige Initiativrecht für Gesetzesvorhaben hat. Weder das EU-Parlament noch der Europäische Rat können streng genommen von sich aus aktiv werden. Dies hat vor allem historische Gründe: Weil man in der frühen Phase der europäischen Integration den nationalen Regierungen nicht zutraute, wirklich „europäische“ Vorschläge zu entwickeln, lagerte man diese Aufgabe an

die „Hohe Behörde“, dem Vorläufer der EU-Kommission, aus. In dieser stark von europäischem Integrationsgeist durchdrungenen Behörde wurde die Integration Schritt für Schritt geplant. Die Regierungen mussten die Vorschläge zwar mit Einstimmigkeit beschließen, doch das war im französisch dominierten Nachkriegseuropa lange kein Problem.

Der erste Präsident der Hohen Behörde war Jean Monnet. Er schlug nach dem Krieg vor, die westeuropäische Montanindustrie zusammenzuschließen, und zwar unter Einbeziehung der deutschen Schwerindustrie. Sein Plan ist dann

1950 als Schumann-Plan in die Geschichte eingegangen und war die eigentliche Geburtsstunde der institutionellen Vereinigung Europas. Auf ihn geht das Integrationskonzept der „Dynamik in kleinen

satzurteile Einfluss auf den Integrationsprozess genommen. Zwei Urteile aus den Jahren 1963 und 1964, mit denen der Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor dem nationalen Recht der Mitgliedsstaaten

rechtlichen Pflichten der Staaten, ihre Rechtsordnung den gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben anzupassen, in subjektive Rechte der Wirtschaftsakteure. Offen blieb nach dem ersten Urteil, was bei einer Kollision zwischen Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht zu geschehen hätte. Diese Frage beantwortete das zweite Urteil, indem es für das Gemeinschaftsrecht Vorrang vor dem nationalen Recht beanspruchte, selbst vor dem höchsten nationalen Recht, der Verfassung. Ob eine Kollision vorlag oder nicht, entschied der EuGH, an den die nationalen Gerichte Vereinbarkeitsfragen überweisen mussten und an dessen Spruch sie dann gebunden waren. Fortan konnte der EuGH die Integration in die eigene Hand nehmen.“

In der Folge hat der EuGH den Weg der Integration durch Vertragsinterpretation sehr erfolgreich

Die Besonderheit im Institutionengefüge ist, dass die EU-Kommission das alleinige Initiativrecht für Gesetzesvorhaben hat.

Schritten von nachhaltiger Bedeutung“ zurück, heute auch als „Gemeinschaftsmethode“ bezeichnet:

- Schaffung gemeinsamer Interessen durch möglichst konkrete Integrationsprojekte
- Begrenzte Übertragung von realen Kompetenzen
- Nebulöse Bestimmung des Zwecks („Konstruktive Mehrdeutigkeit“)
- Ökonomische Instrumente als Mittel der politischen Integration
- Verknüpfung von konkreten Politikprojekten mit institutionellen Fortschritten
- „Eliten“-Entscheidungen im Konsens statt polarisierender Mehrheitsentscheidungen
- Einigung vor allem als Friedens- und nicht nur als Wirtschaftsprojekt
- Deutsch-französische Freundschaft als Kern der europäischen Einigung

Diese Methode war überaus erfolgreich. Mit jeder Vertragsänderung wurde das Institutionengefüge dichter und zog mehr Kompetenzen an sich. So blieb es im Wesentlichen bis heute und prägte die Struktur der heutigen EU.

EuGH und Vorrang des Gemeinschaftsrechts

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat durch viele Grund-

begründet wurde, waren wegweisend. Mit ihnen wurde der besondere Charakter der EU als einzige internationale Organisation mit Recht setzendem Charakter begründet.

Bei zwischenstaatlichen Verträgen ist es eigentlich so, dass die Vereinbarungen erst in nationales Recht umgesetzt werden müssen, bevor sie Rechtskraft erlangen. Werden sie nicht im vertraglich fest-

1964 entschied der Europäische Gerichtshof, dass das Gemeinschaftsrecht Vorrang gegenüber dem nationalen Recht hat.

gesetzten Zeitrahmen umgesetzt, kann der Staat vor dem Schiedsgericht verklagt werden, das normalerweise mit dem Vertrag begründet wird. Mit der sogenannten „Van-Gend-&-Loos-Entscheidung“ von 1963 und der „Costa/ENEL-Entscheidung“ von 1964 entschied der EuGH allerdings, dass das Gemeinschaftsrecht Vorrang gegenüber dem nationalen Recht hat. Die „vier Freiheiten“ sollten unmittelbar in jedem Staat gelten.

Der ehemalige Verfassungsrichter Dieter Grimm kommentiert: „Die Urteile verwandelten sie (die gemeinschaftsrechtlichen Verpflichtungen, S.P.) von objektiv-

weiter ausgebaut. Dies hatte aber „eine legitimatorische Kehrseite“. Grimm: „Während die negative Integration, also die Beseitigung nationaler Regelungen, auf administrativem und judikativem Weg erfolgt, ohne dass die politischen Organe Rat und Parlament intervenieren könnten, verlangt die positive Integration durch Setzung von Unionsrecht einen politischen Akt von Kommission, Rat und Parlament, für den die Konsensschwellen hoch liegen.“ Dies blieb von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, da juristische Materie nur für Experten verständlich ist. Aber mit den Konsequenzen müssen wir leben.

Konsultationsverfahren und Demokratiedefizit

Diese beiden Wege der Integration sind in der Vergangenheit erfolgreich gewesen. Die Menge und Dichte der Entscheidungen, die mittlerweile auf europäischer Ebene

gebungsprozess der EU einschleust, denn die Anhänger der jeweils nicht berücksichtigten Position würden sich dann übergangen fühlen. Das Konsultationsverfahren ist ja freiwillig und es ist mehr oder weniger vom Zufall abhängig, wer von

Der Souverän hat bestimmte Kompetenzen an die EU-Ebene abgegeben, kann sie aber aus eigener Initiative nicht mehr zurückholen.

ne getroffen werden, erfordert, dass die bisherigen Wege und Verfahren überdacht und flexibilisiert werden. Sie müssen vor allem echten deliberativen Prozessen geöffnet werden. Die Idee und das Versprechen der parlamentarischen Demokratie sind, dass in einem öffentlichen Verfahren die verschiedenen Initiativen in einem repräsentativen Parlament diskutiert und abgestimmt werden. Alternativen sind zugelassen, die Medien berichten darüber, es gibt eine öffentliche Meinungsbildung und nach der Abstimmung akzeptiert die unterlegene Tendenz die Mehrheitsentscheidung, weil sie die gleichen Möglichkeiten hatte, sich Gehör zu verschaffen wie die Mehrheit.

In letzter Zeit versuchte die EU-Kommission verstärkt, sich durch Konsultationsverfahren den Bürgerinnen und Bürgern mehr zu öffnen. In der Diskussion über die Abschaffung der jährlichen Sommerzeitumstellung wurden drei Alternativen identifiziert:

- Sommerzeit beibehalten
- Sommerzeit abschaffen
- Winterzeit abschaffen

Aus demokratiepolitischer Perspektive ist einzuwenden: Es würde nichts nützen, wenn sich die EU-Kommission eine dieser Positionen zu eigen macht und in den Gesetz-

der Konsultation erfahren hat und dann auch noch an ihr teilnimmt. Das Verfahren ist in keinster Weise transparent und repräsentativ.

Hier zeigt sich die Stärke der Idee der parlamentarischen Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger haben im Idealfall ein Parlament gewählt, dass das Meinungsspektrum in der Bevölkerung genau genug abbildet. Diese bringen Vorschläge und Gegenvorschläge ins Parlament ein, es gibt dort öffentliche Diskussionen und am Ende eine öffentliche Abstimmung. Diese wirkt dann ganz anders in die Gesellschaft hinein. Sie beruhigt die Gemüter, weil jede Strömung sich sagen kann, dass sie gehört wurde.

Im vorliegenden Falle wird die Kommission empfehlen, die Richtlinie zur einheitlichen Sommerzeitumstellung in Europa zu streichen, sodass die einzelnen Mitgliedsstaaten wieder selbst entscheiden können, ob sie an der Sommerzeitumstellung teilnehmen wollen oder nicht. Auch wenn diese Empfehlung vernünftig erscheint, offenbart sie bei genauerem Nachdenken ein weiteres Problem dieser Entscheidungsprozesse: Wer legt eigentlich fest, welche Ebene für welche Fragen zuständig ist? Im vorliegenden Fall ist es offenbar die EU-Ebene, die dies entscheidet. Erst wenn sie

ihren Kompetenzvorrang aufgibt, kann die darunter liegende Ebene wieder aktiv werden.

Das ist nun paradox: Der Souverän hat bestimmte Kompetenzen an die EU-Ebene abgegeben, kann sie aber aus eigener Initiative nicht mehr zurückholen. Erst wenn die EU-Ebene einsieht, dass sie diese Kompetenzen nicht mehr nutzen möchte, kann die nationale Ebene wieder aktiv werden. Föderalismus geht anders!

Neues Bild Europas: demokratisch, schlank, dezentral

Aus diesem Grund sollte der institutionelle Aufbau der EU reformiert werden. Wir Bürgerinnen und Bürger Europas haben jenseits

aller Interessengegensätze, die es im Alltag geben mag, viele Aufgaben und Probleme gemeinsam. Wir leben alle im gemeinsamen „europäischen Haus“. Und deshalb müssen wir uns über den Bauplan dieses Hauses verständigen. Der Bauplan: Das sind die Spielregeln, Grundsätze und Werte, nach denen die Demokratie auf europäischer Ebene funktionieren soll.

Eine Neufundierung der EU wird nur gelingen, wenn sie sich deutlich abhebt von dem bisherigen Weg. Die Macht auf EU-Ebene bedarf einer stärkeren Legitimation als bisher. Darüber hinaus brauchen wir eine Diskussion über eine Neuverteilung der Macht zwischen den verschiedenen politischen Ebenen. Das Ziel muss dabei sein, wieder mehr Kompetenzen an die Ebenen zurückzugeben, die den Menschen näher sind. Nicht nur die EU-Ebene, sondern auch die Nationalstaaten sind hier in der Pflicht, Kompetenzen nach unten zurückzureichen. Das „europäische Haus“ braucht deshalb vier Stützpfeiler.

Stützpfeiler 1: demokratisch legitimierte Verfassung

Die Vereinigung Europas muss auf der Grundlage gemeinsamer Grundsätze erfolgen, wie sie üblicherweise in einer Verfassung niedergeschrieben werden. Diese Verfassung ist der Platz, in dem die Aufgaben und Entscheidungsverfahren der verschiedenen Institutionen der EU festgehalten sind. Sie enthält außerdem die Bezugnahme auf die zugrunde liegenden Werte und beschreibt auch die Verfahren, mit denen die Bürgerinnen und Bürger sie ändern können. In einem Mehr-Ebenen-System muss sie zwingend auch einen Kompetenzartikel enthalten, in dem festgehalten

ist, für welche Aufgaben diese Ebene und diese Verfassung gilt.

Eine solche Verfassung kann nicht am Schreibtisch oder in einer Klausur entstehen. Die Zeiten, in denen eine Versammlung von 70 Honoratioren in zwei Wochen ein Grundgesetz schreiben kann, sind vorbei. Sinnvoll wäre stattdessen ein direkt gewählter Bürgerkonvent, der in einem transparenten und ergebnisoffenen Verfahren eine EU-Verfassung erarbeitet. Dabei sollten die Bürgerinnen und Bürger mit allen heute üblichen digitalen Mitteln in die Beratungen einbezogen werden.

Die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs würde nicht bei null beginnen. Als Ausgangspunkt können durchaus die gegenwärtigen Verträge über die Europäische

europäischen Bürgerschaft. Dazu gehört dann auch, dass das Ergebnis der Beratungen dem Souverän zu einer europaweiten Abstimmung vorgelegt wird.

Stützpfeiler 2: demokratisch legitimierte Institutionen

Ein so großes und feingliedriges Gebilde wie die EU bedarf eines gut durchdachten und ausbalancierten Machtgefüges. Die klassischen Lösungen „Präsidialsystem“ und „Parlamentarismus“, die in der einen oder anderen Form in den Mitgliedsstaaten etabliert sind, lassen sich nicht einfach auf die EU-Ebene übertragen. Sinnvoll wäre eine Orientierung am Modell der Schweiz, in dem ein strikter, direkter und für jede Bürgerin und jeden Bürger

Eine Neufundierung der EU wird nur gelingen, wenn sie sich deutlich abhebt von dem bisherigen Weg.

Union (EUV) und über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) dienen. Allerdings müssen diese „bereinigt“ werden, indem alles, was üblicherweise nicht in eine Verfassung gehört, entfernt wird. Das ist im Wesentlichen alles, was im AEUV steht. In einem weiteren Schritt müssten die gewünschten Änderungen am Institutionengefüge juristisch sauber kodiert werden. Und in einem dritten Schritt müsste der Entwurf auf Lesbarkeit gecheckt werden.

Ein direkt gewählter Konvent würde das schaffen, was man auf anderen Wegen kaum erreichen kann, was aber wesentlich ist für die Akzeptanz dieser Verfassung und der aus ihr hervorgehenden Institutionen: die Erzeugung des Gefühls der „emotional ownership“ in der

erlebter Zusammenhang zwischen dem Souverän und den Gemeinden, den Kantonen und dem Bund besteht.

Das EU-Parlament ist die am besten legitimierte Institution in der EU. Die Debatten haben einen relativ offenen Charakter und sind noch wenig durch Machtspielchen verfälscht. Das sollte unbedingt erhalten bleiben. Hinzubekommen sollte das EU-Parlament allerdings das Initiativrecht im Gesetzgebungsverfahren und das alleinige Haushaltsrecht.

Die zweite Parlamentskammer als Vertretung der Staaten sollte jedoch nicht aus Vertreterinnen und Vertretern der nationalen Regierungen bestehen, wie das heute in Deutschland im Bundesrat oder im heutigen Europäischen Rat der Fall

ONLINETIPPS

Mehr Demokratie

Positionspapier Nr. 15

Für einen europäischen Bürgerkonvent

November 2017

<http://t1p.de/kzn6>

Positionspapier Nr. 11

Europa neu denken und gestalten

Juni 2016

<http://t1p.de/4nu7>

Positionspapier Nr. 6

Direkte Demokratie in der EU

April 2013

<http://t1p.de/xdsn>

Initiative

Starke Kommunen

Kommunen ins Zentrum der Demokratie rücken

<http://t1p.de/pjtm>

Vortrag von

Karl-Martin Hentschel

http://y2u.be/i4_VNaoojMQ

ist. Stattdessen sollte die Staatenkammer durch einen europäischen Senat gebildet werden, der sich aus direkt gewählten Delegierten – Senatorinnen und Senatoren – zusammensetzt. Wenn die Delegierten direkt in den Regionen gewählt würden, erhielten die Regionen

die öffentliche Meinung polarisiert, nicht als geeignetes Instrument.

Nach Schweizer Vorbild würde der Kollegialrat in gemeinsamer Sitzung von Parlament und Senat, in einer sogenannten „Europäischen Versammlung“, alle vier Jahre ge-

Initiative ablehnt, hätten die Initiatoren das Recht, die Frage vor die europäische Bürgerschaft zu bringen.

Beim Referendumsrecht geht es darum, dass die Bürgerinnen und Bürger auch das letzte Wort im Gesetzgebungsverfahren behalten können. Eine Mindestzahl von



EU-Parlament in Brüssel – ein gigantischer Gebäudekomplex

eine größere Bedeutung im Institutionengefüge der EU.

An der Spitze der europäischen Verwaltung sollte anstelle der heutigen von den Regierungen ernannten EU-Kommission besser ein Kollegialrat treten, der nach dem Vorbild des Schweizer Bundesrates gebildet wird. In der Schweiz gibt es eine All-Parteien-Regierung, deren Zusammensetzung von den jeweiligen Fraktionsstärken abhängt. Diese Regierung verantwortet ihre Beschlüsse gemeinsam, d.h. kollegial. Sie arbeitet sachbezogen, denn sie ist nicht von dem Machtspiel zwischen Regierung und Opposition beeinträchtigt. In der Schweiz sind über 80 % der Bürger mit der Arbeit ihrer Regierung zufrieden, in Deutschland nur 20 %. Da es in Europa darum geht, nicht nur unterschiedliche politische Richtungen, sondern auch eine Vielfalt von Völkern, Regionen und Traditionen zu repräsentieren, erscheint die Bil-

wählt. Die Besetzung kann auf Vorschlag der Fraktionen entsprechend ihrer Größe erfolgen – ähnlich wie die Ausschussbesetzung in Parlamenten. Das Kollegium entscheidet als Ganzes, aber die einzelnen Mitglieder sind zugleich zuständig für eine EU-Fachverwaltung – entsprechend einem Ministerium. Der Vorsitz wechselt jährlich durch Beschluss der Europäischen Versammlung.

Stützpfiler 3: direkte Demokratie

Gerade die direkte Demokratie ist ein wichtiger Faktor, um zu verhindern, dass die EU-Ebene sich vom Rest der Gesellschaft abkapselt. Mit dem Initiativrecht würden die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, politische Themen auf EU-Ebene verbindlich auf die Agenda zu setzen. Eine Initiative würde sich zunächst ans EU-Parlament richten. Wenn das EU-Parlament die

Abstimmungsberechtigten kann so verlangen, dass ein vom EU-Parlament beschlossenes Gesetz durch ein Referendum bestätigt werden muss, bevor es in Kraft tritt. Wesentliche Verfassungsänderungen sollten obligatorisch zur Abstimmung gebracht werden.

Das Abstimmungsverfahren muss dialogorientiert sein: objektive Pro- und Contra-Berichterstattung in den Medien, lange Dauer der öffentlichen Debatte und neutrale Informationen durch die Wahlbehörde z.B. in Form eines Abstimmungsbüchleins wie in der Schweiz. Bei der Abstimmung – wie übrigens auch bei der hier vorgeschlagenen Urabstimmung über die Europäische Verfassung – sollte das Prinzip der doppelten Mehrheit gelten. Es muss also sowohl eine einfache Mehrheit der Abstimmenden als auch eine qualifizierte Mehrheit der Staaten – z.B. 66 % oder 75 % – erreicht werden, damit eine Abstimmung gültig ist.

Stützpfiler 4: Dezentralisierung und Regionalisierung

Die neu gestaltete EU sollte möglichst dezentral aufgebaut sein. Die Kompetenzen sollten auf den Ebenen angesiedelt werden, auf denen sie am sinnvollsten bearbeitet und verwaltet werden können. Im Gegensatz zum Zentralstaat ist in einem Mehr-Ebenen-System nicht von vornherein klar, was auf welcher Ebene verantwortet werden soll. Im Gegensatz zum Subsidiaritätsprinzip, bei dem letztendlich die obere Ebene entscheidet, welche Kompetenzen sie abgibt, sollten dies die Bürgerinnen und Bürger selber regeln. Hierzu könnten in den Verfassungen für die verschiedenen Ebenen Kompetenzartikel eingeführt werden. Gemischte Kompetenzen sind möglichst zu vermeiden, da sonst für die Wählerschaft nicht deutlich wird, für welchen Aufgabenbereich Kandidatinnen und Kandidaten gewählt werden sollen.

Als Vorbild eignen sich die Schweiz und auch die ausgeprägte kommunale Demokratie in Skandi-

gen kann. Anstelle der zahlreichen Förderprogramme der EU, die dazu führen, dass die EU sich in alle Details vor Ort mit ihren Richtlinien einmischte, sollte schrittweise ein horizontaler Ausgleichsmechanismus treten, wie er innerhalb der Nationalstaaten zwischen Regionen und zwischen Kommunen existiert. Dann können die kommunalen, regionalen oder nationalen Parlamente autonom und demokratisch entscheiden, wofür die eingeworbenen Steuermittel eingesetzt werden. Das setzt natürlich voraus, dass die Regionen eigene Parlamente haben, die über die Mittelverwendung entscheiden können.

Die wachsende politische Zusammenarbeit zwischen europäischen Staaten sollte auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhen. Es sollte also möglich sein, dass eine gemeinsame Politik in bestimmten Bereichen entwickelt wird, an der sich nicht alle Mitgliedsstaaten beteiligen wollen. Bei Abstimmungen im EU-Parlament würden dann nur die Abgeordneten der Staaten

Das Ziel muss sein, wieder mehr Kompetenzen an die Ebenen zurückzugeben, die den Menschen näher sind.

navien. Kommunen und Regionen sollten gestärkt und die Zuständigkeiten auf der tiefstmöglichen Ebene angesiedelt werden. Insbesondere die Angelegenheiten der Daseinsvorsorge – Energieversorgung, Abfallbeseitigung, Schulen, Sport, Verkehrsführung usw. – müssen möglichst wohnortnah und im gemeinsamen Austausch der Bürgerschaft geregelt werden können.

Dezentralisierung setzt auch voraus, dass jede Ebene ihre eigenen Einnahmen hat und darüber verfü-

abstimmen, die bei der zur Abstimmung stehenden Frage zusammenarbeiten, etwa wenn es um den Euro oder den Schengenraum geht. Die anderen hätten in diesem Fall nur eine beratende Funktion.

Mitgliedsländer sollten jederzeit das Recht haben, aus der EU auszutreten, wenn dies durch einen Parlaments- oder durch einen Volksentscheid verlangt wird. Dezentralisierung bedeutet auch, dass Gemeinden oder Regionen das Recht haben, sich per Bürgerent-

BUCHTIPPS

Dieter Grimm
Europa ja – aber welches?
Zur Verfassung der europäischen Demokratie
C.H.Beck, Februar 2016
288 Seiten, 24,95 Euro

Karl-Martin Hentschel
Demokratie für morgen
Roadmap zur Rettung der Welt
UVK, Oktober 2018
292 Seiten, 17,99 Euro
978-3-86764-894-3



scheid aus einer übergeordneten Verwaltungseinheit zu lösen und gegebenenfalls mit einer anderen zusammenzuschließen.

Weitere Fragen

Die bürgerfreundliche Weiterentwicklung der europäischen Institutionen muss noch weitere Problemfelder unserer Gesellschaft in den Blick nehmen: die Macht großer Unternehmen, Banken und Medien, den Euro und die wachsende europäische Zusammenarbeit im militärischen Bereich. Die Verfassung sollte in diesen Fragen die Politik an Werten orientieren und ihr Grenzen setzen. ■

Stefan Padberg,
Jahrgang 1959, studierte Informationstechnik und arbeitet als freiberuflicher Webprogrammierer. Seit 1998 ist er bei „Mehr Demokratie“ aktiv und dort unter anderem Moderator des Arbeitskreises Europa/Welt.



stefan.padberg@mehr-demokratie.de

Über Klaus Buchners „Diktatur der Märkte“

Weniger Neoliberalismus durch *mehr Demokratie*

Die neoliberale Wirtschaftsordnung hat dazu geführt, dass vom erzeugten Wohlstand zunehmend eine kleine Elite profitiert. Diese Konzentration von Reichtum bedeutet auch: Macht. Sie gestaltet die Politik der EU maßgeblich mit – und damit auch die Politik ihrer Mitgliedsstaaten. Wie dies geschieht, das hat der ÖDP-Europaabgeordnete hautnah erlebt.

von Claude Kohnen

Klaus Buchner hat seine Erfahrungen als Europaabgeordneter und seine ganze Wut über die Exzesse des globalen Neoliberalismus in sein Buch „Diktatur der Märkte“ gepackt. Es ist eine knallharte Abrechnung mit gierigen Wirtschaftsvertretern, die mit willfähriger Unterstützung der Politik Geschäfte auf Kosten des Gemeinwohls und der Umwelt betreiben. Doch der Buch-Untertitel „Aufbruch in die sozio-ökologische Wende“ signalisiert, dass Buchner nicht nur kritisiert, sondern auch konkrete Lösungsansätze aufzeigt. So befasst er sich beispielsweise ausführlich mit der EU-Handelspolitik. Dabei kommen seine Ausführungen nicht von ungefähr: Im Europaparlament ist er stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel.

Fairer Handel statt Freihandel

Dort hat er miterlebt, was die EU unter Handelspolitik versteht und wie die vom Volk gewählten Europaabgeordneten bei den TTIP-Verhandlungen größtenteils ausgeschlossen wurden, während die Wirtschaftsvertreter laufend in Kontakt mit der EU-Delegation waren. 92% der Lobby-Kontakte der

EU-Kommission fanden mit Wirtschaftsvertretern statt, 4% mit Vertretern öffentlicher Interessen. Nur einige Europaabgeordnete konnten die Verhandlungstexte in einem Leseraum einsehen, durften sich dabei ausschließlich handschriftliche Notizen machen und mussten sich zu strengem Stillschweigen verpflichten. Bei den Verhandlungen über andere Freihandelsabkommen war das Prozedere ähnlich.

Mit der Intransparenz einherging eine systematische Übertreibung des Wirtschaftswachstums,

zunimmt, das ist die Ungleichheit in den Gesellschaften, denn die Abkommen sind auf die Interessen der multinationalen Konzerne zugeschnitten. Buchner beschreibt als Gefahren den Druck auf die Umwelt- und Sozialgesetze, das Aufweichen des Vorsorgeprinzips sowie die Einrichtung einer Paralleljustiz aus sogenannten „Schiedsgerichten“.

Um die Auswüchse der aktuellen Handelspolitik zu unterbinden, formuliert Buchner zehn Regeln für Handelsverträge. Dazu zählt etwa eine größere Transparenz bei

Buchner plädiert dafür, dass die EU-Kommission künftig vom Volk gewählt wird und das Europaparlament ein Zwei-Kammern-System erhält, wie wir es in Deutschland haben.

das angeblich durch Freihandelsabkommen entsteht. Dabei gibt es für diese Behauptungen keinerlei gesicherte Erkenntnisse. Mit „beinahe null“ gibt Joseph E. Stiglitz, mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Wirtschaftswissenschaftler, das durch Freihandelsabkommen entstehende Wachstum an. Was durch die Freihandelsabkommen allerdings

den Verhandlungen und mehr Zeit für die Parlamentarier, sich in die komplexen Gesetzestexte einzuarbeiten. Die Interessen der Menschen aus Ländern des globalen Südens müssen besser geschützt werden, indem z.B. die Spekulation mit Nahrungsmitteln verboten wird. Warenlieferungen sowie Maßnahmen, die die soziale Lage der betrof-



Buchautor Klaus Buchner, Jahrgang 1941, war Professor an der TU München und von 2003 bis 2010 ÖDP-Bundesvorsitzender. 2014 errang er als ÖDP-Spitzenkandidat ein Mandat im Europaparlament. Seine Schwerpunkte dort sind Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Sicherheit und Internationaler Handel.

fenen Bevölkerung verschlechtern, zu Menschenrechtsverletzungen führen oder die Umwelt erheblich schädigen, sind zu unterbinden. Mit Nachdruck warnt Buchner vor Sonderklagerechten für Investoren. Man wünscht sich, dass die für Handelspolitik zuständige EU-Kommissarin Cecilia Malmström diese zehn Regeln über ihrem Schreibtisch aufhängt und jeden Tag einen Blick darauf wirft.

Mehr Demokratie auf allen Ebenen

Gemäß dem Wahlspruch der ÖDP „Ja zu Europa, aber ...“ aus dem Europawahlkampf 2014 bezeugt Buchner seinen Respekt vor dem großen Friedensprojekt EU, zeigt sich jedoch besorgt über deren mangelnde demokratische Ausrichtung. Dabei

ist nicht nur das übergroße Gewicht der Konzerne mit ihren Tausenden Lobbyisten in Brüssel gemeint, sondern auch die mangelhafte institutionelle Ausgewogenheit der EU. So plädiert Buchner dafür, dass die EU-Kommission künftig vom Volk gewählt wird. Aktuell muss der Kommissionspräsident zwar vom Europaparlament bestätigt werden, die einzelnen Kommissare müssen das jedoch nicht. Das Europaparlament kann die EU-Kommission nur als Ganzes ablehnen oder bestätigen.

Des Weiteren tritt Buchner für eine Reform des Europaparlaments ein: für ein Zwei-Kammern-System, wie wir es in Deutschland haben.

Ihm schwebt ein anderes Wahlsystem vor: Der Wähler sollte durch drei mögliche Bewertungen zu jeder Partei ausdrücken, wie stark seine Ablehnung jeweils ist.

Die erste Kammer wäre ein Parlament, in dem – anders als bislang – jede Abgeordneten-Stimme gleich viel zählt. Bislang haben die Abgeordneten der kleineren Länder ein überproportionales Gewicht. Damit diese kleineren Länder nicht an den Rand gedrängt werden, sollte es eine zweite Kammer ähnlich dem deutschen Bundesrat geben.

Trotz allem zeigt sich Buchner nicht als Pessimist. Er zitiert den früheren Umweltminister Klaus Töpfer mit dem Satz „Die Lage ist zu ernst, als dass man pessimistisch sein dürfte“ und verweist auf den wachsenden Widerstand gegen die neoliberalen Praktiken. In Deutschland gingen an einem Tag mehr als 300.000 Menschen gegen CETA und TTIP auf die Straße. Ein wichtiger Punkt ist für Buchner die

BUCHTIPP

Klaus Buchner
Diktatur der Märkte
Aufbruch in die sozio-ökologische Wende
Tectum,
September 2018
180 Seiten, 19,95 Euro
978-3-8288-4161-1



Unabhängigkeit der Parteien von Geldern aus der Wirtschaft. Er fordert ein Verbot von Firmenspenden und Sponsoring.

Darüber hinaus spricht sich Buchner dafür aus, die Rolle der kleinen Parteien zu stärken. Ne-

ben der Abschaffung der 5-Prozent-Hürde bei Bundestagswahlen schwebt ihm ein anderes Wahlsystem vor: Der Wähler sollte durch drei mögliche Bewertungen zu jeder Partei ausdrücken, wie stark oder schwach seine Ablehnung jeweils ist. Dadurch würde das politische Spektrum bunter und es wäre nicht mehr so leicht möglich, durch Wahlkampfspenden an eine oder zwei große Parteien das Wahlergebnis zu beeinflussen.

Zu guter Letzt betont Buchner die wichtige Rolle von bundes- und europaweiten Volksentscheiden für die Weiterentwicklung der Demokratie. Nur so lässt sich der Politikverdrossenheit entgegenwirken sowie der Einfluss des von Konzernen und Wirtschaftsverbänden propagierten Neoliberalismus einschränken. ■

Fairer Handel

„Unser Hauptproblem ist die *Korruption*“

Ghana könnte ein reiches Land sein. Doch Korruption, Vetternwirtschaft und die unzureichende Weiterverarbeitung der in Ghana gewonnenen Rohstoffe lähmen die Wirtschaft des Landes, begünstigen Armut in weiten Teilen der Bevölkerung und führen zu Träumereien über eine Migration nach Europa. Ein Bericht aus dem Land mit der zweitgrößten Kakaoproduktion weltweit.

von Paula Stier

Der alte Mann sieht erschöpft aus – so, als hätte jedes seiner Lebensjahre ihm viel Kraft abgerungen. Er ist Kakaofarmer in Ghana, seine Hände sind schwielig von der Arbeit, sein Gesicht wettergegerbt. An diesem Tag trägt er das T-Shirt einer deutschen Fastfood-Kette. Secondhand-Kleidung kann man hier in jeder Kleinstadt erwerben – wirklich neue Kleidung nur in den Großstädten des Landes wie Accra oder Kumasi. Er lächelt seine Besucher aus Europa an, während die Kinder des Dorfes kreischend für Fotos posieren. Heute ist ein guter Tag. Die Besucher kommen aus der Schweiz. Sie sind Schokoladenhersteller. Sie haben Süßigkeiten mitgebracht, die die Kinder des Dorfes wenig später vor Schwierigkeiten stellen werden, weil sie nicht wissen, wie man die bunten Verpackungen öffnet. Vor allem aber: Die Besucher haben gebrauchte T-Shirts dabei, die sie kostenlos verteilen. Der erschöpfte Mann lächelt selig, während er das schwarze Hemd irgendeines Schweizer Jazzclubs auswählt.

Der erschöpfte Mann ist nach europäischen Standards arm. Sein



Ein Dorf im Süden Ghanas

deutsches Fastfood-Ketten-T-Shirt ist zerrissen, in der Gegend, in der er wohnt, gibt es viele Dörfer, die nicht an die Wasser- und Stromversorgung angeschlossen sind. Trotzdem geht es ihm, verglichen mit vielen anderen Farmern, nicht schlecht. Zum einen wohnt er im Süden des Landes. Im Süden von Ghana sind die Bauern vergleichsweise wohlhabend. Der Kakaoanbau hat sie reich gemacht. Zumindest im Vergleich zum Norden, wo die Menschen dem kargen Boden kaum genug zum Überleben abringen können. Zum anderen produziert er seit über 7 Jahren Kakao

nach ökologischen Standards. Eine Firma kauft diesen Kakao zu höheren Preisen auf, um ihn schließlich nach Europa zu verschiffen. Die Firma heißt Yayra Glover Ltd. Der Chef heißt auch Yayra Glover. Die Leute im Dorf kennen ihn.

Staatsversagen

Yayra Glover sitzt in seinem Büro und telefoniert. Vor 12 Jahren ist er nach Ghana zurückgekehrt, um hier sein Handelsunternehmen für ökologischen Kakao aufzubauen. Davor hat er 20 Jahre in der Schweiz gelebt. „Wenn du in Europa gelebt hast, dann wird dir klar, warum

das System dort funktioniert und hier in Ghana nicht.“ Yayra lacht und schüttelt den Kopf: „Unser Hauptproblem ist die Korruption. Die Politiker sind korrupt, die Polizisten, die Damen am Empfangschalter. Und weil so viele davon profitieren, gibt es keinen echten staatlichen Willen, die Korruption in den Griff zu kriegen. Der Staat hier kommt seiner Verantwortung in vielen Punkten nicht nach. Wir haben eine Schulpflicht, aber Kinder, die nicht das Schulgeld bezahlen können, werden vom Unterricht suspendiert. Wir haben offiziell

eine Krankenversicherung, aber ich habe Leute sterben sehen, weil sie die 400 Euro für die Behandlung nicht zusammenkratzen konnten.“

400 Euro sind in einem Land, in dem das Durchschnittseinkommen 104 Euro pro Monat (Stand 2016) beträgt, eine Menge Geld. Zumal das Geld ungleich verteilt ist: Die



Kakaobauer beim Trocknen der Bohnen

Oberschicht residiert in stattlichen Villen, während 28% der Bevölkerung unter der globalen Armutsgrenze (Stand 2013) leben. Gerade unter den Jugendlichen ist die Arbeitslosigkeit groß. Viele versuchen ihr Glück in den Großstädten – und scheitern. Manch einer träumt von Europa. „Europa erscheint hier vielen als das Paradies“, sagt Yayra. „Der Grund ist einfach: Eine Putzfrau, die in Deutschland für den Mindestlohn arbeitet, verdient das 10-Fache des ghanaischen Durchschnittseinkommens. Diese Frau ist in Deutschland ein Niemand, aber in Ghana kann sie Land kaufen, ein großes Haus bauen, ein gutes Auto fahren. Wer in Europa Arbeit gefunden hat, ist in Ghana tatsächlich reich.“

Ein guter Ort zum Leben

Aber auch wenn die meisten weit entfernt von diesem Reichtum bleiben, ist Ghana kein schlechter Ort zum Leben. Im afrikanischen Vergleich ist es sogar ein ausgesprochen guter Ort. Die Sicherheitslage ist vorbildlich. Die Pressefreiheit ist

besser als in manch europäischem Land. Die politische Stabilität gilt als herausragend in Westafrika.

Trotzdem könnte das Land um Welten besser sein, sagen viele. Es könnte seine Potenziale besser nutzen. Die Landschaft ist exotisch und oft atemberaubend schön – aber eine touristische Vermarktung findet kaum statt. Millionen Cedi – Ghanas landesweite Währung –, die dem Staat für Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung stehen würden, versickern weiterhin durch Korruption im Nirgendwo.

Mangelnde Weiterverarbeitung von Rohstoffen

Die Rohstoffe des Landes – Ghana ist unter anderem der zweitgrößte Produzent für Kakao weltweit, der drittgrößte Lieferant für Hartholz aus Afrika und ein relevanter Handelspartner für Gold, Erdöl und

Diamanten – werden zumeist im Rohstadium ins Ausland exportiert. Die Verarbeitung der Rohstoffe und damit auch der Großteil der Wertschöpfung findet in den allerwenigsten Fällen in Ghana selbst statt. Yayra Glover will zumindest bei der Rohstoffverarbeitung etwas verändern: „Ab 2019 werden wir nicht mehr nur Kakaobohnen exportieren, sondern auch die sogenannten Nibs – die gerösteten Kakaostückchen, aus denen die Schokolade schließlich hergestellt wird.“ Diese Verlagerung von Produktionsschritten von Europa nach Afrika soll die Einheimischen stärker an der Wertschöpfung beteiligen und Arbeitsplätze schaffen. Ähnliche Ziele verfolgen mittlerweile auch noch einige andere Unternehmen. Da ist

Die Yayra Glover Ltd.,

einziges lizenziertes Unternehmen Ghanas für Produktion und Handel von ökologischem Kakao, bietet Praktika für Studenten, Hochschulabsolventen und Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung an. Weitere Informationen bei Paula Stier.

beispielsweise die Firma fairafric – die die erste komplett in Afrika produzierte Schokolade auf den europäischen Markt gebracht hat. Oder Cajou Espoir, ein Produzent, der die erste Fabrik zur Verarbeitung von Cashewnüssen in Togo betreibt.

Wenn der erschöpfte Alte mit dem deutschen Fastfood-Ketten-T-Shirt von solchen Unternehmen hört, lächelt er. „Wir haben uns lange auf die Almosen von Fremden verlassen. Das hat den Kontinent ge-

Wer in Europa Arbeit gefunden hat, ist in Ghana tatsächlich reich.

lähmt. Es wird Zeit, dass wir unser Schicksal wieder selbst in die Hand nehmen.“ Dann greift er nach dem schwarzen Jazzclub-Hemd, das die Besucher aus der Schweiz kostenlos verteilt haben, und lacht – halb glücklich, halb bitter. ■

Paula Stier, geboren 1997, studiert BWL und verbrachte drei Monate als Praktikantin in Ghana. Spätestens seit dieser Zeit in Afrika ist

ihre Bewusstheit, in welchem Luxus sie in Deutschland leben kann. In der ÖDP ist Paula Stier seit 2015 aktiv im Vorstand des Landesverbandes Brandenburg.

p.stier.berlin@aol.de



An alle Mitglieder

von Christoph Raabs

Liebe ÖDP-Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

hinter uns liegt ein wahrlich heißer Oktober. Nicht nur das Wetter hielt hohe Temperaturen parat, auch die Wahlkämpfe in Bayern und Hessen, sowie die daraufhin erfolgten Reaktionen in Berlin, trieben vielen von uns die Schweißperlen auf die Stirn.

Ich möchte auch an dieser Stelle noch einmal den aktiven Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern in Bayern und Hessen für die herausragende Arbeit der letzten Wochen danken. Euer aller Einsatz hätte in der Tat weitaus bessere Wahlergebnisse verdient, als jene, die nun in den Büchern stehen. Ich weiß, dass es vielerorts gelungen ist, durch Überzeugungsarbeit am Infostand, durch gute Auftritte in Podiumsdiskussionen und durch insgesamt sympathisches und authentisches Argumentieren den ein oder anderen Wähler auf unsere Seite zu ziehen. Allerdings müssen wir nun unter dem Strich feststellen, dass es für einen nennenswerten Schritt nach vorne nicht ausreicht, jede Wählerin und jeden Wähler einzeln von unserer Sache begeistern zu wollen.

Als politische Partei mit einem Vollprogramm, und dem daraus abgeleiteten Anspruch, für breite Schichten der Bevölkerung eine wählbare Alternative anbieten zu wollen, können wir mit 1,6 % in Bayern und 0,3 % in Hessen nicht zufrieden sein. Unser Europaabgeordneter Klaus Buchner hat in seiner Rede in Bingen davon gesprochen, dass für eine Verteidigung des Mandates im kommenden Jahr etwa 300.000 Wähler nötig sein werden. Damit liegt die Messlatte für einen Wahlerfolg der ÖDP bei der Europawahl sehr hoch.

Der Bundesvorstand befasst sich bereits seit einigen Wochen mit der Vorbereitung des EU-Wahlkampfes. Zu diesem Zweck wurden mehrere Arbeitsgruppen gebildet, die sich u.a. mit Social Media, Layout, Radio- und Fernsehwerbung, und natürlich mit Strategieüberlegungen befassen. Einig sind sich die handelnden Personen darin, dass wir im kommenden Jahr etwas anderes versuchen müssen, als in den letzten Jahrzehnten. Es muss uns diesmal gelingen, den Kern der ÖDP herauszuarbeiten und an die Bürgerinnen und Bürger zu transportieren. Der Wahlkampf muss den Gesetzen der Werbung folgen, die seit Langem verstärkt auf die Erzeugung eines Images setzt, und weniger auf die Vermittlung von Daten und Fakten.



Christoph Raabs bei seiner Rede am 55. Bundesparteitag

Unsere Überlegung daher: Über starke Gefühle in den Bauch, nicht mit Programmzitate in den Kopf!

Dass wir mit diesem Ansatz anscheinend richtig liegen, beweist gerade auch die Diskussion um Merksels Nachfolge in Berlin. So wird gemutmaßt, in welche Richtung der/die neue Vorsitzende denn die CDU bewegen könnte. Da ist viel von rechten und linken Flügeln, von wertkonservativ, liberal, wirtschaftsfreundlich, modern etc. die Rede. Und es ist nichts zu hören von Programmlagen, Beschlüssen oder Gesetzesvorlagen. Die CDU sucht ihren Platz im Parteiengefüge, so wie dies auch die SPD mit wachsender Verzweiflung tut. Und auch die ÖDP wird sich einsortieren müssen, ob uns das gefällt oder nicht. Unser EU-Programm für 2019 ist umfassend und ausgewogen. Es bildet damit eine gute Grundlage für einen Wahlerfolg. Entscheidend wird aber sein, unter welchem Blickwinkel, und mit welcher großen Klammer wir die Partei mit ihrem Programm nach außen hin darstellen können.

Es muss uns gelingen, die Wachstumskritik als unseren Markenkern so zu präsentieren, dass sichtbar wird, wie sehr sich die Lebensqualität jedes Einzelnen verbessern könnte. Viele Menschen in ganz Europa haben erkannt, dass sich nicht nur das Klima überhitzt, sondern auch unser gesamtes gesellschaftliches Leben. Am Ende bleiben ausgebrannte Seelen und gefühlte Leere inmitten des Überflusses. Hier unsere Stimme hörbar zu machen, mit der Forderung, das richtige Maß wieder zu finden, sehe ich als eine, vielleicht als unsere einzige Chance. Ich glaube, diese Ansprache werden viele Wählerinnen und Wähler ohne lange Erklärungen verstehen.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Christoph Raabs
Bundesvorsitzender

Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

Gemeinsame Konferenz der Bundesarbeitskreise

Mitte September 2018 hat der Bundesvorstand der ÖDP sämtliche Vertreter der Bundesarbeitskreise, der Bundesvereinigungen sowie der Bundesprogrammkommission zu einer gemeinsamen Konferenz nach Würzburg eingeladen. Ziel des Treffens war die Verbesserung der Programmarbeit der ÖDP. So soll es mehr Flexibilität beim Zuschnitt der Arbeitskreise geben, damit eine zielgenauere inhaltliche Arbeit möglich ist. Außerdem sollen externe Experten stärker in die fachliche Arbeit eingebunden werden können. Der Bundesvorstand wird zu aktuellen Themen auch kurzfristig Experten in Kommissionen einsetzen. Auch soll diskutiert werden, ob bestimmte Bundesarbeitskreise ggf. in Bundesvereinigungen umgewandelt werden können. Im Sommer 2019 will man sich wieder in dieser Runde treffen.

Vorbereitung der Europawahl

Am 17.11.2018 steht eine Sitzung des Bund-Länderrates an, auf dem die bevorstehende Europawahl vorbereitet werden soll. Danach findet eine Klausurtagung des Bundesvorstandes statt, zu dem auch die Spitzenkandidaten der EU-Bundesliste der ÖDP geladen sind. Der Bundesvorstand hat zudem Arbeitsgruppen, z.B. zu den Bereichen Strategie und Werbemittel, eingesetzt.

Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Oktober 2018

Der Bundesverband bedankt sich zunächst einmal herzlich bei allen

Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern in Bayern und Hessen.

Die ÖDP hat bei der Landtagswahl in Bayern lediglich 1,6 % der Stimmen erhalten (2013: 2,0 %). In absoluten Stimmen bedeutet dies einen Rückgang von rund 27.000 Stimmen auf rund 211.000 Stimmen. Es war von Anfang an klar, dass von ungünstigen Rahmenbedingungen auszugehen war, vor allem durch die größere Auswahl von neu kandidierenden Parteien sowie eine immer aggressivere Art, Wahlkampf zu führen.

In Hessen konnten wir uns von 0,1 auf 0,3 % steigern und auch in einigen Wahlkreisen ordentliche Erststimmenergebnisse erringen. In absoluten Zahlen hat sich die ÖDP von 4024 auf 7520 Zweitstimmen (Landesstimmen) gesteigert. Den größten Zugewinn an absoluten Stimmen hat die ÖDP im Regierungsbezirk Darmstadt zu dem auch das Rhein-Main-Gebiet gehört. Aber auch der punktuelle Einsatz mit Plakatierung und anderen Wahlkampfmaßnahmen führte zu Stimmenzuwächsen im Raum Gießen, Fulda und dem Vogelsberg bei den Landesstimmen.

Gut 1.300 Stimmen Zugewinn an Zweitstimmen gab es in den sechs Landtagswahlkreisen, in denen Direktkandidaten der ÖDP angetreten sind. Trotzdem können uns diese Ergebnisse nicht zufrieden stellen. Daher müssen wir in Zukunft noch stärker das Profil der ÖDP weiter entwickeln und im Wahlkampf thematisieren. Ein reiner Themenwahlkampf wird uns vermutlich nicht weiterhelfen. Die Erkenntnisse der

Wahlen werden bei den Planungen für die EU-Wahl berücksichtigt. Ideen und Stellungnahmen unserer Mitglieder zu dieser Grundüberlegung würden mich sehr interessieren.

ÖDP weiterhin in vier Bezirkstagen vertreten

Die ÖDP hat bei den Bezirkstagswahlen insgesamt 5 Sitze gewonnen, einen Sitz weniger als 2013. Die Ergebnisse auf dieser Ebene veränderten sich in einem ähnlichen Trend wie bei den gleichzeitig stattfindenden Landtagswahlen. Mit 2,6 % wurden Bürgermeister Rolf Beuting (Murnau) und Markus Raschke (München) neu in den Bezirkstag Oberbayern gewählt. Mit 3,7 % wurde der 2. Bürgermeister Urban Mangold (Passau) erneut in den Bezirkstag von Niederbayern gewählt. Der Memminger Alexander Abt wurde mit 2,1 % in den Bezirkstag Schwaben und die Mönchsrotherin Ingrid Malecha mit 1,8 % in den Bezirkstag Mittelfranken wiedergewählt. Der ÖDP-Bundesverband gratuliert an dieser Stelle allen neu gewählten Bezirksräten. Leider reichte es im Bezirkstag Oberpfalz mit 2,5 % nicht mehr für einen Sitz, den bisher der Regensburger ÖDP-Stadtrat Joachim Graf innehatte. Wir danken allen für die geleistete Arbeit für die ÖDP und die Menschen der Region.

Dr. Claudius Moseler

Generalsekretär,
ÖDP Bundespolitisches und Kommunalpolitisches Büro
Neckarstr. 27-29
55118 Mainz
Tel.: (0 61 31) 67 98 20
Fax: (0 61 31) 67 98 15



politik@oedp.de

Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Dr. Klaus Buchner

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Das Thema Menschenrechte hat mich in den vergangenen Monaten wieder sehr beschäftigt. Im September habe ich mich mit einer Gruppe von Bürgern aus Hongkong getroffen, die mir über die Situation der Menschenrechte vor Ort berichtet haben. Im Jahr 1997 wurde Hongkong als britische Kolonie aufgelöst und der Volksrepublik China übergeben. Seitdem ist es eine chinesische Sonderverwaltungszone unter Beibehaltung einer freien Marktwirtschaft und hoher innerer Autonomie. In Hongkong ist die Schere zwischen Arm und Reich sehr weit aufgegangen: Der Anteil der Millionäre und Milliardäre ist in Hongkong so hoch wie sonst nirgends auf der Welt, demgegenüber leben aber rund 20 % der Menschen deutlich unter der Armutsgrenze. Die Kritik an diesen sozialen Missständen und der Ruf nach mehr demokratischer Mitbestimmung bilden die Hauptthemen der Proteste und Demonstrationen in jüngster Zeit. Den Kontakt zu den Bürgern aus Hongkong hatte die Gesellschaft für bedrohte Völker hergestellt. Ich finde es enorm wichtig, mich regelmäßig mit NGOs, die sich für Menschenrechte einsetzen, auszutauschen. Nur gemeinsam können wir Druck auf Regierungen machen und den von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen zeigen, dass wir an ihrer Seite stehen.

Auch die Situation im Iran bereitet mir Kopfzerbrechen. Das wichtigste Ziel ist und bleibt es, ein nukleares Wettrüsten im Mittleren Osten zu verhindern. Die Europäische Union setzt sich geschlossen für die Aufrechterhaltung des Nuklear-Abkommens ein, auch wenn die USA dieses Abkommen einseitig aufgekündigt haben. Insbesondere müssen die europäischen Unternehmen, die im Iran investieren, Planungssicherheit haben und notfalls von der Europäischen Investitionsbank finanziell unterstützt werden – auch gegen den massiven Sanktionsdruck der USA. Der Iran hat sich nachweislich an alle Verpflichtungen des Atom-Abkommens gehalten, der Schritt der Amerikaner, die Verträge zu kündigen, war ein großer Fehler.

Kommentiert habe ich auch die Rede von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Dieser hat zwar recht, wenn er sagt, dass wir uns gegen antieuropäische Kräfte innerhalb und außerhalb Europas stellen müssen. Aber die Antwort darauf kann nicht eine stärkere Militarisierung sein.



Gespräch über Menschenrechte in Hongkong. Auf dem Foto (v. l. n. r.): Heidi Wang-Kaeding, Benny Tai, Prof. Buchner, Carol Jones, Prof. Weidenholzer, Malte Kaeding, Joseph Lian, Tim Pringle

Juncker legt in seiner Rede einen besonderen Fokus auf die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten und fordert, Handelsverträge auf Augenhöhe auszuhandeln. Diese Idee ist zwar gut, aber die aktuellen Verhandlungen der Verträge mit afrikanischen Staaten zeigen genau das Gegenteil: Der afrikanische Markt soll mit hochsubventionierten europäischen Produkten geflutet werden und so die einheimische Wirtschaft zerstören. Das ist kein Handel auf Augenhöhe!

Ich setze mich für einen fairen Handel ein, der das Gemeinwohl vor die Interessen der Großkonzerne stellt. Die Parlamente müssen über die Verträge frühzeitig informiert werden und dann darüber abstimmen. Das Vorsorgeprinzip muss verankert werden und Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreter der Zivilgesellschaft müssen in die Verhandlungen mit einbezogen werden. Auf die Wahrung der Menschenrechte muss ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Nur so funktioniert eine Handelspolitik „auf Augenhöhe“.

Es grüßt Sie
Ihr

Klaus Buchner

Bundesparteitag und Aufstellungsversammlung zur EU-Wahl 2019

Rund 150 delegierte Vertreterinnen und Vertreter trafen sich am 27. und 28. Oktober in Bingen am Rhein, um dort die Kandidatinnen und Kandidaten der ÖDP für die Europawahl 2019 zu küren. Prof. Dr. Klaus Buchner führt die Bundesliste der ÖDP erneut an.

von Dr. Claudius Moseler

Mit Spannung war die Aufstellungsversammlung zur Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten der ÖDP zur Europawahl in Bingen erwartet worden. Für die ersten 10 Listenplätze gab es in vielen Fällen Kampfkandidaturen. Dennoch wurde eine Liste erstellt, bei der unter den ersten zehn Listenplätzen, die auch namentlich mit Beruf, Wohnort und Bundesland auf dem Stimmentzettel erscheinen, die Bewerberinnen und Bewerber aus immerhin neun Bundesländern stammen.

Erwartungsgemäß wurde unser Europaabgeordneter Prof. Dr. Klaus Buchner (München, Bayern) bei fünf Gegenkandidaten mit 110 von 148 Stimmen deutlich auf Platz 1 der Liste gewählt. Er konnte bei den Stimmberechtigten mit seiner großen Erfahrung und seinen vielen politischen Initiativen im Europaparlament punkten. In seiner Rede hob er seine Mitwirkung am Dual-Use-Bericht sowie seine Kampagne gegen die unnötige Verwendung von Reserve-Antibiotika in der industriellen Massentierhaltung hervor.

Auf Platz 2 konnte sich in einer Stichwahl die Juristin und EU-Referentin für Umwelt & Landwirtschaft, Manuela Ripa aus Saar-



Dr. Björn Benken leitete zum letzten Mal das Parteitagspräsidium.

brücken mit 86 Stimmen gegen zeibeame und schwäbische ÖDP-Alexander Abt (39 Stimmen) durch- Bezirksrat Alexander Abt, der in setzen. Manuela Ripa ist stellvertre- Memmingen (Bayern) lebt, wurde

Prof. Klaus Buchner konnte bei den Stimmberechtigten mit seiner großen Erfahrung und seinen vielen politischen Initiativen punkten.

tende Landesvorsitzende des wieder neu belebten Landesverbandes im Saarland und Mutter zweier Kinder. Sie prangerte in ihrer Rede den maßlosen Konsum in Europa mit scharfen Worten an. Der Poli-

nach einer kämpferischen Rede zur Zukunft der ÖDP mit 73 von 122 Stimmen im ersten Wahlgang auf Platz 3 der Europaliste gewählt.

Der Grundschullehrer Jens-Eberhard Jahn aus Leipzig (Sach-

sen) sowie der Chemotechniker Guido Klamt, Landesvorsitzender der ÖDP Baden-Württemberg aus dem Kreis Ludwigsburg folgen auf den Plätzen 4 und 5. Als Kandidat des hohen Nordens wurde der Dipl.-Finanzwirt Volker Behrendt, Landesvorsitzender der ÖDP Hamburg, auf Platz 6 gewählt. Als junge Kandidatin und Mitglied der



Emilia Kirner, 1. stellv. Bundesvorsitzende der Jungen Ökologen, hielt das Grußwort für die Jugendorganisation der ÖDP.

Unterstützungsunterschriften

Die ÖDP muss gemäß dem Europawahlgesetz mindestens 4.000 Unterstützungsunterschriften bundesweit für die Teilnahme an der Europawahl sammeln. Der Bundesverband wird in den nächsten Wochen dazu auf die Kreisverbände zukommen, um die Sammlung entsprechend zu organisieren. Wir bitten um Ihre Mithilfe.

Jungen Ökologen (JÖ) wurde die 27-jährige Berlinerin Lisa Stemmer von den Vertreterinnen und Vertretern der Landesverbände auf Platz 7 aufgestellt. Der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende und Bio-Winzer Johannes Schneider aus Maring-Novianand steht auf Platz 8. Alle Kandidaten ab Platz 4 konnten sich erst in Stichwahlen durchsetzen.

Auf Platz 9 wurde im ersten Wahlgang die stellvertretende

NRW-Vorsitzende und technische Einkäuferin Renate Mäule aus Hagen gewählt, auf Platz 10, in einer Stichwahl, die hessische Landesvorsitzende Angela Binder, die freiberuflich tätig ist. Insgesamt wurden vom Parteitag für die Europawahl 99 Bewerberinnen und Bewerber gewählt (siehe S. 48).

In einem Leitantrag hatte der ÖDP-Bundesvorstand die Schwerpunkte zur bevorstehenden Europawahl auf die Tagesordnung gesetzt. Dieser Antrag, der unter der Mitwirkung der Landesverbände entstand, trägt die Überschrift: „Die ÖDP steht für den Erhalt der Lebensgrundlagen – für wirksamen Klimaschutz und umweltgerechte Wirtschafts- und Agrarpolitik in Europa“. Der Leitantrag des Bundesvorstands enthält einerseits ein klares Bekenntnis zu einem Europa der Bürger und der Regionen, andererseits betont er zahlreiche erforderliche Reformen der



Prof. Dr. Klaus Buchner (li.) gratuliert Manuela Ripa (re.) zu ihrer Wahl auf den zweiten Listenplatz.

EU-Politik sowie der EU selbst. Mit Ergänzungsanträgen wurde eine sofortige Beschränkung von Rüstungsexporten von EU- und NATO-Staaten gefordert sowie ein Kapitel zum Tier- und Verbraucherschutz von den Delegierten ergänzt. Die Anträge wurden schließlich mit großer Mehrheit von den Delegierten beschlossen.

Abgelehnt wurden hingegen drei weitere Anträge, die sich mit Änderungen und Ergänzungen zum bereits im Mai 2018 beschlossenen Europawahlprogramm befassen. Dies betraf die Änderung der Präambel sowie Ergänzungen zu den Themen Bürgerkonvent und Bürgerräte.



Manuela Ripa und Alexander Abt (Listenplatz 3) posieren fürs Foto.

Videos zum Parteitag finden Sie in unserem Youtube-Kanal unter:

www.youtube.com/user/oedptv



Damit ist die Programmdebatte im Hinblick auf die EU-Wahl nun vollständig abgeschlossen.

Der Bundesvorstand erhielt in einem weiteren Antrag den Arbeitsauftrag, sich stärker mit dem Thema Gemeinwohlökonomie zu befassen. In Zusammenarbeit mit den anderen zuständigen Gremien sollen die ÖDP-Programme auf widersprüchliche Aussagen zur Gemeinwohlökonomie überprüft wer-




den. Ein Antrag zur Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Fleisch- und Milchprodukte wurde hingegen abgelehnt. In Teilen beschlossen wurde ein Antrag zum Thema „Kinderrechte im Grundgesetz“, mit dem der Artikel 6 im Grundgesetz ergänzt werden soll.






Die Arbeit in Bingen war von einer konstruktiven und sachlichen Atmosphäre geprägt. Die Kandidatinnen und Kandidaten gingen respektvoll miteinander um. Wir im Bundesverband gehen davon aus, dass es aufgrund der allgemeinen politischen Großwetterlage, wohl eher nicht zu einer kurzfristigen Wiedereinführung einer Sperrklau-



Delegierte bei der Abstimmung

aufgestellt am 27. / 28. Oktober 2018 durch die Vertreterversammlung in Bingen/Rhein

	1	Prof. Dr. Klaus Buchner	MdEP, Physiker	LV Bayern
	3	Alexander Abt	Polizeibeamter	LV Bayern
	5	Guido Klamt	Chemotechniker	LV Baden-Württemberg
	7	Lisa Stemmer	Fachassistentin	LV Berlin
	9	Renate Mäule	Technische Einkäuferin	LV Nordrhein-Westfalen

	2	Manuela Ripa	Juristin	LV Saarland
	4	Jens-Eberhard Jahn	Grundschullehrer	LV Sachsen
	6	Volker Behrendt	Dipl.-Finanzwirt (Betriebsprüfer)	LV Hamburg
	8	Johannes Schneider	Winzer, Dipl.-Ing. oen	LV Rheinland-Pfalz
	10	Angela Binder	freiberuflich	LV Hessen

11	Agnes Becker	Tierärztin	LV Bayern
13	Paula Stier	Studentin	LV Brandenburg
15	Jorgo Chatzimakakis	Generalsekr. Hydrogen Europe	LV Saarland
17	Kurt Rieder	Diplom-Verwaltungswirt (FH)	LV Nordrhein-Westfalen
19	Klaus Mrasek	Polizeibeamter	LV Bayern
21	Tobias Ruff	Gewässerökologe	LV Bayern
23	Thomas Müller	Apotheker	LV Bayern
25	Urban Mangold	2. Bürgermeister	LV Bayern
27	Dr. Claudius Moseler	Dipl.-Geograph	LV Rheinland-Pfalz
29	Ludwig Maier	Heilerziehungspflegerhelfer	LV Bayern
31	Dr. Reinhold Reck	Asylsozialberater	LV Bayern
33	Dr. Hauke Stöwsand	Rechtsanwalt	LV Bayern
35	Jürgen Reuß	Industriekaufmann	LV Hessen
37	Josef Wagner	Mathematiker	LV Baden-Württemberg
39	Frieda Büchner	Studentin	LV Thüringen
41	Christine Stankus	Gymnasiallehrerin	LV Baden-Württemberg
43	Yasmin Finkbohner	Kunsthistorikerin, Geographin	LV Hessen
45	Franz Pohlmann	Dipl.-Ing. agr.	LV Nordrhein-Westfalen
47	Christian Holdt	Online-Marktforscher	LV Bayern
49	Wolfgang Winter	kfm. Angestellter	LV Bayern
51	Lucia Fischer	Wirtschaftsinformatikerin	LV Bayern
53	Sieglinde Josefine Zierke	Arztpraxismanagerin	LV Bayern
55	Christian Pettinger	Software-Ingenieur	LV Bayern
57	Bernhard Schmitt	Geschäftsführer	LV Bayern
59	Richard Borrmann	Oberbauteil. Spezialtiefbau	LV Berlin
61	Franz Hofmaier	EDV-Systemplaner	LV Bayern
63	Jürgen Osterlänger	Entwicklungsingenieur	LV Bayern
65	Eduard Boeser	Krankenhausangestellter	LV Bayern
67	Werner Roleff	Pastoralref./Klinikseelsorger	LV Nordrhein-Westfalen
69	Hans Kauert	Elektroinstallateur-Meister	LV Nordrhein-Westfalen
71	Walter Stadelmann	Diakon/Case Manager	LV Bayern
73	Hanno Sombach	Anwendungsentwickler	LV Bayern
75	Reinhard Hümmel	Kaufm. Angestellter	LV Bayern
77	Dirk Uehlhein	Steuerberater	LV Baden-Württemberg
79	Peter Limmer	Briefzusteller	LV Bayern
81	Michael Krapp	Geschäftsführer	LV Nordrhein-Westfalen
83	Dieter Zielke	Dipl.-Volkswirt	LV Baden-Württemberg
85	Doris Hüben-Holomos	Kfm. Geschäftsführerin	LV Bayern
87	David Gundlach	Dachdecker	LV Rheinland-Pfalz
89	Peter Schädel	Lehrer i. R.	LV Mecklenburg-Vorpommern
91	Franziska Frühholz	Arztshelferin	LV Bayern
93	Heidi Schilling	Bio-Landwirtin	LV Bayern
95	Pablo Ziller	Dipl.-Politologe	LV Berlin
97	Stephan Schmidt	Steuerungstechniker	LV Bayern
99	Markus Raschke	Projektmanager	LV Bayern

12	Martin Truckenbrodt	IT-Administrator	LV Thüringen
14	Tim-Oliver Kray	Student	LV Niedersachsen
16	Bernd Wimmer	Informatiker	LV Bayern
18	Dr. Krzysztof Malowaniec	Diplom-Informatiker (PL)	LV Bayern
20	Barbara Engleder	Verwaltungsangestellte	LV Bayern
22	Martin Schauerte	Service-Manager IT	LV Nordrhein-Westfalen
24	Ute Göggelmann	Pfarrsekretärin	LV Baden-Württemberg
26	Helmut Kauer	Service-Techniker	LV Bayern
28	Jessica Kratz	Kommunikationsdesignerin	LV Nordrhein-Westfalen
30	Carina Peretzke	Pressereferentin	LV Nordrhein-Westfalen
32	Dirk Zimmermann	Architekt	LV Sachsen
34	Susann Mai	Krankenschwester	LV Thüringen
36	Willi Reinbold	Diplom-Finanzwirt (FH), Ökologe	LV Bayern
38	Katharina Molitor	Theaterregisseurin	LV Saarland
40	Sebastian Högen	Imker	LV Sachsen
42	Jochen Piehl	Sozialversicherungsfachangestellter	LV Rheinland-Pfalz
44	Klaus Wilhelm	Rentner	LV Rheinland-Pfalz
46	Heide Weidemann	Kommunalbeamtin a. D.	LV Rheinland-Pfalz
48	Friedrich Zahn	Lehrer i. R.	LV Baden-Württemberg
50	Peter Jonny Hofer	Persönlichkeits- & Marketingtrainer	LV Rheinland-Pfalz
52	Dr. Peter Schneider	Informatiker	LV Thüringen
54	Christoph Ley	Arzt	LV Nordrhein-Westfalen
56	Steven Wiegel	Dachdeckermeister	LV Rheinland-Pfalz
58	Johannes Stirberg	Rentner	LV Nordrhein-Westfalen
60	Leander Hahn	Altenpfleger	LV Rheinland-Pfalz
62	Klaus Göggelmann	Realschullehrer	LV Baden-Württemberg
64	Michael Andres	Betriebsratsvorsitzender	LV Mecklenburg-Vorpommern
66	Klaus-Dieter Hoffmann	Schauspieler	LV Saarland
68	Manfred Reinhart	Gymnasiallehrer	LV Bayern
70	Patrick Ehlich	Sachbearbeiter	LV Berlin
72	Franz Weber	Lehrer i. R.	LV Baden-Württemberg
74	Dr. Ulrich Honecker	Dipl.-Geograph	LV Saarland
76	Prof. Dr. Felix Leinen	Mathematiker	LV Rheinland-Pfalz
78	Prof. Dr. Herbert Einsiedler	Professor	LV Nordrhein-Westfalen
80	Martin Kiefer	Juwelier	LV Thüringen
82	Jens Look	Postbeamter	LV Berlin
84	Angelika Hagedorn	Gemeindepädagogin	LV Nordrhein-Westfalen
86	Günther Newen	Techn. Angestellter	LV Rheinland-Pfalz
88	Dr. Harald Graetschel	Biologe	LV Berlin
90	Stefanos Miaris	Polizeibeamter	LV Nordrhein-Westfalen
92	Heiko Helmbrecht	Software-Entwickler	LV Bayern
94	Walter Widler	Dipl.-Betriebswirt	LV Baden-Württemberg
96	Martin Weinmann	Krankenpfleger	LV Baden-Württemberg
98	Erik Hofmann	Winzer	LV Rheinland-Pfalz

Baden-Württemberg

Vorbereitungen zur Kommunalwahl 2019

In Baden-Württemberg nehmen die Vorbereitungen zur Kommunalwahl inzwischen konkrete Formen an. So sind in folgenden Kreisen Antritte geplant: Heilbronn, Rems-Murr, Schwäbisch Hall, Rottweil, Emmendingen, Biberach, Ravensburg und Heidenheim. Auch in der Region Stuttgart werden wir wieder antreten. Hinzu kommen Planungen für Antritte in folgenden Gemeinden: Bad Rappenau, Stuttgart, Urbach, Waiblingen, Schramberg, Denzlingen, Teningen, Friedrichshafen, Dischingen und Gerstetten. Des Weiteren ist ein Antritt noch im Kreis Waldshut sowie in Albrück, Straubenhardt, Adelsheim und Freiburg möglich. In allen diesen Kreisen und Gemeinden suchen wir dringend noch Kandidat(inn)en. Wenn Sie selbst zur Kandidatur bereit sind oder eine Person kennen, die bereit sein könnte, dann melden Sie sich doch bitte umgehend bei dem Landesgeschäftsführer Uli Stein. Ob die ÖDP bekannter wird und vorankommt, hängt in einem hohen Maße von unserer Präsenz in den Kreisen und Kommunen ab. Wo wir vor Ort aktiv sind, erzielen wir gewöhnlich die besten Wahlergebnisse.

Auch in den vergangenen Monaten mangelte es nicht an Aktivitäten. So unterstützt die ÖDP Baden-Württemberg weiterhin gemeinsam mit einem Bündnis den von Mehr Demokratie e.V. initiierten Volksantrag „Mehr Demokratie in den Landkreisen“ (www.mitentscheiden.de), mit dem gefordert wird, in Baden-Württemberg auf der Ebene der Landkreise Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und Einwohneranträge einzuführen. Benötigt werden für die Zulassung des Volksantrags 39000 Unterschriften, die sämtlich bis zum 13. Februar 2019 vorliegen müssen. Im Rahmen der Unterschriftensammlung für den Volksantrag nahm die ÖDP am 14. Juli auch an der Demonstration für mehr Bürgermitsprache in Göppingen teil.

Sehr erfolgreich sind die inzwischen schon zu einer festen Institution gewordenen Bücherflohmärkte der ÖDP in Bad Rappenau und Heilbronn. Die Auswahl an Büchern ist immer riesig und das Interesse groß. Abgegeben werden die Bücher gegen eine freiwillige Spende. Zuletzt gingen jeweils 1.000 Euro Spende an die Südstadtkids Heilbronn und an die Behindertenschule Heilbronn-Sontheim. Südstadtkids ist eine sozialmissionarische Einrichtung. Deshalb ist es ihr ein Anliegen, den Kindern und Jugendlichen unter anderem auch Werte und Grundlagen des christlichen Glaubens zu

vermitteln. Prävention und Integration (schulisch, beruflich und gesellschaftlich) sind Teil der zahlreichen Angebote. Neben dem Buchverkauf bieten die Bücherflohmärkte auch weitere Aktivitäten: Beispielsweise können Kinder ein kleines Insektenhotel bauen. Insektenhotels schaffen Lebensräume für viele nützliche Insekten, wie zum Beispiel Wildbienen, und sollten in keinem Garten fehlen.

Außerdem trafen sich Mitglieder und weitere Interessierte der Kreisverbände Reutlingen, Tübingen und Esslingen bei Manuela und Markus Heim in Walddorfhäslach (Kreis Reutlingen), um sich auf ihrem kleinen, der Selbstversorgung dienenden Acker über ihre Er-



Bücherflohmarkt des KV Heilbronn

fahrungen im Rahmen des Forschungsprojektes „1000 Gärten – Das Soja-Experiment“ zu informieren. Das Projekt wurde von der Landessaatzuchtanstalt der Universität Hohenheim und dem Tofu-Hersteller Taifun initiiert. Ziel ist die Förderung des biologischen, gentechnikfreien Anbaus von Sojabohnen in Deutschland. Heimisches Soja soll genmanipuliertes, häufig Tausende von Kilometern aus Übersee (meist Amerika) transportiertes Soja ersetzen. Dazu gilt es, die besten Sorten und Stämme, aus denen neue Sojasorten gezüchtet werden können, herauszufinden.

Am 29. September fand in Stuttgart der Landesparteierrat statt. Dieser war zum einen vom Austausch und der Information u.a. über die bevorstehende Kommunalwahl geprägt, zum anderen von Vorträgen und Diskussionen zum Thema „Flächenfraß“. Hier ging es in erster Linie um den Zusammenhang von Bevölkerungsentwicklung und Flächenfraß sowie um Wege ökologisch und sozial verträglicher Innenentwicklung von Gemeinden.

Am 3. und 4. November wird die ÖDP mit einem Stand auf dem Heldenmarkt – Die Messe für alle, die

was besser machen wollen in Stuttgart vertreten sein. Ebenfalls in Stuttgart findet am 1. Dezember der nächste Landesparteitag statt. Auf diesem soll u. a. das Ergebnis der Mitgliederbefragung zur weiteren Entwicklung der ÖDP diskutiert werden.

*Kontakt: Landesgeschäftsführer Uli Stein
Tel.: (0711) 636 46 44
info@oedp-bw.de*

*Regionalbeauftragter Matthias Dietrich
Tel.: (07121) 88 01 04
matthias.dietrich@oedp-bw.de*

Bayern

Landtags- und Bezirkstagswahl 2018

„Der ÖDP-Landesvorstand hätte sich ein besseres Wahlergebnis erhofft. Die unbegründete Angst vor der verschenkten Stimme hat das Ergebnis verzerrt. Die 5%-Hürde verhindert, dass viele Bürgerinnen und Bürger ihre Zustimmung zu unserem Programm auch in einer Stimmabgabe äußern“, erklärten Landtagsspitzenkandidatin Agnes Becker und ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek zum Ausgang der Wahl. Die bayerische ÖDP will im November das Wahlergebnis beraten. „Resignieren werden wir aber nicht, sondern uns ab sofort gezielt auf die Europawahl im Mai vorbereiten, bei der es keine 5%-Hürde gibt. Wir plädieren dafür, die Parlamentsparteien wie bisher durch außerparlamentarische und direktdemokratische Aktionen in Bewegung zu halten. Gleich im Frühjahr läuft die Eintragungszeit für unser Volksbegehren ‚Rettet die Bienen!‘. Wenn wir dieses Projekt schaffen, ändert sich immens viel in Bayern und die Frage nach der Wirkung



Landesvorsitzender Klaus Mrasek

der ÖDP stellt sich für niemanden mehr“, so Mrasek und Becker.

Erfreulich sei, dass es in den großen Städten München und Nürnberg sowie im Bezirk Oberfranken gelungen ist, leichte Zuwächse zu erkämpfen. „Unser herzlicher Dank geht an alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer, die in den letzten Wochen und Monaten ehrenamtlich und mit viel Herzblut für eine zukunftsfähige Politik eingetreten sind“, so Becker und Mrasek. Über 3% bei den Gesamtstimmen lag die ÖDP in den Stimmkreisen Rottal-Inn (3,6%), Memmingen (3,6%), Passau-Ost (3,5%), Passau-West (3,3%), Straubing (3,2%) und Weilheim-Schongau (3,0%). Erststimmenergebnisse über 4% erzielten nur Prof. Dr. Buchberger im Stimmkreis Memmingen (4,1%) und Walter Dankesreiter im Stimmkreis Passau-West (4,0%). Die Analyse fällt nicht leicht: Unter den Kreisverbänden, die erhebliche Verluste einstecken mussten, sind auch tophaktive mit großen Kreistags- oder Stadtratsfraktionen. In einem Stimmkreis fand zeitgleich mit der Wahl ein Bürgerentscheid statt, den die ÖDP als einzige Partei aktiv unterstützte. Auf das Wahlergebnis wirkte sich der Einsatz trotzdem nicht aus.

Ganz offensichtlich hatten viele für die ÖDP grundsätzlich erreichbare Bürgerinnen und Bürger diesmal die Grünen gewählt, um dem Erstarken der AfD und der CSU ein parlamentarisches Gewicht gegenüberzustellen. Leider ist es uns nicht gelungen, die Botschaft zu transportieren, dass es kaum einen Unterschied macht, ob dieses Gegengewicht 15 oder 18% erhält. Ein entsprechender Zuwachs bei der ÖDP hätte dagegen eine völlig neue Dynamik für eine ökologische Politik entfachen können.

Auffallend ist, dass alle kleineren Parteien gegenüber der Landtagswahl 2013 Stimmen verloren haben.



Landesspitzenkandidatin Agnes Becker

Zulegen konnten ausnahmslos jene Parteien, denen bei den vorherigen Umfragen der Einzug in den Landtag prognostiziert worden war. Es darf daher vermutet werden, dass der Anteil taktischer Wähler diesmal weit höher lag als noch vor 5 Jahren. Vor diesem Hintergrund dankt die ÖDP ihren bayerischen Wählerinnen und Wählern, die ihrer Überzeugung treu geblieben sind. Und natürlich allen aktiven Wahlkämpfern für ihren unermüdlichen Einsatz. Zwar konnte an der Wahlur-



Rolf Beuting



Markus Raschke



Alexander Abt



Urban Mangold



Ingrid Malecha

ne kein dem Aufwand angemessener Ertrag eingefahren werden. In den letzten Monaten hat die bayerische ÖDP aber über 400 neue Mitglieder gewonnen. Dies nährt die Hoffnung darauf, dass unsere Partei auch in den kommenden Jahren eine starke, wahrnehmbare außerparlamentarische Opposition darstellen wird.

Bei der zeitgleich stattfindenden Bezirkstagswahl konnte die ÖDP in Oberbayern mit den neu gewählten Bezirksräten Rolf Beuting und Markus Raschke zwei Mandate halten. In Schwaben, Niederbayern und Mittelfranken wurden die amtierenden Bezirksräte Alexander Abt, Urban Mangold und Ingrid Malecha wieder gewählt. In der Oberpfalz mit nur 16 Mandaten und der folglich größten Mandatschürde hat es für unseren Bezirksrat Jockl Graf leider nicht mehr gereicht.

*Kontakt: ÖDP Bayern
Heuwinkel 6, 94032 Passau
Tel.: (08 51) 93 11-31, Fax: (08 51) 93 11-92
bayern@oedp.de, www.oedp-bayern.de*

Berlin

Neuer Landesvorstand in Berlin

Am Samstag, den 8. September 2018 fand in Berlin-Friedrichshain der ordentliche Parteitag der ÖDP Berlin statt. Der bisherige Landesvorsitzende Manfred Tessin aus Friedenau war nicht mehr angetreten. Zum Landesvorsitzenden wählten die Mitglieder Richard

Borrmann aus Mitte. Neben seiner abgeschlossenen Berufsausbildung hat er seinen Master-Studienabschluss im interdisziplinären Studiengang Wasserwirtschaft gemacht.

Die ökonomische und ökologische Veränderung des natürlichen Systems war Bestandteil seines naturwissenschaftlichen Studiums und hat ihn bis heute geprägt. Sein Ziel ist es, die Partei und ihre Themen wieder verstärkt in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken.

Die bewährten drei Säulen der ÖDP, die ökologische Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, eine familienorientierte Sozialpolitik und die Leidenschaft für die direktdemokratische Teilhabe, sollen im Kern der nächsten zwei Jahre stehen. Dieses Ziel soll sich auch in der Fokussierung auf die Europawahl im Mai 2019 widerspiegeln, sodass die ÖDP an ihren Erfolg, im Europaparlament vertreten zu sein, anknüpfen kann. „Wir erleben in all den Krisen den Offenbarungseid der Kurzfristigkeit. Alle Sektoren sind darauf ausgerichtet, kurzfristig möglichst viel Profit zu machen und die mittel- und langfristigen Kosten auszublenden, zu sozialisieren, auf die Umwelt abzuschieben“, so Klaus Töpfer. Laut dem neuen Landesvorsitzenden versteht sich die ÖDP als politischer Partner zur Vereitelung der weiteren Untergrabung des ökologischen und demokratischen Systems durch staatliche und nicht staatliche Akteure.

Zum ersten stellv. Landesvorsitzenden wählten die Mitglieder das „ÖDP-Urgestein“ Dr. Harald Graetschel aus Spandau. Der Biologe und das ÖDP-Gründungsmitglied hatte bisher das Amt des Beisitzers im Landesvorstand inne und möchte sich weiter verstärkt programmatisch einbringen und die Ökologie in den Mittelpunkt des politischen Handelns stellen.

Als zweite stellv. Landesvorsitzende wurde Lisa Carolin Stemmer aus Lichtenberg gewählt. Als Fachangestellte bei der Bundesagentur für Arbeit möchte sie ihre kontraproduktiven Erfahrungen mit der derzeitigen Sozialpolitik einfließen lassen und sich für die familien-

orientierte Sozialpolitik der ÖDP einsetzen. Weiter wird sie sich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit widmen, um den Bekanntheitsgrad der ÖDP in der Hauptstadt zu verbessern.

Der Diplom-Politologe Pablo Ziller aus Neukölln wurde zur Fortführung seiner Tätigkeit als Schatzmeister auch im neuen Vorstand bestätigt. Seiner sparsamen Haushaltsführung ist es zu verdanken, dass die Finanzen der Berliner ÖDP sich stabilisierten und damit der anstehende Europawahlkampf professionell bestritten werden kann.

Der Angestellte Patrick Ehlich aus Charlottenburg wurde von den Mitgliedern zum Beisitzer im Landesvorstand gewählt. Er wird sich insbesondere der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit widmen, um den Bekanntheitsgrad der ÖDP in der Hauptstadt zu verbessern.

Zu Rechnungsprüfern wurden erneut Dr. Albrecht Walsleben und Dr. Björn Benken gewählt.

Der neue Vorstand dankt allen ausgeschiedenen Landesvorstandsmitgliedern für ihre geleistete Arbeit. Als der Versicherungskaufmann Manfred Tessin sich im November 2016 bereit erklärte, den Landesvorsitz



Der neue Berliner Landesvorstand (v. l.): Pablo Ziller, Richard Borrmann, Lisa Carolin Stemmer, Patrick Ehlich und Dr. Harald Graetschel

zu übernehmen, sah er sich zusammen mit seinen beiden Stellvertretern Florence von Bodisco und Claude Kohnen vor die Aufgabe gestellt, den Landesverband grundsätzlich neu zu strukturieren und für den Bundestagswahlkampf fit zu machen. Durch Stammtische in verschiedenen Berliner Ortsteilen, durch regelmäßige Vortragsveranstaltungen und einen monatlichen Newsletter konnten mehrere Mitglieder, die zuvor nicht aktiv waren, zu einer Mitarbeit bewegt werden. Auf

Anregung des Landesvorsitzenden wurde im Frühjahr ein hochwertiges Themen-Glücksrad angeschafft, welches Anknüpfungspunkte für Gespräche mit Passanten schuf und Kinder glücklich machte. Auch den ausgeschiedenen Mitgliedern des Landesvorstands wünschen wir viel Glück für ihre Zukunft!

*Kontakt: ÖDP Berlin
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel./Fax: (0 30) 49 85 40 50
info@oedp-berlin.de, www.oedp-berlin.de*

Brandenburg

Erster Kreisverband in Brandenburg

10 ÖDP-Mitglieder haben Ende Juli in der Kreisstadt Beeskow den ersten Kreisverband im Landesverband Brandenburg gegründet. Zum Vorsitzenden wurde der Student David-Alexander Astinet gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurde die Biolandwirtin Benedicita von Branca. Zur Schatzmeisterin wählten die Mitglieder die IT-Entwicklerin Dörte Brosch. In der ersten Vollversammlung nach der Gründung ging es um lokale Schwerpunktthemen – z. B. wo Windkraftausbau sinnvoll ist und wo nicht oder wie die Schulwege der Kinder sicherer gestaltet werden können. Es wurden bereits konkrete Aktionen geplant (Exkursion zu Windkraftanlagen, Diskussionsforen zu alternativen Energien und Ernährung, Müllsammelaktion an der Spree, Film- und Infoabende). In einzelnen Orten prüft der Kreisverband eine Teilnahme an der Kommunalwahl im Mai 2019.



Der Vorstand des Kreisverbands Oder-Spree der ÖDP (v. l.): Dörte Brosch (Schatzmeisterin), Benedicita von Branca (Stellv. Vorsitzende), David-Alexander Astinet (Vorsitzender)

Landesparteitag legt Schwerpunkte fest

Beim Landesparteitag im September legten die Mitglieder erste Themenschwerpunkte zur Landtagswahl 2019 fest. So soll es um die Förderung des ökologischen Landbaus gehen und um eine erhebliche Verbesserung der Ernährung in Kita, Schule, Pflegeheim und Krankenhaus. Der Ausstieg aus der Braunkohle, die Förderung regionaler, ökologischer Energiegewinnung und -speicherung sowie der Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe bilden weitere Schwerpunkte. Zur weiteren Entwicklung wurde eine Programmkommission aus drei Mitgliedern gebildet. Die Landtagswahl findet im September 2019 statt. Das Landtagswahlprogramm soll auf dem nächsten Landesparteitag beschlossen werden.

Präsenz in Potsdam

Mit einem Infostand auf dem Umweltfestival zeigte die ÖDP Mitte September in der Landeshauptstadt Präsenz. In der Interessenten- und Mitgliederwerbung soll Potsdam ein Schwerpunktgebiet werden, um auch hier lokale Strukturen aufzubauen und an der Kommunalwahl teilnehmen zu können.

*Kontakt: ÖDP Brandenburg
Reiterweg 1, 14469 Potsdam
info@oedp-brandenburg.de, www.oedp-brandenburg.de*

Hessen

Erfolgreicher Wahlkampf in Hessen

Bei der Landtagswahl am 28.10.2018 konnte der Landesverband Hessen unser Ergebnis von 0,1 auf 0,3 % steigern. Wir erhielten 87 % mehr Stimmen als bei der letzten Landtagswahl 2013. Die ÖDP Hessen wurde damit fünftstärkste Kraft unter den nicht im Landtag vertretenen Parteien.

Dank des aktiven Wahlkampfteams und des unermüdlichen Einsatzes unserer Vorsitzenden Angela Binder haben sich viele, gerade auch neue Mitglieder im Wahlkampf eingebracht. Durch sechs Direktkandidaten, zwei weitere verantwortlich Aktive, ca. weitere 13 Mitglieder und zwei Interessenten wurde in 22 von 55 Wahlkreisen flächendeckend bzw. in weiten Teilen und darüber hinaus einzelne Gemeinden plakatiert, was nach erster Durchsicht meist eine Verdopplung des Ergebnisses brachte, wo stark und professionell plakatiert war.

Hinter diesem Erfolg steht eine langfristige strategische Planung seit 2014 sowie ein umfangreiches Gesamtkonzept zum Aufbau des Gesamtverbandes, das den „Aufbau vor Ort“ von einem zusammenhängenden landesweiten Konzept her angeht. Insbesondere aber einer inhaltlich kohärenten Linie an politischen Forderungen, die Angesprochene überzeugt.



Infostand mit Spitzenkandidatin Angela Binder (li.), Listenkandidat Martin Ratuschny und Mitglied Johanna Rauberger (re.)

Wir konnten mitarbeitende Interessierte und neue Mitglieder gewinnen, sodass der Landesverband jetzt aus 125 Mitgliedern besteht, ein Zuwachs von rund 54 % seit Januar 2017. Wir freuen uns daher auf den Europawahlkampf, bei dem wir die politische Aktivität mit einem klaren Ziel vor Augen fortsetzen können. Wir hoffen, vom Bundesverband gegen Ende Januar EU-Wahlwerbemittel zu erhalten, damit wir mit Infoständen und Vorträgen quasi direkt an diesen Wahlkampf anknüpfen können.

Zur Landtagswahl haben wir konkret ein Landesprogramm, einen Flyer und drei neue Plakatmotive erstellt, gesamt rund 6.000 Plakate, darunter 2.000 neue aufgehängt, rund 28.000 Flyer verteilt, den Werbespot durch einen privaten Sender 20-mal ausstrahlen lassen, je eine Anzeige in allen Ausgaben des Kulturmagazins FRIZZ geschaltet, etliche Infostände betreut, die Facebookseite recht häufig bespielt und Beiträge beworben, den Twitter-Account fast täglich bedient sowie in der letzten Woche Instagram hinzugenommen. Inwiefern Einsatz und Ergebnis genau zusammenhängen könnten, werden wir ab nächste Woche analysieren und die Auswertung im internen Teil der Website interessierten Mitgliedern anderer Landesverbände bzw. in der nächsten Ausgabe der ÖP veröffentlichen.

Ganz herzlich dankt der Vorstand an dieser Stelle allen Mitgliedern, ob sie nun eine Kleinigkeit zum Wahlantritt bzw. zum Wahlkampf beigetragen oder einige Wochen bzw. Monate an Vollzeiteinsatz geleistet haben!

Gesonderter Dank geht auch an Sebastian Högen, der uns Plakate aus dem Osten mitgebracht und in fünf Tagen rund 620 Stück für uns aufgehängt hat, an Volker Behrendt, der unermüdlich unseren Twitter-Account bespielt hat, sowie an unseren Ansprechpartner im Bundesvorstand, Klaus von Birgelen, der in medialen Gestaltungsfragen stets für fachkundigen Rat ansprechbar war.

*Kontakt: ÖDP Hessen
Karlstr.11, 63589 Linsengericht
Tel.: (0 60 51) 72 800
info@oedp-hessen.de, www.oedp-hessen.de*

Nordrhein Westfalen

ÖDP NRW auf der FAIRFRIENDS in Dortmund

Wie auch 2017 war die ÖDP NRW wieder auf der FAIR FRIENDS, der Messe für nachhaltige Lebensstile, Fairen Handel und gesellschaftliche Verantwortung mit einem eigenen Stand vertreten. Die Messe fand vom 06.–09.09.2018 in den Westfalenhallen in Dortmund statt.

Vier Tage mit Gesprächen und Vorträgen sowie Workshops rund um die Themen Nachhaltigkeit, Fairer Handel und gesellschaftliche Verantwortung. Nach dem Start der Petition „Rettet die dunkle Biene“ am Donnerstag und dem Messe-„Tag der Schulen“ mit Besuch von Schulklassen und Wissensralley, kam der größte Besucheransturm am Wochenende. Am Messesonntag beehrte uns Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP mit seinem Vortrag zum Thema Massentierhaltung.



Links: Petra Beck, Mitglied im Landesvorstand; rechts: Stefanos Miaris, Mitglied im Kreisvorstand KV Bonn/Rhein-Sieg

Mit der „Klaus-graust's“-Kampagne zeigt Buchner die Zusammenhänge von industrieller Massentierhaltung und der Entstehung multiresistenter Keime auf. „In der Massentierhaltung werden große Mengen Antibiotika vorbeugend eingesetzt. Wegen der nicht artgerechten Tierhaltung würden die Tiere ansonsten krank werden. Die dadurch entstehenden multiresistenten Keime gelangen über die Gülle auf die Felder und damit ins Grundwasser“, klärt der ÖDP-Politiker auf. Ein Mensch, der mit einem solchen Keim besiedelt sei, zeige in der Regel keine Krankheitssymptome. Überträgt er diesen Keim auf einen kranken oder geschwächten Menschen, führen solche Infektionen immer häufiger zu Multiorganversagen mit Todesfolge. Da diese Folgen überwiegend in Krankenhäusern und medizinischen Einrichtungen auftreten, werden diese Erreger oft als „Krankenhauskeime“ bezeichnet. Rund 100 Menschen



Links: Martin Schauerte, Landesvorsitzender; rechts: Petra Beck, Mitglied im Landesvorstand

lauschten gespannt dem Vortrag, anschließend ergaben sich Frage- und Gesprächsmöglichkeiten. Wir bedanken uns bei allen, die uns am Stand besucht oder unterstützt haben und heißen die neu gewonnenen Mitglieder und Interessenten herzlich willkommen.

*Kontakt: ÖDP NRW
Weseler Str. 19–21, 48151 Münster
Tel.: (02 51) 76 02 67 45
info@oedp-nrw.de, www.oedp-nrw.de*

Rheinland-Pfalz

Johannes Schneider als Landesvorsitzender bestätigt

Die ÖDP Rheinland-Pfalz hat den 61-jährigen Winzer Johannes Schneider aus Maring-Nowiand als Landesvorsitzenden der ÖDP bestätigt. Als stellvertretende



V. l. n. r.: Klaus Wilhelm, Dr. Claudius Moseler, Heide Weidemann, Erik Hofmann, Stephan Krell, Johannes Schneider, Annette Rößler, Jonny Hofer, Andreas Rößler, Prof. Dr. Felix Leinen, Leander Hahn

Landesvorsitzende wurde der Cheffahrer a.D. Klaus Wilhelm (Mainz) und der Winzer Erik Hofmann (Traben-Trarbach) gewählt. Als Landesschatzmeister bestätigte der Parteitag den Dipl.-Mathematiker Prof. Dr. Felix Leinen (Mainz) und als Landesschriftführer den Dipl.-Geografen Dr. Claudius Moseler (Mainz). Zu Beisitzern wählte der Landesparteitag Heide Weidemann (Erden), Jonny Hofer (Westerburg), Stephan Krell (Alzey), Leander Hahn (Idar-Oberstein), Andreas Rößler (Münster-Sarmsheim) und Annette Rößler (Münster-Sarmsheim).

„Angesichts der Politikverdrossenheit ist es dringend notwendig, den Menschen eine Partei mit bürgernahen und unverbrauchten politischen Kräften zu präsentieren – Mensch vor Profit, Wachstumskritik und Firmenspendenfreiheit sind nur einige Werte der ÖDP.“ Vorsitzender Schneider betonte auf dem Landesparteitag, dass die ÖDP in Rheinland-Pfalz bei den Kommunalwahlen im Mai 2019 wieder in einer Reihe von Städten, Kreisen und Gemeinden zur Kommunalwahl antreten werde, so beispielsweise in der Landeshauptstadt Mainz, in den Kreisen Berncastel-Wittlich, Mainz-Bingen und Alzey-Worms. Hierzu laufen bereits die Vorbereitungen im ÖDP-Landesverband.

Das tonnenweise Ablassen von Flugtreibstoff (bei Notlandebedarf kurz nach dem Start) wird nach Meinung der ÖDP von den Behörden verarmlost. Die ÖDP fordert daher, dass die Flugaufsicht Genehmigungen zum „Fuel-Dumping“ zeitgleich veröffentlicht, z. B. über Radio, Verkehrsfunk und Internet sowie soziale Medien, damit sich Betroffene darauf einstellen und davor schützen können.

*ÖDP Rheinland-Pfalz
Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz
Tel.: (0 61 31) 67 98 20, Fax: (0 61 31) 67 98 15
buero@oedp-rlp.de, oedp-rlp.de*

Sachsen

Aufstellungsparteitag

Am Samstag, den 29.09. fand in Dresden der Landesparteitag Sachsen statt. Ziel war es, eine Landesliste für die Landtagswahl in Sachsen aufzustellen. Mit einem einstimmigen Ergebnis wurde Sebastian Högen (Beisitzer im BuVo) zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl nominiert. Die Landesliste, die aus 11 Personen besteht, lässt Grund zur Hoffnung auf einen tatkräftigen und vielversprechenden Wahlkampf. Nun gilt es, die nötigen 1.000 Unterstützungsunterschriften zu sammeln, damit der LV Sachsen seine Premiere, bei einer Landtagswahl teilzunehmen, feiern kann.

Parallel zur Landesliste möchte der Landesvorstand mit möglichst vielen Direktkandidaten antreten. Angestrebt wird, mindestens 10 der 60 Wahlkreise zu besetzen. Die Chancen dafür stehen rund ein Jahr vor der Wahl recht gut. Die Hoffnung ist, dass die ÖDP bei der EU-Wahl ein gutes Ergebnis einfährt und so einen Aufwind für die Landtagswahl hinterlässt.

Bienen in der Stadt

Am Montag, den 10.09. hielt Sebastian Högen in Dresden die Premiere seines Vortrags „Bienen in der Stadt“.



Foto: ÖDP Sachsen
Zu Beginn des gut besuchten Vortrags „Bienen in der Stadt“

Bei der gut besuchten Veranstaltung wurden die Zuhörer über die Vor- und Nachteile des Stadtkerns aufgeklärt und die Unterschiede zwischen Stadt und Land verdeutlicht. Zudem wurde auf die Probleme für Mensch und Biene eingegangen.

Bei der anschließenden Diskussion konnten viele Fragen rund um das Imkern und die Bienen beantwortet werden.

Stadtparteitag Dresden

Beim ersten Parteitag nach der Kreisverbandsgründung in Dresden wurde der Wille zur Teilnahme an der Stadtratswahl im Mai 2019 bekräftigt. Hierzu wurden die ersten strategischen Überlegungen erörtert. Ein Wahlantritt ist trotz allem als schwierig zu betrachten, da die Hürden in Dresden nicht unerheblich sind.

Kontakt: ÖDP Sachsen

Zur Pappel 8, 01728 Bannewitz

Tel.: (03 51) 417 28 21

info@oedp-sachsen.de, www.oedp-sachsen.de

Thüringen

Landesvorstand wieder komplett

Auf seiner Mitgliederversammlung und dem ordentlichen Landesparteitag am 29.09.2018 wählte der Landesverband Thüringen in einer Nachwahl einen neuen Beisitzer. Diese Wahl wurde erforderlich, nachdem der bei der Neuwahl des Landesvorstandes am 28.04.2018 gewählte Beisitzer sein Amt aus persönlichen Gründen niedergelegt hatte. Zum neuen Beisitzer wurde Verena Weidemann gewählt. Sie ist ein Mitglied des Landesverbandes, die sich besonders bei den Vorbereitungen

zu den Kommunal- und Bundestagswahlen aktiv eingesetzt hat und einen großen Anteil zur Erreichung der Mandate bei den Kommunalwahlen beitrug. Sie vertritt die Interessen der ÖDP im Ortschaftsrat in Leinefelde. Die Positionen der ÖDP in Bezug auf Ökologie, Meinungsbildung und gute Lebensweise vermittelt sie besonders in ihrer Tätigkeit als Gesundheitstrainerin. Mit dieser Nachwahl ist der Vorstand des Landesverbandes Thüringen wieder vollzählig.

Großes Augenmerk legt der neue Vorstand auf die Gründung von neuen Untergliederungen, um die An-



Foto: ÖDP Thüringen
V.l.n.r.: Landesvorsitzender Franz-Josef Mai, Landesschatzmeister Martin Kiefer, 2. stellvertretender Landesvorsitzender Thomas Hanf, 1. stellvertretender Landesvorsitzender Martin Truckenbrodt

bindung der Mitglieder an kleinere Strukturen und ihre Mitarbeit zu verbessern.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit des Vorstandes ist die Vorbereitung des Wahljahres 2019. Alle Mitglieder haben mit der Einladung zum LPT einen Entwurf eines Positionspapiers, das besonders auf die Situationen in Thüringen eingeht, zugeschickt bekommen. Diese Ausarbeitung wurde durch eine PP-Präsentation vom 1. stellvertretenden Landesvorsitzenden näher beleuchtet und Vorschläge für die weitere Vorgehensweise unterbreitet. Die anwesenden Mitglieder griffen in der Diskussion die Themen auf, zeigten noch fehlende Themengebiete auf und erklärten sich bereit, auf ihrem Sachgebiet an der weiteren Vervollständigung mitzuarbeiten. Auf dem nächsten Landesparteitag im Frühjahr 2019 soll dann das Papier als Programm für die Kommunal- und Landtagswahl beschlossen werden.

Kontakt: ÖDP Thüringen

Alte Chaussee 3, 37339 Worbis

Tel.: (03 60 74) 9 25 95

info@oedp-thueringen.de, www.oedp-thueringen.de

Ausbeutung auf Kreuzfahrtschiffen

Passaus 2. Bürgermeister Urban Mangold (ÖDP) will die Bekämpfung der Ausbeutung auf Kreuzfahrtschiffen voranbringen. Auf seine Einladung kamen Kriminalhauptkommissar Hubert Griep vom Landeskriminalamt und der ÖDP-Europaabgeordnete Prof. Dr. Klaus Buchner zu einem Fachgespräch in Passau zusammen. „Dass in der Dreiflüssestadt und anderen Donaustädten auf Deck fröhlich gefeiert und unter Deck für weniger als 3 Euro brutto die Stunde geschuftet wird, dürfen wir nicht hinnehmen. Ausbeutung ist eine Straftat“, so Mangold. Das Fazit des Fachgesprächs: Visa für ausländische Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten sollten nur noch ausgestellt werden, wenn ein Arbeitsvertrag nach deutschem Arbeitsrecht abgeschlossen wurde. Mangold und Buchner wollen sich hierzu noch im Oktober an Außenminister Heiko Maas wenden. Buchner will zudem im EU-Parlament darauf drängen, dass Deutschland die EU-Richtlinie gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse auch für unter ausländischer Flagge fahrende Schiffe konsequent umsetzt und Schlupflöcher beseitigt.

Auf Initiative von Urban Mangold wird derzeit im Passauer Rathaus geprüft, ob auch die Stadt als Länderbehörde Möglichkeiten hat, das Anlegen solcher Schiffe zu verweigern. Mangold hat bereits die Oberbürgermeister und Bürgermeister der Donaustädte von Linz bis Regensburg Mitte August bei einem Treffen in Straubing hierüber informiert und ein gemeinsames Vorgehen vorgeschlagen.

Anlass der Debatte sind Ermittlungen des LKA: Im Mai wurde in Passau festgestellt, dass auf zwei von drei untersuchten Schiffen Menschen im Hotelbereich für ei-

„Der Grundsatz der Bayerischen Verfassung, dass man von jeder ehrlichen Arbeit leben können muss, darf sich nirgendwo in Luft auflösen!“

nen „Lohn“ von 2,86 Euro brutto schufteten mussten (die Medien berichteten hierüber). „Der Grundsatz der Bayerischen Verfassung, dass man von jeder ehrlichen Arbeit leben können muss, darf sich nirgendwo in Luft auflösen“, fordert Mangold. Falls die Visa-Abteilung des Auswärtigen Amtes nicht bereit ist, die Ausstellung von Visa an Arbeitsverträge nach deutschem Recht zu koppeln, will der ÖDP-Bezirksrat eine Petition hierzu starten.



Foto: ÖDP Bayern
V.r.: Passaus 2. Bürgermeister Urban Mangold hat Kriminalhauptkommissar Hubert Griep vom Landeskriminalamt und den ÖDP-Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner zu einem Fachgespräch gegen Ausbeutung auf Kreuzfahrtschiffen nach Passau eingeladen.

ÖDP reicht fast 100.000 Unterschriften für Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ ein

Die Ökologisch-Demokratische Partei hat am 5. Oktober 2018 mit einer großen Dankeschön-Aktion den Antrag zur Zulassung des Volksbegehrens „Rettet die Bienen!“ im Innenministerium eingereicht.



Beim „Danke-Zug“ zum Innenministerium (v. r.): Der bayerische ÖDP-Chef Klaus Mrasek, Volksbegehren-Sprecher Bernhard Suttner, 1. stellv. Landesvorsitzende Agnes Becker, der Münchner Stadtrat Tobias Ruff und Karl Schweisfurth brachten mit vielen Unterstützern fast 100.000 Volksbegehren-Unterschriften in Schubkarren zur Einreichung.

Insgesamt liegen bis heute 94.700 Unterschriften für die Zulassung des Volksbegehrens vor. „Das ist eine fantastische Zahl und rund doppelt so viele Unterschriften wie beim Volksbegehren ‚Betonflut eindämmen‘“, stellt die Sprecherin und ÖDP-Spitzenkandidatin Agnes Becker fest. „Wir, die ÖDP, und Tausende bedrohter Arten bedanken

uns sehr herzlich bei Tausenden fleißigen Unterstützern.“ Die ÖDP hatte dieses Volksbegehren zusammen mit über 80 Bündnispartnern im Mai gestartet, weil sie dem größten Artensterben seit Menschengehenken nicht mehr tatenlos zusehen konnte. So sind bereits 54% der Bienen bedroht und über 75% der Falter verschwunden. Auch Vögel

und viele andere Arten sind in ihren Beständen drastisch dezimiert.

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf soll nicht nur der Ausbau der Ökolandwirtschaft verbindlich werden, sondern auch ein Biotopverbund in Bayern geschaffen werden, der für den Erhalt der Artenvielfalt unabdingbar ist. In weiteren sieben Artikeln des Naturschutzge-

setzes sollen die Lebensgrundlagen gesichert und damit den gefährdeten Arten geholfen werden.

Wir wollen auch die Bauern retten

Karl Schweisfurth, einer der acht Fachsprecher des Volksbegehrens: „Wichtig ist uns aber auch, dass wir für die Landwirte eine Trendwende einläuten. Denn wir haben ja nicht nur ein massives Artensterben, sondern dazu auch noch ein massives Höfesterben.“ Nach Meinung der ÖDP und der unterstützenden Initiativen muss endlich der Irrweg der exportorientierten Turbolandwirtschaft gestoppt werden, der zudem auch noch die Bauern in den Entwicklungsländern ruiniert. „Selbstverpflichtungen helfen nicht weiter. Wir wollen endlich faire Bedingungen für unsere Landwirte“, so Becker. Und da helfen keine hilflosen Appelle an die Freiwilligkeit, keine Alibi-Veranstaltungen wie Show-Blühpakete und auch keine wirkungsarmen Online-Petitionen, sondern ausschließlich verbindliche Gesetze.

ÖDP erwartet die zweite Phase des Volksbegehrens im März 2019

Nach materieller und formaler Prüfung des Volksbegehrens muss das Innenministerium bis spätestens 16. November entscheiden, ob es den Gesetzentwurf zulässt oder ablehnt. Da der Gesetzentwurf mit Fachanwälten entwickelt und geprüft wurde, geht die ÖDP davon aus, dass es im Frühjahr 2019 zum Volksbegehren „Rettet die Bienen – stoppt das Artensterben“ kommen wird. Dann müssen sich 10% der Bayerischen Wahlberechtigten innerhalb von 14 Tagen in den Rathäusern eintragen, um den Volksentscheid zu erwirken.

Neben einem breiten, offenen Bündnis sieht die ÖDP ihre eigene große Erfahrung mit der direkten Demokratie als gewichtiges Pfund,

schutz durchgesetzt, trotz der Ignoranz der CSU-Landtagsmehrheit und gegen starke Lobbyverbände. „In dieser Weise werden wir uns

„Selbstverpflichtungen helfen nicht weiter. Wir wollen endlich faire Bedingungen für unsere Landwirte“

um auch dieses Volksbegehren zum Erfolg zu führen. Mittels Volksbegehren/Volksentscheiden hat die ÖDP bereits die Abschaffung des Senats, die Streichung von fünf Atomkraftwerksstandorten und den konsequenten Nichtraucher-

jetzt zusammen mit vielen engagierten Fachleuten und Organisationen für die Bienen, für den gesamten Artenreichtum und für die Schönheit Bayerns einsetzen“, versprach die ÖDP-Landtags Spitzenkandidatin Agnes Becker. ■

Satire für alle:

De'SatÖre – die ökologische Satireseite

Julia Klöckner widmet Lebensmittelindustrie ersten Wunschzettel

In einem feierlichen Akt hat Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) die Vorweihnachtszeit eingeläutet, indem sie den ersten Wunschzettel des Jahres verfasste und verlas. Auch die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete. Klöckner richtete den Brief an die deutsche Lebensmittelindustrie. Sie wünscht sich von den Unternehmen, dass diese freiwillig und ohne gesetzliche Vorschriften Zucker, Salz und Fett in ihren Produkten reduzieren. Immerhin gehe es um die Gesundheit und das Übergewicht der Menschen. Besonders eindrucksvolle Textpassagen in ihrem Wunschzettel waren „Och bitte“, „Tut es für eure lieben Kunden!“ und „Denkt doch mal einer an die ‚besonders vulnerablen‘ Kinder!“. Als Gegenleistung versprach Klöckner, das Ganze nur locker zu überwachen, weil sie an das Gute in der Wirtschaft glaube. Luise Molling von der Verbraucherorganisation Foodwatch war davon sehr gerührt: „Das ist der einzig richtige Weg: Man muss das Herz ansprechen.“

In den nächsten beiden Wochen wollen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) und Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) mit einem Wunschzettel an Volkswagen, Audi, Seat und Škoda bzw. an die Deutsche Bank und andere Finanzinstitute nachziehen.

www.facebook.com/desatoere

www.twitter.com/DeSatOere



Petition von Prof. Dr. Klaus Buchner

Agrarwende jetzt!

Seit zwei Jahren läuft die Kampagne „Klaus graust's“, mit der Prof. Dr. Klaus Buchner, Mitglied im Europäischen Parlament, auf den Zusammenhang von Massentierhaltung und multiresistenten Keimen aufmerksam macht. Aktuell geht es um ein verpflichtendes EU-Qualitätssiegel für alle Tierprodukte.

Fleisch muss so gekennzeichnet werden, dass Verbraucherinnen und Verbraucher auf den ersten Blick sehen, wo das Fleisch herkommt, wie die Tiere gehalten wurden, ob sie mit Antibiotika behandelt wurden und welches Futter sie bekommen haben. Nur so kann man sich aktiv und mündig für bessere Lebensbedingungen der Tiere entscheiden.

Die bisherigen Vorschriften hinken der Realität in der industriellen Tierhaltung hinterher, es fehlt an gesetzlichen Regelungen und Kon-

von multiresistenten Keimen geführt hat. In nordischen Ländern, z.B. Schweden, ist die routinemäßige Vergabe von Antibiotika an ganze Tiergruppen verboten, hier werden Tiere individuell therapiert. Doch anstatt eine Agrarwende einzuleiten, welche die katastro-

besser gekennzeichnet werden. Mit einem Siegel, dem die Verbraucher vertrauen, steigt der Verkauf von besseren Produkten rapide an.

Wer Fleisch einkauft, muss wissen, was auf den Teller kommt und unter welchen Bedingungen es produziert wurde. Die Konsumenten

Es ist allerhöchste Zeit für eine transparente, EU-einheitliche Kennzeichnungspflicht aller Tierprodukte!

phalen Missstände endlich beseitigt, macht das Bundeslandwirtschaftsministerium Werbung für ein neues „Tierwohl-Label“. Dieses sogenannte Tierwohl-Label liegt aber bei der Eingangsstufe kaum über den bisherigen gesetzlichen Mindestanforderungen. Essenzielle Informationen über Antibiotika-Behandlung in der Tiermast und Herbizid-behandeltes Genfutter aus Monokulturen finden keinerlei Erwähnung. Dies ist skandalös und eine Verbrauchertäuschung. Tier- und Umweltschützer lehnen dieses Alibi-Label ab, zumal es auch noch freiwillig ist.

Eine Agrarwende kann nur gelingen, wenn wir eine gemeinsame Lösung für Landwirte und Verbraucher finden. Deshalb müssen die Agrarsubventionen besser verteilt und qualitativ hochwertiges Fleisch

müssen detailliert darüber aufgeklärt werden, wie das Tier gehalten wurde, ob es Antibiotika bekommen hat und welche Tiernahrung verwendet wurde. Erforderlich ist ein allumfassendes Verbraucher-, Tier- und Umwelt-Label.

Die EU gibt rund 40 % ihres Budgets für die Förderung der Landwirtschaft aus. Das sind sage und schreibe 60 Milliarden Euro pro Jahr. Eine Neuausrichtung der Agrarpolitik in Deutschland und Europa muss auf die Politikagenda. Die EU-Agrarsubventionen sollten zukünftig nur in nachhaltige Landwirtschaft fließen, d.h. nur den Landwirten zugutekommen, die ausschließlich gesunde Lebensmittel herstellen. Die Subventionierung umweltschädlicher und tierquälerischer Massenproduktionen muss dagegen beendet werden. ■



Der Konsument ist beim Kauf von Lebensmitteln oft überfordert.

trollen. Fakt ist, in der industriellen Massentierhaltung werden in den meisten EU-Ländern und leider auch in Deutschland nach wie vor extrem große Mengen an Antibiotika inklusive Reserveantibiotika eingesetzt. Auch gesunde Tiere erhalten vorbeugend Antibiotika, was nachweislich zu einer steigenden Anzahl



Aktuelle Petition des
EU-Abgeordneten der ÖDP
Prof. Dr. Klaus Buchner



Agrarwende-jetzt.de

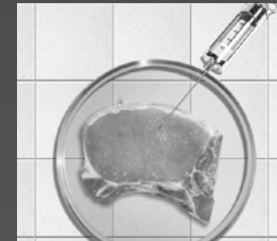


Weg mit dem Siegel-Dschungel!

Wir wollen **EIN** einheitliches, für alle EU-Staaten verbindliches **SIEGEL** zu allen Tierprodukten!

Mit regelmäßigen Kontrollen über

- Art der Tierhaltung • Antibiotikabehandlung • Tierfutter • Totalherbizide



Was wollen wir erreichen?

- ✓ Artgerechte Tierhaltung
- ✓ Keine Antibiotika an gesunde Tiere
- ✓ Verbot von Reserveantibiotika in der Tierhaltung
- ✓ Kein Genfutter aus Monokulturen
- ✓ Verzicht auf Totalherbizide
- ✓ Saatgut in bäuerliche Hand
- ✓ Mehr Subventionierung ökologisch nachhaltiger Landwirtschaft
- ✓ Gerechtere Verteilung der EU-Fördergelder
- ✓ Ein gesundes Ökosystem

Der ÖDP Europaabgeordnete Prof. Dr. Klaus Buchner informiert über seine aktuelle Kampagne.

Für Flyer und Interesse an Aktionen sowie Vorträgen von Klaus Buchner wenden Sie sich bitte an Florence von Bodisco, die Büroleiterin des Abgeordnetenbüros in Berlin, unter folgender E-Mail-Adresse:

bodisco@klausbuchner.eu



Bitte unterschreiben Sie auf Agrarwende-jetzt.de!

Vielen Dank!

K. Buchner



ÖDP und Mitstreiter initiieren ersten Laufener Park(ing) Day

Den Rottmayrplatz zu einem echten autofreien „Lebensraum“ gemacht – das haben mehr als 70 Menschen beim 1. Laufener PARK(ing) day. Einmal zeigen, was möglich ist, wo sich sonst acht Autostellplätze befinden. Entsprechend viel geboten wurde von den Veranstaltern:

„Verwandle den Parkplatz in einen Raum für Menschen“ – unter diesem Motto luden die Veranstalter ÖDP, Bund Naturschutz, SPD, Biohof Lecker, Weltladen Laufen und kath. Pfarrgemeinde Laufen-Leobendorf alle Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen ein. Insbesondere im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche war es den Organisatoren sehr wichtig, diesen internationalen Aktionstag auch in Laufen im Berchtesgadener Land zu initiieren.

Beim Spazieren mit dem extra gebauten Gehzeug in der Größe eines Kleinwagens konnten die Besucher direkt erleben, wie viel Platz ein Auto einnimmt – sowohl auf der Straße wie auch im geparkten Zustand. Als ge-

sunde und klimafreundliche Alternative zum Pkw stellte der Biohof Lecker sein Lastenrad vor, das mit elektrischem Antrieb alle Einkäufe einfach transportieren lässt. Übrigens passen in 70 % der Fälle die Einkäufe auch aufs normale Fahrrad!

Das PARK-Café unter der großen Linde lud zu viel Austausch und Gespräch zwischen den Besuchern ein. Bei fairem Kaffee, der vom Weltladen gesponsert wurde, und verschiedenen Kuchen machten sich viele Besucher Gedanken, wie Laufen lebenswerter gestaltet werden könnte: mehr Grünflächen und alte Bäume, fahrradfreundlich, ein belebter Stadtplatz ohne Verkehr, autofreie Altstadt und viele weitere Ideen. Ein Gitarren-Trio sorgte für ein perfektes Ambiente.

Im September 2019 findet der PARK(ing) Day wieder statt und die Initiatorin Barbara Paiva (ÖDP) freut sich jetzt schon auf kreative Platz-Ideen für ein lebenswertes Laufen! Auch anderen Kreisverbänden sei der jährlich am dritten Freitag im September stattfindende PARK(ing) Day empfohlen, um durch kreative Aktionsformen auf ÖDP-Politik aufmerksam zu machen.

Personelle Verstärkung für die Bundesgeschäftsstelle in Berlin

Seit Mitte August arbeitet in der Berliner ÖDP-Bundesgeschäftsstelle im Bereich Öffentlichkeitsarbeit die neue Mitarbeiterin Mandy Büttner. Frau Büttner ist 31 Jahre alt und wohnt mit ihrer Familie in Berlin. Die studierte Kommunikationsdesignerin hat Agenturerfahrung und arbeitete auch als freischaffende Fotografin. Sie wird den Bundesverband im Bereich Grafik und Design mit einer halben Stelle unterstützen. Dieser Aufgabenbereich wurde die letzten Jahre ausschließlich von externen Dienstleistern betreut. Frau Büttner soll die Kompetenzen hier nun wieder innerhalb der ÖDP bündeln und auch die Durchsetzung eines einheitlichen ÖDP-Designs voranbringen sowie den Untergliederungen auf Landes- und Ortsebene bei grafischen Arbeiten zuarbeiten und der ÖDP ein frisches Äußeres im anstehenden Europawahlkampf verleihen.



Kontakt: mandy.buettner@oedp.de
Tel.: (030) 48 81 76 47

ÖDP informiert sich über Bio-Geflügelhaltung in Wallkofen

Ihre Schnäbel sind nicht abgezwickelt, sie laufen und picken im großzügig bemessenen Freiland, ihr Futter kommt aus der Ökomühle und wenn es ans Schlachten geht, bleibt ihnen ein langer Transport und der damit verbundene Stress erspart: Die Puten und Hähnchen



ÖDP-Kreisvorstand bei der Betriebsbesichtigung des Naturlandhofs Lehner in Wallkofen

vom Naturlandhof Lehner in Wallkofen werden so gehalten, wie es sich immer mehr Verbraucher wünschen. Um sich über diese Produktionsform ein genaues Bild zu verschaffen, ließ sich der ÖDP-Kreisvorstand der ÖDP Straubing-Bogen Mitte Mai von Philomena und Walter Lehner die kleine Landwirtschaft in Wallkofen zeigen und das Konzept einer überschaubaren Geflügelhaltung erläutern.

Kreisvorstandsmitglied Michael Hirtreiter hatte den Kontakt vermittelt und bedankte sich bei den Hofinhabern für die Bereitschaft, die Türen zu öffnen und Rede und Antwort zu allen Fragen der Geflügelhaltung zu stehen. Walter Lehner erläuterte den Werdegang seines Betriebes: Zunächst habe man auf dem von den Eltern übernommenen Hof Weihnachtsbäume in ökologischer Weise erzeugt. Später dann seien erste Versuche mit ökologischer Putenhaltung im sehr kleinen Maßstab dazugekommen. Heute halte man nach den Richtlinien des Naturland-Verbandes 330 Puten und jährlich 2x500 Masthähnchen. „Unser Hof steht sozusagen unter dreifacher Beobachtung: Zum einen kontrolliert uns das staatliche Veterinäramt; dazu kommt dann die Überwachung im Auftrag des Naturlandverbandes

und was für uns besonders wichtig ist: Als Selbstvermarkter stehen wir im ständigen Kontakt zu unseren Kunden, die sich auf dem Hof umschaun und sich selbst ein Bild von den Haltungsbedingungen machen können.“ Lehner sieht z.B. keine Notwendigkeit, den 330 Puten die Schnäbel zu kupieren: „Unsere Tiere haben genügend große Freilauf-Räume – das beugt der Gefahr des gegenseitigen Pickens wirksam vor!“ Ganz selbstverständlich werde nicht mit Antibiotika-Gaben gearbeitet. Gute Erfahrungen hinsichtlich des Tierwohles macht der Landwirt mit regelmäßigen Brottrunk-Gaben.

Die ÖDP-Kreisvorstandsmitglieder zeigten sich von der Gesamtsituation auf dem Lehner-Hof beeindruckt. Bernhard Suttner äußerte die Überzeugung, dass „der Weg der Landwirtschaft in Bayern auf allen Gebieten in Richtung Gemeinwohl-Ökonomie gehen werde“. Darunter versteht er die Abkehr von der „Ideologie des Wachsens oder Weichens“ und die Änderung der Förderpolitik: „Wir müssen konkrete Leistungen der landwirtschaftlichen Betriebe z. B. für die Reinheit des Grundwassers, für mehr Artenvielfalt und weniger Gift auf den Fluren, für tiergerechte Haltung und für eine weitgehende Regionalisierung der Erzeugung honorieren und die pauschalen Zahlungen auch an riesige Agrarunternehmungen zurückdrängen.“

Was ist Twitter? Wie wird getwittert?

Twitter ist ein wichtiges Kommunikationsmedium für unsere politischen Botschaften. Wenn Sie sich für die Nutzung von Twitter interessieren, aber noch unsicher bei der Betreuung eines Accounts sind, schauen Sie in unseren neuen Twitter-Leitfaden rein. Hier werden Sie über bestimmte Begriffe aufgeklärt und erhalten auch noch ein paar Tipps zum erfolgreichen Zwitschern (übersetzt von twittern).

Den Twitter-Leitfaden erhalten Mitglieder im internen Bereich unserer Webseite unter Gremien und Parteiarbeit/Social Media oder gerne auf Wunsch per E-Mail-Anfrage an: info@oedp.de.



Spazieren mit dem extra gebauten Gehzeug in der Größe eines Kleinwagens



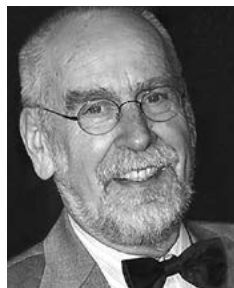
Zukunftsfähige Stadtraumgestaltung in Regensburg

„Zukunftsfähige Stadtraumgestaltung“ hat sich die ÖDP-Fraktion im Regensburger Stadtrat in diesem Kalenderjahr als Jahresthema vorgenommen. Eine komplexe Thematik, die von verschiedenen Seiten beleuchtet werden kann.

Noch im ersten Quartal konnte die Fraktion verschiedene Aspekte zu Architektur und Verkehr im Rahmen einer „Neujahrsfahrt“ beleuchten. Externe Referenten gaben Impulse, während sich die Zuhörer im voll besetzten Linienbus auf einer der Strecken der mittlerweile beschlossenen Stadtbahnlinien bewegten. Im Rahmen der kommenden Haushaltsdebatte fließt auch die Ausrichtung der städtischen Wirtschaftspolitik in das ÖDP-Konzept mit ein. „Uns wird gerne einmal Wirtschaftsfeindlichkeit vorgeworfen, gerade aus der Ecke der Grünen-Fraktion“, hält ÖDP-Stadträtin Astrid Lamby fest. „Grundsätzlich wirtschaftsfeindlich zu sein, wäre aber regelrecht dumm. Wir alle wissen, dass uns die großen Gewerbesteuer-Einnahmen der letzten Jahre auch im Bereich Nachhaltigkeit viel Gestaltungsspielraum geben.“

ÖDP-Fraktion will Diskussion über das Wie der Wirtschaftsförderung

Die ÖDP-Fraktion weiß, dass die Stadt den ansässigen Unternehmen nicht lauter Steine in den Weg legen kann. „Doch es gibt Möglichkeiten, die wirtschaftliche Entwicklung zu beeinflussen. Wenn z.B. nachhaltige Mobilitätskonzepte von Unternehmen dazu führen, dass weniger Stellplätze nachzuweisen sind. Dann spart das Flächen ein, die nicht mehr



Stadträte in Regensburg: Joachim Graf, Astrid Lamby und Benedikt Suttner

für Parkraum gebraucht werden. Eine wichtige Ressource wird frei – Stadtraum, den ich anders und besser gestalten kann“, führt Fraktionsvorsitzender Benedikt Suttner an.

Stadt könnte Ansiedlung ökologischer und nachhaltig geführter Unternehmen fördern

Im kommenden Jahr wird der Stadtrat über einen neuen Referenten für Wirtschaft, Wissenschaft und Finanzen entscheiden. „Wir werden uns die Bewerber gezielt unter dem Aspekt ansehen, wie sie die Wirtschaftspolitik unserer Stadt auf Nachhaltigkeit ausrichten wollen“, ergänzt Lamby. So könnten große Photovoltaikanlagen auf Firmendächern Unternehmen Pluspunkte bei der Vergabe von Gewerbeflächen verschaffen. Graf: „Das wäre zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik – wenn wir Betriebe fördern, die sich der Ökologie in der Produktion oder sogar der Herstellung von ökologischen Produkten verschrieben haben, werden wir als Stadt

noch lange etwas davon haben.“ Die Gewerbeflächen müssten nach Meinung der Fraktion dafür nicht wachsen, auch heute pendeln schon über 75.000 Arbeitnehmer täglich nach Regensburg.

Die Stadt braucht die „richtigen“ Arbeitsplätze

Daher hat die Fraktion auch für die ansässige Automobilindustrie einschließlich ihrer Zulieferbetriebe eine Botschaft: „Gewachsene Strukturen sollen nicht zerstört werden. Aber die Verkehrskonzepte der Zukunft müssen weg vom ausufernden Individualverkehr. Da müssen sich BMW und Co. etwas einfallen lassen. Was die eigenen Arbeitnehmer angeht, hat BMW dies längst erkannt. Der Autohersteller verfügt über ein ausgeklügeltes Mobilitätskonzept mit Firmenbussen – so wie wir es uns für andere Unternehmen wünschen würden. Fazit der ÖDP: Die Stadt muss lenkend eingreifen, was und wie auf ihrem Gebiet produziert wird.“

Marcel Foré (ÖDP) kandidiert zum Städteregionsrat

Der 40-jährige Wirtschaftsfachwirt Marcel Foré tritt für die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) zur Wahl des Städteregionsrats für die StädteRegion Aachen am 4. November 2018 an. Der Stolberger Foré, Vater einer Tochter, sieht seine politischen Schwerpunkte im Umwelt- und Klimaschutz, in der Stärkung der dualen Berufsausbildung und dem Ausbau von Präventivmaßnahmen in der Jugend- und Familienhilfe. Der zweite Kreisvorsitzende der ÖDP im Kreisverband Aachen/Düren/Heinsberg setzt sich des Weiteren für den Ausbau eines kostengünstigen öffentlichen Personennahverkehrs, die Förderung von Handwerksbetrieben und die Unterstützung von Existenzgründungen ein.

Die StädteRegion Aachen ist ein Verband aus den Städten Aachen, Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Monschau, Stolberg und Würselen sowie den Gemeinden Simmerath und Roetgen. Seit 2009 hat sie die Stelle des Kreises Aachen eingenommen und bündelt viele Leistungen rund um die Themen Lernen, Leben, Soziales und Freizeit. Die StädteRegion Aachen hat ca. 550.000 Einwohner. Die Stadt Aachen ist mit etwa 245.000 Einwohnern weitaus größte Kommune.

Der Städteregionsrat trat bei der Gründung der StädteRegion Aachen an die Stelle des hauptamtlichen Landrats. Der Städteregionsrat besteht aus 73 Mitgliedern.

Nachdem der derzeitige Städteregionsrat um Entlassung aus dem Amt zum 01.01.2019 gebeten hatte, wurde durch die Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Köln der Wahltag für die vorgezogene Neuwahl der Städteregionsrätin/des Städteregionsrats auf Sonntag, den 04.11.2018 festgesetzt.



Marcel Foré

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint dreimal im Jahr: im März, im Juli und im November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. Januar 2019**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86-0, Fax: (09 31) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Eisenacher Straße 17, 80804 München
guenther.hartmann@oedp.de
Pablo Ziller (pz)
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
pablo.ziller@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Angela Binder, Florence von Bodisco, Richard Borrmann, Prof. Klaus Buchner, Ulrich Brehme, Matthias Dierich, Hannes Eberhardt, Dr. Herbert Einsiedler, Sebastian Högen, Paul Holmes, Claude Kohnen, Tim-Oliver Kray, Franz-Josef Mai, Urban Mangold, Dr. Claudius Moseler, Barbara Paiva, Thomas Prudlo, Christoph Raabs, Dr. Reinhold Reck, Paula Stier, Bernhard Suttner, Nikolaus Teixeira

Externe Autoren

Stefan Padberg
Gerd Zeitler

Interviewpartner

Prof. Dr. Klaus Buchner
Andreas Wehr

Satz

Grafikstudio Art und Weise
Heike Brückner, 93138 Lappersdorf
heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik –
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel.: (0 30) 49 85 40 50,
redaktion@oekologiepolitik.de
www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.

Auf den Bäumen muss die Freiheit wohl grenzenlos sein ...

Martin, Umweltaktivist und ÖDPler, hat sich an den friedlichen Protesten im Hambacher Wald beteiligt und berichtet über seine Erlebnisse exklusiv in ÖkologiePolitik.



Fotos: ÖDP NRW
Die ÖDP bei der Demo am Hambacher Forst am 06.10.2018

Ich schaue unter mich: Wahnsinn! Ich bin gut 20 Meter über der Erde. Ich reiche einer befreundeten Aktivistin die Hand und habe es geschafft: Ich sitze in einem der berühmten Baumhäuser im Hambacher Wald, liebevoll auch Hambis genannt. Mein Rucksack und mein Schlafsack werden parallel hochgezogen. Die Plattform wird die nächste Zeit mein Zuhause sein, fernab von meiner Wohnung und meinem Bett. Selbst nicht nur stiller Protestler sein, sondern aktiv am Widerstand gegen den geplanten Braunkohleabbau teilhaben und mich mit meinen Fähigkeiten einbringen – das war mein Wunsch. Und das, obwohl mir klar ist, dass es nicht ungefährlich ist und am Tag, an dem ich das zweite Mal den Hambis besuche, ein Mensch tödlich verunglückt ist.

Während die Kohlekommission der Regierung über den Zeitplan für den Kohleausstieg verhandelt, will RWE im Hambacher Wald Fakten schaffen. Den uralten Wald roden. Sie wollen die Bäume fällen und damit neue Flächen für den Kohleabbau erschließen. Das Unternehmen will scheinbar allen zeigen, dass der Konzern an einem gesellschaftlichen Diskurs zum Ausstieg aus dem umweltschädlichen Energieträger Braunkohle nicht interessiert ist. Die Flächen werden gar nicht gebraucht.

Die Politik schiebt die Verantwortlichkeiten von einer Instanz zur nächsten. Während meiner Zeit im Hambis kam auch Anton Hofreiter mit einer Delegation der Bundestagsgrünen vorbei. In persönlichen Gesprächen will er keine klare Stellung



Ein Baumhaus im Hambacher Wald

beziehen. Wie auch? Im Landtag von Nordrhein-Westfalen haben die Grünen schließlich für die Rodung gestimmt und so eiert er herum, während wir mit ihm sprechen und er skeptisch unsere Barrikaden begutachtet, die wir errichtet haben. Erleichtert wirkt er, als sein Handy klingelt. Er müsse nun zu einem wichtigen Termin. Wir sind ebenfalls erleichtert. Erleichtert, dieses Rumgerede über „Arbeitsplätze“ und „Mehrheiten“ nicht länger anhören zu müssen, und genießen gemeinsam erst mal eine leckere vegane Gemüsepfanne. Einfaches, leckeres Essen, gemeinsames Yoga oder Spiele gehören zum Alltag im Wald, aber auch Seminare, gemeinsames Musizieren und Tanzen.

Zur Polizei. Es gibt durchaus Polizisten, wo Mensch bei der Polizeikontrolle spürt, dass ihnen nicht wohl dabei ist, was sie hier gerade tun. Aber unsere Stimmung können sie nicht trüben, wenn sie nachts mit Scheinwerfern versuchen, uns wach zu halten, oder eine Reiterstaffel durch den Wald jagen, während wir um den Menschen trauern, der tödlich verunglückt ist.

Viele Anwohner aus den umliegenden Orten zeigen sich solidarisch mit uns. Sie lassen uns bei sich duschen oder die Wäsche waschen oder sie stellen Lebensmittel oder auch Hilfsmittel wie Decken zur Verfügung.

„Mach Dein Ding!“ – Seminarwochenende mit großem Erfolg

Politische Veranstaltungen planen und durchführen

Das erste Seminarwochenende unter dem Namen „Mach Dein Ding!“ Anfang April so großen Zuspruch fand, hat das Büro des Europaabgeordneten Klaus Buchner entschieden, eine Wiederholung anzubieten und dieses Mal für alle Altersgruppen zu öffnen. So kamen Parteimitglieder und Nicht-Parteimitglieder unterschiedlichen Alters aus dem ganzen

organisatorischen Teil übernommen und anhand einer Checkliste die wichtigsten Aspekte vorgestellt, die man bei der Organisation einer Veranstaltung berücksichtigen muss. Damit die nötige Pressearbeit auch stimmt, hat der Pressesprecher der ÖDP, Pablo Ziller, einen Vortrag bezüglich erfolgreicher Pressearbeit gehalten und den Teilnehmenden mit Positiv- und Negativbeispielen



Foto: ÖDP Bundespressstelle

Bundesgebiet vom 20. bis 22. Juli im Berliner Büro des Europaabgeordneten zusammen.

Pressearbeit, Moderation, Rhetorik und Veranstaltungsorganisation

Die Teilnehmenden lernten in einer lockeren, aber sehr konstruktiven Atmosphäre, wie sie Veranstaltungen und Kampagnen erfolgreich organisieren und durchführen können. Evelyn Farkas und Doris Hüben-Holomos haben hier den

aufgezeigt, wie man gute Pressemitteilungen schreiben kann.

In die Rolle der Moderation schlüpfen die Anwesenden durch den Workshop von Florence von Bodisco, der Leiterin des Berliner Abgeordnetenbüros, die an praxisnahen Beispielen zeigte, wie eine gute Moderation aussehen kann und was dabei zu beachten ist. Abgerundet wurden diese Fähigkeiten durch das Körpersprachemodul von Claas Würfel, einem Schauspieler und Schauspiellehrer, der den begeister-

ten Teilnehmenden mit seiner sympathischen Art beibrachte, wie jeder mit der eigenen echten (das Wort authentisch sei zu abgedroschen) Art in der Öffentlichkeit und bei den Menschen überzeugen kann.

Freizeitaktivitäten kamen nicht zu kurz

Am Freitagabend wurde der inhaltliche Horizont durch einen Vortrag über Vollgeld erweitert, der von Lino Zeddies gehalten wurde. Er setzt sich im Verein Monetative e.V. deutschlandweit für das Vollgeldsystem ein. Vollgeld würde neben Bargeld auch Buchgeld umfassen, welches in einem Vollgeld-System ebenfalls von der Zentralbank in Umlauf gebracht wird. Im Gegensatz dazu ist gegenwärtig das Buchgeld auf Konten von Bankkunden kein vollwertiges Zahlungsmittel, sondern nur ein Anspruch auf solches.

Da sich so viel Inhalt erstmal setzen und verarbeitet werden muss, gab es genügend Freizeit. Das gemeinsame Frühstück und ein Picknick im Park trugen zu der entspannten Atmosphäre bei, sodass sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen untereinander besser kennenlernten und ebenfalls neue Bekanntschaften geschlossen wurden.

Da auch einige ÖDP-Mitglieder unter den Teilnehmenden waren, hoffen die Organisatoren, dass die mitgenommenen Erfahrungen in die Kreis- und Landesverbände getragen werden, um so die Parteilarbeit vor Ort erfolgreicher und professioneller zu gestalten.

Durch neu gewonnene Fähigkeiten und Kontakte sehr motiviert, verließen die Teilnehmenden das Seminar mit guten Ideen, um neue Dinge anzupacken, Veranstaltungen zu organisieren und ihr Ding zu machen! ■

Zusammengestellt von Pablo Ziller

Verena Föttinger (ÖDP) beklagt Untätigkeit beim Insektensterben

(08.10.2018) Verena Föttinger, 2. stellvertretende Bundesvorsitzende der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), ist enttäuscht über die Untätigkeit der EU- und Bundespolitik, aber auch ihrer eigenen schwarz-grünen Landesregierung, was die Förderung des Ökolandbaus und den Schutz der Artenvielfalt angeht. Erst kürzlich gab es eine neue wissenschaftliche Untersuchung zum Ackergift Glyphosat, die zeigt, dass dadurch die Mikroflora im Verdauungstrakt von Honigbienen geschädigt wird. „Das ist für mich sicher nicht das erste Alarmzeichen, was Glyphosat betrifft. Der Zusammenhang zwischen dem Einsatz dieses Pestizids und dem Bienensterben ist nicht mehr zu leugnen“, so Föttinger, die selbst ökologische Streuobstwiesen bei Rottweil besitzt und der das Wohl der Bienen und anderer Bestäuber daher besonders am Herzen liegt.



Verena Föttinger

Föttinger beurteilt eine aktuelle Petition der Grünen-Europaabgeordneten Giegold und Häusling auf der Plattform change.org, die Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner dazu auffordert, den Totalausstieg aus Glyphosat bis spätestens 2020 voranzubringen, als positives Zeichen. „Ich frage mich aber, wie die Grünen wirklich an der Förderung des Ökolandbaus, am Arten- und Gewässerschutz oder der Luftreinhaltung in den eigenen Landesregierungen arbeiten wollen, wenn sie sich gegenüber Agrar- und Autolobbyisten nicht durchsetzen“, so Föttinger.

In Baden-Württemberg strebt die Landesregierung unter dem grünen Ministerpräsidenten Kretschmann einen Anteil des Ökolandbaus von 30% bis 2030 an. Doch Ökolandwirte, wie auch die Arbeitsgemeinschaft für Ökologischen Landbau, kritisieren die mangelnde finanzielle Ausstattung des Plans und sehen darin leere Versprechungen. „Ökolandwirte fühlen sich von den Grünen im Stich gelassen. Das Höfesterben geht munter weiter“, so Föttinger. „Auch in Bayern könnten hier zukünftig massive Enttäuschungen drohen, denn die Grünen werden in einer CSU-geführten Landesregierung gewaltige Kompromisse machen müssen. Die CSU war es ja, die beim Glyphosatverbot auf EU-Ebene vor der Bauernverbandslobby eingeknickt ist und damit das Insektensterben weiter vorangetrieben hat“, so Föt-

tinger. „Die meisten Bürger wollen den Wandel hin zu einem ökologischen Landbau. Die Grünen müssen hier von den Wählern stärker in die Pflicht genommen werden. Eine Möglichkeit ist daher die Stimmabgabe für den konsequenteren Arm der ökologischen Bewegung, die ÖDP“, so Föttinger.

Bestürzt zeigte sich Föttinger auch über eine Aussage des Bayer-Vorstandschefs Werner Baumann. Dieser hatte kürzlich in einem Interview behauptet, ohne das besagte Unkrautvernichtungsmittel sei die Welt nicht zu ernähren. „Diese Anmaßung von Bayer ist entsetzlich und verdreht die Wahrheit: Wer weltweit Profit damit macht, dass Bienen im großen Stil geschwächt werden, sichert nicht, sondern gefährdet massiv die Ernährung der Menschheit.“

Forderung nach Mehrarbeit in der Pflege ist nicht nachvollziehbar!

(26.09.2018) ÖDP-Gesundheitspolitiker Andreas Roling kritisiert eine Aussage aus einem Zeitungsinterview mit Gesundheitsminister Jens Spahn, in dem dieser behauptet hatte, der Pflegenotstand sei verbessert, wenn die Pflegenden ein paar Stunden mehr pro Woche arbeiteten. „Schuld am Personalmangel in der Pflege sind doch die schlechten Rahmenbedingungen. Die Aussage des Ministers ist ein Hohn für alle Pflegenden“, empört sich Roling. Trotzdem, so Roling, seien viele Pflegenden bereit, auch über ihre persönlichen Grenzen hinauszugehen, und meist ohne die Stunden offiziell zu dokumentieren. „Irgendwann aber ist eine Schmerzgrenze erreicht. Der Vorschlag zur Mehrarbeit des Ministers ist einfach weltfremd. Jens Spahn sollte sich mal einen ganz normalen Tag auf einer Station angucken“, meint der ÖDP-Politiker.

Einer Umfrage des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zufolge klagt die Mehrzahl der Beschäftigten in der Pflege über eine regelrechte „Arbeitshetze“. Der DGB hatte Interviews mit mehr als 1.800 Pflegekräften durchgeführt. Auf die Frage „Wie häufig fühlen Sie sich bei der Arbeit gehetzt oder stehen unter Zeitdruck?“ hatten 76% der Befragten mit „oft“ oder „sehr häufig“ geantwortet.

Die ÖDP fordert von der Bundesregierung ein Maßnahmenpaket, um eine qualitativ gute Pflege zu

sichern. Dazu gehört die Einführung einer verbindlichen Personalbemessungsgrenze in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen (Mindestbesetzungsregel), die Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe durch leistungsgerechte Bezahlung, das Recht auf geplante Freizeit, die Schaffung von Springerstellen und die Förderung von Fort- und Weiterbildung. Außerdem fordert Roling, dass die Gewinne der Pflegeeinrichtungen diesen auch möglichst wieder direkt zugutekommen. Der eklatante Fachkräftemangel in der Pflege lasse sich nicht durch die Abwerbung von Pflegenden aus dem Ausland im großen Stil kompensieren, sondern nur durch eine Steigerung der Attraktivität des Berufsstandes. Daher brauche es die generalisierte Ausbildung und somit die Zusammenführung der drei Pflegeberufe und eine gesicherte Finanzierung der Praxisanleiterausbildung und finanzierte Freistellung in der Praxis. Weiterhin hält Roling die bisherigen Kontrollen der Prüfinstanzen wie Heimaufsicht oder MDK für unzureichend und nicht transparent. „Hier brauchen wir eine einheitliche, weisungsbefugte, möglichst bundesweit agierende Instanz, die Schaffung eines neuen pflegewissenschaftlich begleitenden Prüfungsinstruments und Abschaffung der bisherigen nicht nachvollziehbaren Benotung durch den MDK“, so Roling. „Und wir brauchen eine stärkere Prüfung von formeller und psychosozialer Qualität von Führungskräften in den Einrichtungen“, so Roling abschließend.

Diesel-Plan: Autoindustrie bekommt Vorfahrt vor Gemeinwohl

(05.10.2018) „Was nach einem wirksamen Maßnahmenpaket der Bundesregierung klingt, ist nichts als ein Minimalkonsens zur politischen Schadensbegrenzung. Zum einen vergisst die Regierung scheinbar, dass der Problematik ein betrügerisches, kriminelles Handeln insbesondere der deutschen Autokonzerne zugrunde liegt, zum anderen liegen offenbar keine verbindlichen Zusagen nicht deutscher Autohersteller vor, sich in ähnlicher Weise an den Maßnahmen zu beteiligen“, kommentiert Jan Altnickel vom Bundesvorstand der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) die Einigung der Großkoalitionäre in Berlin beim Diesel-Plan.

Es hat mehr als drei Jahre gedauert, bis die Bundesregierung eine greifbare Reaktion auf das Aufdecken manipulierter Abgaswerte bei VW-Dieselfahrzeugen vorlegen konnte. Dienstagfrüh einigte sich ein Gremium auf ein so bezeichnetes „Konzept für saubere Luft und Mobilität“. Halter von Diesel-Pkw der Abgasnor-

men Euro5 und Euro4 sollen demnach zugunsten einer Kaufprämie einen neuen oder gebrauchten Euro-6-Diesel, Benziner oder ein elektrisch angetriebenes Auto kaufen können. Wer einen Euro-5-Diesel besitzt, könne zudem wählen, ob er ihn auf Kosten der Hersteller mit einer Hardwarenausrüstung an die vorgegebenen Grenzwerte anpassen lässt. Man verspricht sich davon eine deutliche Reduzierung der Schadstoffkonzentrationen, insbesondere von Stickoxiden, in Ballungszentren. Die angekündigten Maßnahmen sollen aber vorerst nur für 14 besonders stark belastete und von Fahrverboten bedrohte Städte gelten. Die über 50 anderen Städte mit überhöhten Stickoxid-Grenzwerten haben das Nachsehen, wobei aber nur in etwa 1% der rund 11.000 deutschen Städte und Gemeinden überhaupt mit einer offiziellen Messstation die NO₂-Belastung überprüft wird. Es handelt sich also lediglich um eine Akutmaßnahme zur Abwendung von Klagen der EU-Kommission sowie zur Vermeidung von Fahrverboten. Auch die Landtagswahlen in Hessen und Bayern bereiten der Bundesregierung Sorgen und veranlassen sie nun zum Handeln.

„Das vorgelegte Konzept betrügt die Bürgerinnen und Bürger, denn es ignoriert den Anspruch aller auf gesunde Atemluft und beweist, dass die Bundesregierung wenig visionären Mut hat, wenn es um die Umsetzung der Mobilitätswende geht“, so Altnickel wütend. „Man verspielt ein weiteres Mal Vertrauen, stärkt populistische Bilder einer ideenlosen, wirtschaftshörigen Regierungspolitik und verpasst die Chance, die Mobilitätslandschaft in Deutschland ökologisch umzugestalten. Ein ökologisches Mobilitätsverhalten der Bürger wird indirekt sogar noch bestraft, denn Fußgänger, Radfahrer und Bahnfahrer bleiben weiterhin ökonomisch gesehen die Dummen. Die Autoindustrie ist Betrügerin und Siegerin zugleich“, so Altnickel. Außerdem sei die Einführung einer blauen Plakette überfällig, damit die in betroffenen Innenstädten verkehrenden Fahrzeuge effektiv kontrolliert werden können.

Angesichts der Unausgegorenheit dieses Mobilitätskonzepts zieht Altnickel ein trauriges Gesamtfazit in Bezug auf die ökologische Wende: „Statt immer nur Probleme zu zeichnen, könnte man sich auch einfach mal daranmachen, diese Probleme zum Wohle der Bevölkerung, der Umwelt und des Klimas zu lösen. Anscheinend ist bzw. war diese Erwartung an die gegenwärtige Bundesregierung und ihre Vorgängerinnen aber zu hoch gegriffen. Eines Tages wird auf dem Grabstein der Menschheit stehen: Sie konnten nichts tun. Der Lobbyismus war leider zu mächtig.“

Zum Titelthema „Flächenfraß“, ÖP 177

Flächenverbrauch stoppen!

Mit einiger Traurigkeit habe ich im ÖDP-Journal gelesen, dass Sie zwar gegen übermäßigen Flächenverbrauch sind, aber ein gewisses Maß pro Tag zugestehen. Dabei kommen uns die Folgen des Klimawandels jetzt schon weit teurer zu stehen als alle Umweltschutzmaßnahmen, die das verhindern würden. Meiner Meinung nach dürfen nicht nur keine weiteren Flächen versiegelt werden, das Gegenteil muss kommen, versiegelte Flächen, Straßen, Parkplätze, Industriegebiete müssen aufgelassen werden und wieder zu gewachsenem Boden, Wald, Wiese, Feld und landwirtschaftlicher Nutzfläche werden.

Ich kritisiere auch, dass Sie Zölle im Handelsverkehr nur bedingt für sinnvoll halten und internationalen Handel fördern. Handel aber erzeugt Verkehr und Verkehr ist Gift für das Klima. Darum sollten überregional nur solche Güter gehandelt werden, die in einer Region nicht wachsen oder nicht herstellbar sind. Um das zu regulieren, brauchen wir Zölle, die so hoch sind, dass eben überregionaler Handel verhindert wird. Ich meine, Naturschutz geht über alles, vor allem über Anspruchsdenken. Die real existierende Demokratie buttert leider Gruppen wie Sie völlig unter. Demokratie ist, wenn drei Mann in einem Boot sitzen und zwei bohren ein Loch ins Boot und der dritte, vernünftige, ist überstimmt.

Johannes Jacobs, 61496 Kronberg

Zum Artikel „Landwirte gegen Umweltschützer – ein unlösbarer Konflikt?“, ÖP 177

Glaubwürdigkeit bewahren

Ich empfinde es als sehr problematisch für das demokratische Verständnis unserer Partei, wenn eine Debatte derart „weggebügelt“ wird. Ich kenne die Meinung und die Argumente des Buchautors nicht. Sollte er sich in beleidigender Weise geäußert haben, wäre eine Entscheidung des Nichtdruckens gerechtfertigt. Dies scheint aber nicht so gewesen zu sein. Jedenfalls wird in dem stattdessen gedruckten Text nicht auf Beleidigendes eingegangen.

Der Eindruck entsteht bei mir, dass Argumente, die möglicherweise schmerzhaft sind, nicht wahr sein dürfen oder sollen. Eine fatale Einstellung für eine Partei, die sehr viele unangenehme Themen aufgreift und aufgreifen muss. Sie verliert dadurch ein großes Stück Glaubwürdigkeit!

Stefanos Miaris, 53773 Hennef

Anmerkung von Christoph Raabs, Bundesvorsitzender der ÖDP

Die Entscheidung über den Abdruck eines Artikels fällt grundsätzlich nicht anhand seiner inhaltlichen Zielrichtung oder seiner literarischen Qualität, sondern bewertet, ob die getroffenen Aussagen einer objektiven Überprüfung standhalten.

Weihnachtsurlaub 2018/2019

Die Bundesgeschäftsstellen haben wie folgt Urlaub:

Büro Würzburg: 21. Dezember 2018 bis 6. Januar 2019

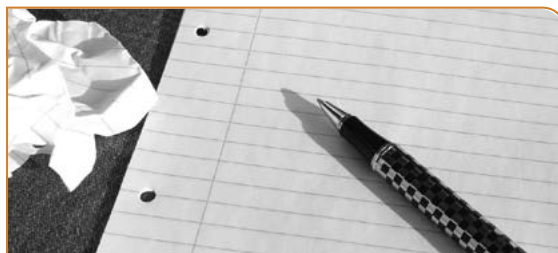
Büro Mainz: 22. Dezember 2018 bis 6. Januar 2019

Büro Berlin: 22. Dezember 2018 bis 6. Januar 2019

Abrechnungen 2018

Alle Abrechnungen für dieses Jahr müssen bis **spätestens 15.12.2018** bei den zuständigen Gliederungen eingereicht sein. Alle nach diesem Termin eingereichten Abrechnungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Wir wünschen allen Mitgliedern eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins Jahr 2019!



Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. Januar 2019** an:

ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin
Fax (030) 49854050, presse@oedp.de

Wachstum ohne Grenzen? Das wollen wir für unsere Wirtschaft nicht!

ödp

Dennoch müssen WIR als Partei weiter wachsen. Nur so können wir unsere Anliegen in die Politik tragen. Dafür brauchen wir noch mehr engagierte Mitglieder. Helfen Sie durch Ihren ÖDP-Beitritt mit, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu verstärken, damit der Verbrauch an Energie, Rohstoffen und Steuermitteln deutlich gesenkt und die Verschmutzung von Wasser, Luft und Natur nachhaltig reduziert wird.

Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

reguläre Mitgliedschaft Schnuppermitglied

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X
Name

X
Vorname

X
Straße/Hausnr.

.....
Kreis

X
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax

.....
Mobil

.....
E-Mail

.....
Beruf

X
Geburtsdatum

.....
Der Beitritt wurde mir empfohlen von

.....
Frühere Parteimitgliedschaften:

..... von bis

..... von bis

.....
Aktuelle Parteimitgliedschaft(en):

.....
Name der Partei(en)

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat
- Familienbeitrag von 7,00 Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert angeben)
- Seniorenbeitrag von 3,50 Euro pro Monat
- ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)
- Ich zahle freiwillig 12 Euro/Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
- Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.
- Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:
- jährliche halbjährliche Abbuchung

.....
Kontoinhaber(in)

.....
Name der Bank

.....
Konto-Nr. BLZ

.....
BIC

.....
IBAN

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

- Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 33 Jahren).

X
Datum

X
Unterschrift

Mit Ihrer Unterschrift erteilen Sie gemäß Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a) Ihre Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Die ÖDP verarbeitet und speichert die in diesem Beitrittsantrag enthaltenen Angaben zu Ihrer Person ausschließlich für interne Zwecke der Partei und unter strikter Beachtung der Bestimmungen der EU-Datenschutzverordnung. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei findet nicht statt. Sie haben Recht auf Auskunft und Löschung und können einer werblichen Nutzung Ihrer Daten jederzeit widersprechen. Zusätzliche Informationen finden Sie unter www.oedp.de/service/datenschutz.

Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle | Pommergasse 1 | 97070 Würzburg
Tel.: (0931) 40486-0 | Fax: (0931) 40486-29 | info@oedp.de

VORSCHAU

ÖkologiePolitik im März 2019

Quo vadis, Europa?– Teil 2

Die Alternative zur heutigen EU ist nicht ein Zurück in den Nationalismus, wie das die Rechtspopulisten mehr oder weniger offen propagieren, sondern eine bessere EU. Um eine bessere EU zu schaffen, müssen ihre aktuellen Defizite klar benannt und schlüssige Lösungen entwickelt werden. Denn alle großen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur auf der Basis von gegenseitigem Vertrauen gemeinsam lösen – auf der Basis von Vertrauen zwischen den Staaten und auf der Basis von Vertrauen der europäischen Bürger in die Idee eines geeinten Europas. Das gelingt nur, wenn künftig Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gemeinwohl viel stärker die zentralen Werte sind, für welche die EU steht.

TERMINE

Sa. 10.11.2018	Landesparteitag ÖDP Niedersachsen (Wagenfeld)
Sa. 10.11.2018	Landeshauptausschuss ÖDP Bayern (Ingolstadt)
Sa. 17.11.2018	Bund-Länder-Rat der ÖDP (Würzburg)
Sa. 24.11.2018	Landeshauptausschuss ÖDP NRW
Sa. 01.12.2018	Landesparteitag ÖDP Baden-Württemberg (Stuttgart)
So. 26.05.2019	Europawahl
So. 26.05.2019	Kommunalwahlen in Bremen, Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Meckl.-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen
So. 01.09.2019	Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen
So. 27.10.2019	Landtagswahl in Thüringen

TEMPOLIMIT

	Nein	Ja
a) für Straßenverkehr		—
b) für Klimaschutz	—	

